

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 1.20 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 2.50 Mk. für ein Jahr. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnent: 1.10 Mark pro Monat. Eingeschrieben in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Abendblatt außer Montags.

**Die Inserations-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (leitgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 23. Mai 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der preußische Landtag und die Bergarbeitergesetzgebung.

Von den 732 584 Personen, die 1907 in der Knappschaftsgenossenschaft gegen Unfallfolgen versichert waren, arbeiteten rund 90 Proz. auf Werken im preußischen Staatsgebiet. Der preußische Bergbehörde lag es 1907 ob, 2273 Bergwerke nebst Nebenanlagen mit einer Gesamtbeschäftigung von 656 323 Arbeitern zu inspizieren. Bei der weit überragenden Stellung Preußens als Bergwerksstaat gegenüber den anderen Bundesstaaten versteht sich von selbst, daß die preußische Berggesetzgebung von den anderen bundesstaatlichen Regierungen wesentlich nachgeahmt wurde und wird. Darum darf man sagen, im preußischen Landtag wird über die Rechtsverhältnisse und den Lebensschicksal der gesamten deutschen Bergarbeiterschaft entschieden. Die Bemühungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wenigstens die Bergarbeiter-Gesetzgebung dem Reichsparlament zu übertragen, sind erfolglos geblieben, worauf wir in einem anderen Zusammenhang noch zurückkommen.

Wie hat nun der preußische Landtag seine Verpflichtung, die für den Nationalwohlstand so außerordentlich wertvolle Bergarbeiterschaft vor maßloser Ausbeutung und den Betriebsgefahren möglichst zu schützen, erfüllt?

Vor der schon gekennzeichneten „Bergbaufreiheit“ wurden die Bergarbeiter mit Rücksicht auf ihren schweren und gefährlichen Beruf als eine Arbeiterschaft behandelt, denen ein besonderes Wohlwollen von den Landesbehörden zuteil werden mußte. Wir wollen absehen von der Aufzählung der bürgerlichen Vorrechte, die dem Bergarbeiter gestattet wurden, und uns nur beschränken auf die Registrierung der zur Sicherheit des Einkommens, der Gesundheit und des Lebens der Knappen getroffenen landesherrlichen Vorkehrungen. Die Annahme und Ablegung der Bergarbeiter und der Betriebsbeamten war Sache der Bergämter, deren Beauftragte den ganzen Grubenbetrieb leiteten. Normallöhne feststellten, für ein auskömmliches Gedinge (Afford) sorgten, auf Innehaltung der fast durchweg achtstündigen Schicht sahen und den betrieblichen Sicherheitszuständen große Aufmerksamkeit widmeten. Daß dieses Arbeitssystem den Knappen zuträglich war, als der durch das Gesetz vom 21. Mai 1860 eingeführte sog. „freie Arbeitsvertrag“, beweisen die vielfachen Bitten der „befreiten“ Bergleute, sie wieder in die früheren Arbeitsvertragsverhältnisse zurück zu versetzen.

Ein Beweis für die Verschlechterung der Arbeiterlage unter der Geltung des freien Arbeitsvertrages ist u. a. auch der Streik im niedererschlesischen Bergrevier im Jahre 1869. In Schlesien betrug früher die Bergarbeiterarbeit 8 Stunden; sie wurde, vorzüglich nachdem seit 1861 den Grubenbesitzern die unbefristete Annahme, Entlassung und Ausnutzung der Bergarbeiter gesetzlich eingeräumt worden war, nach und nach auf 12—14 Stunden verlängert! Die Behandlung der Arbeiter wurde so rücksichtslos, daß selbst den geduldbigsten Schlesiern der Geduldsfaden riß. Am 1. Dezember 1869 legten 8000 Waldenburger Bergleute die Arbeit nieder; mit der Hungerpeinliche trieb man sie schließlich zur Grube zurück. Was sie forderten, war ihnen vom preußischen Landtag durch das Gesetz vom 21. Mai 1861 genommen.

Welche sozialpolitische Bedeutung diese „Bergarbeiterbefreiung“ hatte, geht klar hervor aus einem an den König gerichteten „alleruntertänigsten Immediatgesuch“ rheinisch-westfälischer Bergarbeiter vom 29. Juni 1867, worin es heißt:

„Nachdem durch das Gesetz vom 21. Mai 1860 die Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter betreffend“ (Preussische Gesetzsammlung von 1860 Nr. 201) die Abschließung der Verträge zwischen den Bergbesitzern und den Bergleuten lediglich dem freien Uebereinkommen derselben überlassen ist, . . . findet die Befreiung der Bergarbeiter und des Arbeitslohnes von den Gewerkschaften (d. h. den Kapitalisten) ganz nach ihrem Belieben statt. Von ihnen ist seitdem die Arbeitszeitungsweise so übermäßig verlängert worden, daß bei der ohnehin schon so ungesunden Arbeit viele Bergleute bereits mit 30—35 Jahren arbeitsunfähig werden, zudem die Gewerke unseren Lohn auch so niedrig gestellt haben, daß er kaum hinreicht, uns die nötigen Lebensbedürfnisse zu verschaffen. Sie betrachten uns nur als willenlose Maschinen und Arbeitsinstrumente, deren Arbeitskraft sie zu ihrem Vortheile möglichst auszunutzen können. So ist auf den meisten Zechen jetzt möglichst auszunutzen. So ist auf den meisten Zechen jetzt eine 10—11stündige Schicht eingeführt. (1) Zudem dauert die Förderung der Leute meist noch zwei Stunden. So lange Arbeitsstunden kann aber unser Körper unmöglich auf die Dauer aushalten, so erstreckt es auch ist, wenn die Gruben einen regen Abfluß ihrer Produkte haben. Wie systematisch die Ausbeutung unserer Arbeitskraft durch die Gewerkschaften betrieben wird, und wie man kein Mittel spart, uns zu den aufreibendsten Anstrengungen zu zwingen, zeigt unter anderem ein vor kurzem erlassener Anschlag von Schacht Gustav, durch den den Bergleuten angelündigt wird, daß, wenn sie nicht mehr Kohlen fördern als bisher, ihnen noch ein weiteres Lohnabzug von 6 Sgr. auf 100 Scheffel gemacht würde, so daß also diejenigen, die nicht inlande

find, mehr Kohlen zu fördern als bisher, einen über das Verhältnis hinaus geringeren Lohn erhalten sollen als diejenigen, die mehr als bisher fördern können.“

Auf diese höchst devote Bittschrift der damals noch königstreuen Knappen antwortete der Minister v. Tschaplitz unterm 16. Mai 1867 durchaus ablehnend. Es sei „alles in Ordnung“ hieß es damals wie heute!

Welche Folgen die Aufhebung der alten Schutzbestimmungen für die Bergarbeiter hatte, sagt uns die Unfallstatistik. Von 1000 Ruhrbergleuten verunglückten tödlich:

Geltung des alten Berggesetzes	Geltung des „freien Arbeitsvertrages“
1850 . . . . 1.790	1860 . . . . 2.712
1855 . . . . 1.549	1865 . . . . 2.838
1860 . . . . 1.907	1867 . . . . 3.103

Im gesamten preußischen Kohlenbergbau verunglückten pro 1000 Arbeiter: 1841/52: 1,650, 1861/66: 2,656, 1881/90: 2,934.

In England, mit seinem älteren und ausgedehnteren Kohlenbergbau begann man derzeit mit der Einschränkung der Ausbeutungsfreiheit. Hier verunglückten pro 1000 Kohlenarbeiter: 1824/64: 3,570, 1861/65: 3,240, 1881/90: 1,923.

Man kann also nicht sagen, die enorme Vermehrung der Todesfälle im preussischen Bergbau seit 1861 sei dem gefährlichen Bergbau an sich geschuldet; dem widersprechen die englischen Zahlen. Die erschreckende Vermehrung der Unfälle ist vielmehr aufs Konto der preussischen Landtagsgesetzgebung zu schreiben, die den Arbeiter rücksichtslos dem ausbeuterischen Grubenkapital überlieferte. Die Theorie vom „freien Arbeitsvertrag“ war um so haltloser, weil den Arbeitern derzeit die Koalition verboten war, während sich Grubenbesitzervereine bilden durften!

An dem Rechtszustand, den hinsichtlich der Bergarbeiterverhältnisse das Gesetz von 1860 geschaffen hat, ist bis heute wesentliches nicht geändert worden. Wir beziehen uns dabei auf die seitdem immer wieder erhobenen Bergarbeiterforderungen: Generelle Beschränkung der Schichtzeit auf 8 Stunden inkl. Ein- und Ausfahrt; schärfere Werkskontrolle mittelst Heranziehung von Arbeiterinspektoren; Verbot der Frauenarbeit, weil sie besonders im Bergbau zur körperlichen Degeneration der weiblichen Arbeiter und schließlich ihrer Nachkommenschaft führt; Verbot der Arbeit Jugendlicher unter Tage; unbedingte Vorschrift der Errichtung von sanitären Anstalten (Wade-, Wascheinrichtungen, Verbandstuben, humaner Verlehtentransport usw.); Sicherung des Arbeitsverdienstes durch unumgängliche Vorschriften betr. wirkliche gegenseitigen Affordabschluss und Auszahlung des vereinbarten Lohnes.

Die gewaltige Streikbewegung des Jahres 1889 enthüllte der Öffentlichkeit die Verhöhnung der Bergarbeiter und der Werksbesitzer an den Bergarbeitern. Trotz aller Rohnungen und Bitten der geschundenen Knappen hatte der Landtag an der Fiktion des sogenannten „freien Arbeitsvertrages“ festgehalten, nichts unternommen um die Verlängerung der Schichtzeiten, die willkürliche „Regelung der Seilfahrten“, die Verraubung der Arbeiter durch das skandalöse „Nullen“, das willkürliche Strafsystem usw. zu verhindern. Schon die vielfachen partiellen Bergarbeiterstreiks in den 70er und 80er Jahren hatten Tatsachen zutage gefördert, die von einem wahrhaft absoluten Schreckensregiment der Zechenpatrasch zeugten. Der preussische Landtag tat nichts, um die Arbeiter dagegen zu schützen. Die angeammelte Empörung kam zum elementaren Ausbruch in dem großen Streikjahr 1889. Selbst die offizielle Untersuchung der Grubenzustände konstatierte unerhörte Skandale, die den „freien Arbeitsvertrag“ als einen Sklavenvertrag kennzeichneten.

Trotzdem schwang sich die preussische Regierung nicht zu einer durchgreifenden Reform der Bergarbeitergesetzgebung auf, sondern legte einen Gesetzentwurf vor, der den Grubenbesitzern zuliebe keiner der prinzipiellen Bergarbeiterforderungen gerecht wurde. Aber selbst dieser sehr zahme Gesetzentwurf ging den vornehmlich der national-liberalen Partei angehörenden Vertretern des Grubenkapitals im Landtage „zu weit“. Das Gesetz vom 21. Juni 1892 ist kein Bergarbeitergesetz, vielmehr ein Bergarbeiter-truggesetz geworden!

Diese böse Tat erzeugte den noch gewaltigeren Streik der rheinisch-westfälischen Bergarbeiter im Januar-Februar 1905. Die primäre Ursache dieses Ausstandes war bekanntlich das Vorhaben der Zechenverwaltung „Bruchstraße“, eine „Regelung der Seilfahrt“, gleichbedeutend mit einer abermaligen Verlängerung des unterirdischen Aufenthalts der Bergleute, durchzuführen. Mangels präzipier gesetzlicher Bestimmungen über Schichtzeit, Seilfahrt usw. hatten die Grubenbesitzer nach ihrem Belieben bestimmt was „Rechtens“ sei. Der Landtag hatte es abgesehen, in den „freien Arbeitsvertrag“ einzugreifen, überließ es der einseitig von den Grubenbesitzern ausgearbeiteten „Arbeitsordnung“, zu „regeln“ was die Arbeiter gesetzlich festgelegt wissen wollten. Bis 1892 war es den Grubenbesitzern überhaupt freigestellt, eine „Arbeitsordnung“ zu erlassen. Die „Reform“ von 1892 bestand in der obligatorischen Vorschrift des „Erlasses“ einer „Arbeitsordnung“ seitens der Kapitalisten, ohne Mitbestimmungsrecht der

Arbeiter! Daraus entstanden fortgesetzt Streitigkeiten, die von der Bergbehörde und eventl. den Gerichten durchweg im Sinne der Werksbesitzer entschieden wurden. Schließlich zündete ein Funke, das übervolle Pulverfaß explodierte, der für die Verbeibaltung der alten Seilfahrt kämpfenden Bergschaft von „Bruchstraße“ schlossen sich über 200 000 Kameraden an, traten in den denkwürdigen Generalstreik 1905. Er wäre vermieden worden, wenn der Landtag die Lehren von 1889 beachtet hätte!

Der Generalstreik wurde beendet, da der Reichskanzler Fürst Bülow versprach, die dringenden Reformen der Bergarbeitergesetzgebung durchzuführen. Die Bergarbeiter hofften auf eine Reichsberggesetzgebung, die Regierung jedoch ging mit ihrer Vorlage abermals vor den preussischen Landtag! Damit war von vornherein das Schicksal der schutzbedürftigen Bergarbeiter besiegelt!

Wieder zerstückelte und verhunzte der Landtag die durchaus gemäßigten Regierungs-vorlage. In der Berggesetzkommission übernahmen wieder die Nationalliberalen die Führung bei der Gesetzesverhinderung. Die Regierungsvertreter wurden im Plenum und in der Kommission abgerüffelt, wie sie sich überhaupt unterziehen könnten, vermittelnd in den Streik einzugreifen; die Einbringung der Vorlage sei eine Stärkung der „revolutionären Bestrebungen“ usw. Als das Kommissionsprodukt, vor dem die Regierung mit ihren besseren Vorschlägen tapfer zurückwich, im Landtag einstimmig von den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum angenommen war, da schrieb der christlich-nationale „Bergknappe“ empört: „Den Bergarbeitern sind Steine statt Brot gegeben!“

Eine generelle Festsetzung der Schichtzeit war abgelehnt, ferner das Verbot der Frauenarbeit, ein besserer Schutz der Jugendlichen, die Heranziehung von Arbeiterinspektoren zur Grubenkontrolle, die Einschränkung der Strafwillkür, die Vorschrift sanitärer Einrichtungen. Ueber die vielumstrittene Seilfahrt bezw. Ein- und Ausfahrt wurde nur bestimmt, sie dürfe 1/2 Stunde nicht übersteigen, was infolge der wohl absichtlich dehnbaren Fassung zu neuen Streitigkeiten geführt hat. Das „Nullen“ wurde zwar verboten, aber statt dessen eine Geldstrafe bis zu 5 Mark pro Monat und Arbeiter zugelassen, eine „Reform“, die unter Umständen den einzelnen Arbeiter schwerer schädigt, als der frühere Zustand. Die „Krone der Reform“ sind die „Arbeiterauschüsse“, denen aber entgegen den Arbeiterforderungen nicht einmal die Befugnis erteilt ist, bei Streitigkeiten über Gedinge- und Lohnfestsetzung schlichtend mitzuwirken. Diese Bestimmungen nannte im Landtag der Abg. Trimborn eine „Abnormität“. Dennoch stimmte die gesamte Zentrumsfraktion für die Abnormität! Der „Bergknappe“ urteilte über die Arbeiterauschüsse, „ein aufständiger Charakter“ müsse es sich „überlegen“, Mitglied des Arbeiterauschusses zu werden. Das ist die „Krone“ der Berggesetz-novelle vom 14. Juli 1905.

Vergleicht man das was der preussische Landtag in der Bergarbeitergesetzgebung „positiv“ geleistet hat mit dem, was die Knappen seit Jahrzehnten fordern, wofür sie 1889 und 1905 opfervolle Kämpfe führten, so trifft das Urteil: „Steine statt Brot“ durchaus zu. Die Unfallstatistik zeigt deutlich genug, welchen praktischen Wert die von den Interessenten gelobten „Bergarbeiter-schutz-gesetze“ besitzen. Es ereigneten sich im deutschen Bergbau (der zu 90 Proz. im preussischen Staatsgebiet betrieben wird):

	Unfälle		Schwere und tödliche Unfälle	
	Aberhaupt	pro 1000 Arbeiter	Aberhaupt	pro 1000 Arbeiter
1886:	22 497	65,45	2 265	6,59
1890:	28 879	72,49	3 403	8,54
1895:	40 616	94,28	4 906	11,39
1900:	58 471	103,48	6 894	12,19
1905:	81 871	126,45	10 066	15,55
1906:	87 892	127,52	10 827	15,71

Nachdem die „Reformgesetze“ von 1892 und 1905 erlassen waren, konnte man doch mindestens eine Steigerung der Unfallszahl erwarten, sofern die Lobredner der sozialpolitischen Landtagsstätigkeit Recht hätten. Wir sehen aber die Unfälle absolut und relativ zunehmen! Für 1907 liegen erst Teilergebnisse vor. Im Oberbergamtsbezirk Breslau kamen 294 Bergarbeiter direkt zu Tode, gleich 2,064 pro 1000, gegen 266 oder 1,856 pro 1000 im Jahre 1906! Im Oberbergamtsbezirk Bonn, wo zwei Massenunfälle kurz hintereinander auf fiskalischen Saargruben vorkamen, wurden 260 Kohlenarbeiter getötet, gleich 3,697 pro 1000, gegen 89 oder 1,313 pro 1000 im Jahre 1906! Im Ruhrgebiet stieg die Zahl der angemeldeten Unfälle von 44 267 auf 46 474, die sofort tödlichen Verunglückungen betragen 677 gegen 586 im Vorjahre! Die preussischen Berginspektorenberichte über 1907 konstatieren in fast allen Grubenbezirken eine bedeutende Zunahme der schweren und tödlichen Unfälle!

Das ist die Probe aufs Exempel! Welcher Wert ist einer „Schutzgesetzgebung“ beizumessen, die nicht einmal das Steuen der entsetzlichen Unfallszahl, geschweige denn eine Verminderung der Krüppel und Leihen zuwege bringen konnte?!



# Tierische Gelüste.

Die „Deutsche Tages-Ztg.“, das Organ der den Modifreimut nicht minder als die Regierung kommandierenden Agrarier, begeistert sich in einem Artikel „Schwarz oder Weiß“ für die koloniale Brutalisierungstheorie, die ein gewisser Woldemar Schüge in einer ebenso betitelten Broschüre vertritt. Kein Wunder! Denn die koloniale Herrenlehre dieses Kolonialmenschen ist ja keine andere, als die agrarische Herrenlehre, nach der die „Edelsten und Besten“ bei uns in der Armee und auf dem platten Lande verfahren und der sie in ganzen Lande Geltung verschaffen müßten!

Herr Woldemar Schüge hat seine kolonialen Studien in Portugiesisch-Afrika gemacht. Er hat da die anthropologische Entdeckung gemacht, daß beim Neger im Gegensatz zu anderen Rassen die Genitalien besonders entwickelt sind. Er folgert nun schleunigst aus dieser Beobachtung, daß der Neger eigentlich gar nicht zur Gattung homo sapiens — das ist der wissenschaftliche Gattungsnamen des Menschen — sondern zu einer anderen Gattung der großen Säugetierfamilie — gehöre. Der „Deutschen Tages-Ztg.“ ist nun zwar nicht unbekannt, daß so gefeierte Pioniere arischer Kultur, wie der Dr. Karl Peters und zahllose andere in Punkte der Geschlechtsbefriedigung in Afrika geradezu äthiopische Geschäftigkeit zu entfalten pflegten, allein sie akzeptiert nicht nur die Genitalien-Theorie des Herrn Schüge, sondern fügt noch häßlich hinzu, daß sich Herr Erzberger (gemeint ist Erzbergers Wort von der unsterblichen Seele des Regers) darüber freilich „getoastet entäußern“ werde.

Man sieht, das sonst so fromme Junkerblatt hält es lieber mit der Hoden-Theorie, als mit der mosaischen Schöpfungstheorie, wenn es gilt, dem agrarischen Herrenmenschenrecht auch in den Kolonien Geltung zu verschaffen! Dabei wirft sich das Arierium Anuten-Dertels in die Brust und bekämpft mit Woldemar Schüge: „Wir haben edlere soziale Gefühle herangezögelt, die stärker und stärker werden; dem Neger gehen sie vollkommen ab.“

Die „edleren sozialen Gefühle“ der Schüge und Dertel offenbaren sich dann in folgenden Sätzen:

„So ist nun die Meinung bei uns angekommen, daß die Neger zu europäischen Gewohnheiten und Sitten erzogen, daß ihnen soziale Gefühle beigebracht werden müßten; Schüge spottet weiblich über diese Ansicht. Er nennt es europäische Ueberhebung, den Schwarzen durch Züchtung veredeln zu wollen. Ebenso wenig wie der Mensch aus der Lage ein Schaf habe machen, ihr die Nautriematur habe abgewöhnen können, werde es ihm gelingen, dem Neger die edleren christlichen Gefühle anzuerziehen. Der Neger könne nur gleich den wilden Tieren gebändigt werden; eine höhere Gemeinshaft zwischen ihm und dem Weißen wäre undenkbar.“

„Nun ist ein Menschenalter vergangen und schon erscheint den Humanitätsduseln die Prügelstrafe zu hart. Dabei läuft noch ganz erbärmliche Heuchelei unter. Schüge bemerkt sehr richtig, daß in England im Heere, sogar in den höheren Schulen geprügelt wird; aber Neger dürfen beiseite nicht angefaßt werden. Er fordert die Beibehaltung der Prügelstrafe in der alten Form, sie ist die mildeste der bisher bei den Negern gebräuchlichen Strafen. Der Weiße muß in Afrika unter allen Umständen der Herr bleiben; der Neger muß nach anderem Rechte behandelt werden als der Weiße. Schüge fordert eine Sammlung der Rechtsverhältnisse aller in unseren Kolonien vertretenen Neger. Weiter fordert er die Arbeitspflicht und die Schafstanzung der Neger. Welche! Wie sie für die Veredelung durch Weiße geeignet, müssen ihnen vorbehalten bleiben. Die Schule soll den Negern nur praktische Fertigkeiten vermitteln.“

Also Prügelzwang, Schafstanzung (d. h. völlige Verflüchtigung) der Neger und Prügel, besonders Prügel, hervorragend viel Prügel, das ist das Erziehungsideal der arischen Edelmenschen, für das die „Deutsche Tages-Zeitung“ schwärmt — in Afrika und in Deutschland! Denn ebenso wenig wie den Negern in der Schule mehr beigebracht werden soll, als Geschick zum Schützen und Schanzen für die Kolonialagrarier, ebenso wenig soll ja auch dem deutschen Proletariat Wissen beigebracht werden! Das beweist ja unsere „Revue der Schmach“!

Das sind die „edleren sozialen Gefühle“ unserer preussischen Junkerherrscher!

Dem Neger aber sind nur „tierische Gelüste“ von dem „Allerhöchsten“ und „allgütigen“ Weltenschöpfer eingepflanzt worden! Das behauptet Herr Woldemar Schüge, das behauptet die fromme, christliche „Deutsche Tages-Zeitung“.

Ein wirklicher Negerkenner, der seit 1890 in Ostafrika anfallsige Plantagenbesitzer Karl Perrot schrieb dagegen am 24. April 1908 im „Reichsboten“:

„Auch Livingstone, der sich, wie kaum ein anderer, auf die Behandlung des Negers verstand, rühmte ganz besonders die hervorragenden Eigenschaften der ostafrikanischen Stämme. Als er am 1. Mai 1878 im Innern Afrikas am Bangweulu-See seine edle Seele ausgehaucht hatte, da waren es seine schwarzen Begleiter, die in treuer Hingabe die Leiche ihres geliebten Vaters Livingstone, wie sie ihn nannten, in edelster Selbsterkennung und Ausopferung auf ihren Schultern mehr als dreißig Tagesreisen, über reichende Flüsse, hohe unwegsame Gebirge, durch feindliche Stämme, bis an die Küste trugen, um sie dort seinen Landsleuten, den Engländern, zu übergeben.“

Kaum um meinen Sohn Bernhard Perrot, der es ganz vorzüglich verstand, die Neger zu behandeln, haben sie, als er von dieser Welt am 21. April 1907 abberufen wurde, aufrichtig getrauert, und haben die uns bekannten Eingeborenen den Beweis geliefert, daß sie wohl einer wahren persönlichen Freundschaft ebenso fähig sind, wie mancher Europäer. Dies geht auch aus der Seite der sogenannten Blutsbrüderschaft hervor.

Sehr charakteristisch erscheint auch die Tatsache, daß die Kassai-Neger, die, von der Kolonialausstellung in Berlin zurückkehrend, in Tanger einige von ihren Stammesangehörigen in der Sklaverei vorfinden, ihre Ersparnisse dazu verwenden, dieselben freizukaufen.“

Trotzdem ist der Neger für unsere Junker ein zweibeiniges Tier mit „tierischen Gelüsten“. Die prägelnden Ausbeuter und Vergewaltiger der Neger aber sind die Vertreter der „edleren sozialen Gefühle“.

Hui Zensel!

## Polizeiliche Spielverderber!

Der Beschluß der ober-schlesischen Parteigenossen, polnischen wie deutschen, den freisinnigen Landtagskandidaten, Reichstagsabgeordneten Dr. Doormann, unter keinen Umständen zu unterstützen, schon weil er für den Sprachenparagrafen gestimmt hat, liegt diesem Herrn sehr im Magen. Zum Siege über Centrum und Polen braucht er jede Stimme, obgleich er die Unterstützung der konservativen und Nationalliberalen damit erkaufte

hat, daß seine Parteigenossen in den anderen ober-schlesischen Wahlkreisen für deren Kandidaten stimmen. Herr Doormann erklärte daher in seiner Rede in einem „Difframer Brief“, daß es mit dem polnischen Ausnahmegesetz im Sprachenparagrafen gar nicht so schlimm sei und daß insbesondere „in Vereinen jede Sprache völlig unbeantstandet gebraucht werden könne.“ Wenn er hoffte, mit diesem Schwindel wenigstens bis zum Wahltage die ober-schlesischen Arbeiter betören zu können, so hat ihm die ober-schlesische Polizei dies hübsche Spiel schnell verdorben. Denn gleich in den allerersten Tagen der Geltung des Vereinsgesetzes hat sie in den Orten des ober-schlesischen Industriebezirks — selbst in solchen mit mehr wie 60 Prozent „alteingesessener“ polnischer Bevölkerung — das Reden in polnischer Sprache in Vereinen ein für allemal verboten. Das geschah sowohl freien Gewerkschaften, wie völlig harmlosen wirtschaftlichen Vereinen des polnischen Bürgertums und sogar dem Hirsch-Dunckerischen Gewerksverein der ober-schlesischen Bergarbeiter. Das letztere ist Herrn Doormann und seinen freisinnigen Parteigenossen natürlich ganz besonders unangenehm. Um die scheußliche Blamage des freisinnigen Kandidaten noch scheußlicher zu machen, kommt hinzu, daß das Vorgehen gegen jene Vereine mit besonderem Eifer von Polizeiverwaltungen geübt wird, an deren Spitze, wie in Katowitz — liberale Bürgermeister stehen!

Die ober-schlesischen Freisinnigen bedauern gewiß von Herzensgrund, daß das böse Reichsvereinsgesetz schon vor dem Wahltage in Kraft getreten ist!

## Mulay Hafids Stern.

Paris, 21. Mai. (Fig. Ver.)

Den Alldeutschen droht eine bittere Enttäuschung. Mulay Hafid wird am Ende noch Französling werden. Die Regierung der Republik, die den Abgesandten des „Rebellen“ eben noch mit strenger Verachtung die Tür gewiesen hatte, gönnt ihrem Herrn plötzlich ein aufmunterndes Lächeln. Das hat natürlich nicht der mit der „goldenen Feder“ geschriebene Vorzugsbrief an Herrn Fallières gemacht, sondern die Tatsache, daß Mulay Hafid in Meknes eingezogen ist und vor den Toren von Fez steht.

Das Regierungsblatt „Revue Parisien“ wies heute die Frage auf: „Wird Frankreich Hafid anerkennen?“ und bejaht sie ohne Zögern. Der Triumph Hafids sei eine unfehlbare Tatsache. „Die Situation wird unheilbar, wenn man sich darauf versteht, Abdul Ahs als einzigen Monarchen, mit dem man verhandeln kann, anzusehen.“ Das Blatt versichert weiter, daß die Regierung das Problem mit der nötigen peinlichen Genauigkeit prüfe: „Falls Mulay Hafid den Sieg davontrüge, würde unsere Diplomatie — mit Bedauern über ihre unzureichenden früheren Informationen — eine Änderung ihrer Stellung ins Auge fassen müssen. Diese Entscheidung kann binnen kurzem notwendig werden. Es haben schon andere Völker als wir ihre Politik im Angesicht einer siegreichen Intervention ändern müssen.“ Schließlich beruft sich das offizielle Organ darauf, daß schon im Januar in der Nummer eine Niederlage „Abdul Ahs“ und Verhandlungen mit Isingem Ruffolger ins Auge gefaßt habe.

Dieser Erklärung hat allerdings die jüngste Politik der französischen Regierung nicht entbrochen und gerade wegen der demonstrativen Parteinahme für Abdul Ahs ist sie der Kritik, nicht nur von sozialistischer Seite, sondern auch von seiten sehr gemäßigter Leute ausgelegt gewesen. So hat erst vorgestern der ehemalige Minister des auswärtigen Handels im „Journal“ seine Bedenken geäußert, und noch schärfer drückte sich gestern das „Journal des Debats“ in einem Leitartikel aus, der namentlich auch die baldige Zurückziehung des Korps von Casablanca forderte, da es nicht die Aufgabe Frankreichs sei, den unorganischen Zustand Marokkos umzuwandeln und dort eine Ordnung zu schaffen, die nie bestanden hätte.

Nun beginnen sich Clemenceau und Wilson diesen Argumenten zu beugen. Die Kolonialpolitik dürfte also diesmal das Nachsehen haben. Welche Umstände diese Schwendung entschieden haben, läßt sich natürlich schwer bestimmen. Es wirkten da sicher mehrere zusammen. Vor allem die offenkundige Tatsache, daß die Masse der Bevölkerung dem marokkanischen Abenteuer durchaus feindlich gegenübersteht und bisher nur darum ohne lauten Widerstand zugehört hat, weil die Regierung vermieden hatte, ganze Truppenkörper nach Afrika zu schicken, was bei einer Fortsetzung und Ausdehnung der Operationen unumgänglich wäre. Weiter hat die Regierung zweifellos auch bei den auswärtigen Mächten keine günstige Stimmung für ihre Parteinahme vorgefunden, namentlich in Spanien, wo man so bald wie möglich von der Kooperation befreit werden möchte, bei der die „historischen Rechte“ dieses Landes in Nordafrika nur Schaden leiden können. Auch wird trotz in England angelegter Lage in Indien die Neigung zu großen Weltkämpfen gering sein. Aber unmittelbar hat jedenfalls auch die parlamentarische Situation das Eintreten beschleunigt. Clemenceau ist jetzt angesichts der Opposition der Radikalsocialisten unter der Führung Vertaus und Belletans auf die Unterstützung des linken Zentrums angewiesen und dessen Führer Ribot ist ein Gegner des marokkanischen Abenteuers.

Es ist bezeichnend, daß das Hauptorgan der Kolonialpolitik, der „Temps“, von der Erklärung im „Revue Parisien“ keine Notiz nimmt, dagegen den Zug Mulay Hafids gegen Fez als ein strategisches Meisterstück erscheinen läßt. Es ist ja nicht anzunehmen, daß das französische Marokkolomitee seine Pläne fahren läßt, aber es wird wohl begreifen, daß es sie auf die bisherige Art nicht weiter verfolgen kann. Damit ist wohl die Hoffnung auf eine — wenn auch nicht endgültige — friedliche Wendung des marokkanischen Handels gegeben.

Die späte Abwendung der republikanischen Regierung von einer Politik, deren „Legitimität“-Phrase eher der heiligen Allianz angemessen war, als einem Staatswesen, dessen politisches System selbst das Produkt einer Revolution, tut dem Ansehen Frankreichs sicher keinen Schaden. Klammert aber werden die alldeutschen Handwerker sein, wenn ihr Schilling Mulay Hafid, wie es wohl wahrscheinlich ist, die ihm künftig geöffneten französischen Kasernen den germanischen Weiterfühlen vorziehen wird und sich so aus einem edlen Vandalen in einen „schmutzigen Orientalen“ verwandelt. —

## Aus dem Wahlkampf.

### Freisinniges Liebeswerben.

Die „Vossische Zeitung“ erhebt wieder einmal den dummen Vorwurf, daß die Sozialdemokratie die Reaktion unterstütze, wenn sie nicht für die freisinnigen Kandidaten eintrete. Zum Beweis dafür zitiert sie den Genossen Singer, indem sie aus einer Rede, die er 1897 auf dem Parteitag in Hamburg gegen die Wahlbeteiligung gehalten hat, den Satz entnimmt:

„Was sollen denn sozialdemokratische Wahlmänner, wenn sie gewählt sind, anders machen, als gegen die Reaktion zu kämpfen? Die bürgerliche Opposition hat das volle Recht, uns zu sagen: Ihr müßt um Euer selbst willen für uns stimmen, weil Ihr es nicht zulassen dürft, daß die Reaktion gestärkt wird, gleichviel, ob wir Euch nächst unsere Stimme geben oder nicht.“

Ferner wird auf das Verhalten unserer Berliner Parteigenossen im Jahre 1894 bei der Stichwahl im zweiten Wahlkreis Bezug genommen. Trotz des gefaßten Beschlusses, bei Stichwahlen zwischen bürgerlichen Parteien Stimmhaltung zu üben, haben doch die Genossen Liebknecht, Auer, Nebel und Hasenklever in Briefen aufgefordert, für den Fortschrittler zu stimmen. Auch die „Vossische Zeitung“ könnte wissen, daß damals doch eine recht eigenartige Situation bestanden hat. Bei der Hauptwahl 1894 hatten im zweiten Wahlkreis erhalten: Söder 12 535, Dr. Virchow 16 707, der Sozialdemokrat 9282 Stimmen. 16 898 Wähler hatten nicht gewählt und es handelte sich um die Stimmhaltung der Sozialdemokraten schließlich doch Söder gewählt werden konnte, der es auch tatsächlich in der Stichwahl auf 15 850 Stimmen brachte. In dieser verzwickten Lage sind dann allerdings 3/4 unserer Wähler für Virchow eingetreten, denn dieser war in der Tat einem Söder gegenüber das kleinere Übel.

Der Freisinn von heute hat aber kein Recht, sich auf unsere damalige Haltung zu berufen, denn schließlich ist doch ein himmelweiter Unterschied, ob man für einen Virchow oder für einen Kopsch eintreten soll. Die „Vossische Zeitung“ meint vermutlich, daß für uns der Freisinn noch immer das kleinere Übel sei. Davon kann gar keine Rede sein, wenigstens nicht in dieser allgemeinen Fassung. Was Genosse Singer 1897 sagte, das soll auch heute noch gelten, wir müssen stets gegen die Reaktion stimmen. Zu dieser Reaktion gehört aber jetzt auch der Freisinn. Viel getraut hat der Freisinn nie, der jetzige Freisinn ist im Zeichen des Blochs aber völlig nach rechts eingeschwenkt. Er bewilligt alle verlangten Schiffe und Soldaten, schlägt Volkrechte vor, kündigt schon jetzt an, daß er im Herbst indirekte Steuern bewilligen werde, und schließlich, um zu verhindern, daß sozialdemokratische Wahlrechtsfreunde in den Landtag kommen, Bündnisse mit den konservativen Wahlrechtsfeinden!

Ob also der Reaktionsär auf den Wanken des Freisinn oder auf denen einer anderen Blochpartei sitzt, das kann uns schließlich herzlich gleichgültig sein!

### Liberale Wahlrechtsfeinde und konservative Wahlrechtsreformer!

Aus Kassel wird uns geschrieben: Die Situation hat sich in den meisten Kreisen des Regierungsbezirks Kassel nun soweit geklärt, daß man einigermaßen klar sehen kann. Sicher ist, daß eine wesentliche Veränderung im Bestand der Parteien nicht eintreten wird.

Der Kreis Kassel-Stadt ist dem nationalliberalen Schnapsrentenmann Dr. Schröder auch für die Zukunft gesichert, nachdem die deutsch-sozialen Antisemiten auf eine eigene Kandidatur Verzicht geleistet haben. Verwunderlich ist die Haltung der Kasseler Linkliberalen, die sich bisher recht radikal geberdeten. Zu einer Versammlung hatten sie sich, als der Reichstag noch tagte, den Abgeordneten Raumann versprochen, der dann eine Rede gegen die Dreiklassenwahlrecht hielt, wie sie schärfer auch von einem Sozialdemokraten nicht gehalten werden konnte. Den nationalliberalen Staatsfreunden Raumann ganz gehörig die Köpfe, und ihr Vorkühnwahlrecht verdonnerte er in Grund und Boden. Der Fortschritt des Liberalismus ist augenfällig; eben diese Linkliberalen treten jetzt in allen in Betracht kommenden Kreisen für die Pluralwahlrechtsmänner ein! Mag es ihnen gut bekommen!

Lebhafter geht es schon im Kreise Kassel-Land-Wilthenhausen zu, dessen Vertreter jetzt der Antise mit Lattmann war. Dessen Partei hat jetzt das Mandat, wahrscheinlich zur Förderung der freundschaftlichen Beziehungen, den Wählern und Konservativen abgetreten. Dessen Kandidat ist der Rittergutsbesitzer v. Stodhausen. Die Liberalen machen geradezu verzweifelte Anstrengungen, um den früher besessenen Kreis zurückzuerobern. Sie haben den Papierfabrikanten Staffel-Wilthenhausen als Kandidaten auf den Schild erhoben, ein Mann, der zwar in politischer Beziehung noch als unbeschriebenes Blatt gelten muß, der aber in der Wahlrechtsfrage eine für den Liberalismus charakteristische Schwärzung vollzogen hat. Früher, auch noch zu Zeiten seiner Aufstellung, ist der Mann unbedingt für die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen eingetreten. Jetztin wurde er in einer Versammlung von den konservativen angefaßt wegen seiner Wahlrechtsfreundschaft, und stund ließ er Zirkulare im Kreise verteilen des Inhalts, daß Staffel seit dem Magdeburger Parteitage auf das Programm der Pluralwahlmänner geschworen habe!

In Hersfeld-Rotenburg haben die Konservativen einen keineswegs anständigen Trick angewandt, um die Wähler auf den Leim zu locken. Im Wahlausruf heißt es in bezug auf die Wahlrechtsfrage:

„Unser Kandidat erkennt die Reformbedürftigkeit des gegenwärtigen Landtagswahlrechts an. Er wird für ein geheimes und direktes Wahlrecht, sowie für eine anderweitige Wahlkreiseinteilung eintreten.“

Die Konservativen scheinen von nationalliberalen Köstlingschern gelernt zu haben!

## Politische Ueberblick.

Berlin, den 22. Mai 1908.

### Die schönste Blüte des Vereinsgesetzes.

Der Landrat des Landkreises Hannover veröffentlicht in der Nummer seines Amtsblattes des „Hannoverschen Tageblattes“ vom 21. Mai (am 15. Mai trat das Vereinsgesetz bekanntlich schon in Kraft) die Erfordernisse für die Ersetzung der vorgeschriebenen Anzeige von Versammlungen durch Bekanntgabe in den Zeitungen. Nachdem die ministeriellen Antisetzungen abgedruckt sind, heißt es am Schluß der Bekanntmachung:

„Ich beabsichtige für den Landkreis Hannover als Publikationsorgan in obiger Sinne das „Hannoversche Tageblatt“ unter der Voraussetzung zu bestimmen, daß mir von jeder Bekanntmachung einer öffentlichen politischen Versammlung sofort entweder das betreffende Blatt oder noch besser ein kurzer Hinweis auf die Bekanntmachung durch Postkarte übersandt wird.“

Ich bitte um gef. Erklärung des Ueberverständnisses bis zum 25. d. M.“

Diese Bekanntmachung scheint mir irrtümlich in die amtlichen Veröffentlichungen des Blattes gekommen zu sein, denn augenscheinlich handelt es sich um eine Offerte des Landrates an sein Kreisblatt. Es ist aber für die Öffentlichkeit von großem Werte, zu er-



fahren, wie schwer sich die preussische Bureaokratie von den altergebrachten Behormundungen befreien kann. Und welche entscheidende Zustimmung an die Zeitung! Auf dem Umwege durch die Zeitung will sich der Landrat die direkte Anmeldung verschaffen! Gehört das auch zur „lokalen Ausführung“ des Vereinsgesetzes? Man wird ja abwarten müssen, ob die Zeitungen, die der Landrat bestimmen wird, wirklich auf seine ungeheuerliche Zustimmung eingegangen sind. Auf alle Fälle zeigt das Vorkommnis, wessen sich die preussische Bevölkerung von den Behörden zu versehen hat.

Die Ausführungsverordnungen zum Vereinsgesetz fehlen noch immer für Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meinungen und Reuß j. R.

Mit der Bestimmung der Zeitungen, in denen die Bekanntmachungen zu erfolgen haben, fehlen in Thüringen noch fast alle städtischen und Bezirks- oder Kreisbehörden, darunter auch die von Erfurt, dem Sitz des Regierungspräsidenten!

Auch in Oldenburg sind die meisten Behörden noch mit den Bestimmungen über die Publikationsorgane im Rückstand. Bis jetzt haben der Magistrat in Oldenburg und das Amt Barel die Zeitungen benannt; keine dieser Behörden aber hat das „Volksblatt“ zu Wort mit erwähnt, das im Großherzogtum das Organ der Arbeiterschaft und der stärksten politischen Partei ist!

Der Landrat des Kreises Westfalen hat die Breslauer „Volkszeitung“ von der Liste der Publikationsorgane ausgeschlossen, obgleich das Blatt der Arbeiterschaft im Kreis mit über 2000 Abonnenten zehnmal so stark verbreitet ist als das von ihm bevorzugte „Breslauer Kreisblatt“.

Der Landrat des Kreises Ostholländ hat das verbreitetste Blatt des Kreises, die sozialdemokratische „Brandenburger Zeitung“ bei der Bestellung der Publikationsorgane übergangen. Für den Gemeindebezirk Velten gilt die Bekanntmachung, in der „Weltener Zeitung“, einem Lokalblatt, das wöchentlich dreimal erscheint. Die „Brandenburger Zeitung“, die täglich erscheint und in Velten eine höhere Auflage hat als die „Weltener Ztg.“ wird einfach ignoriert.

Das Verfahren des Landrats von Ostholländ ist um so auffälliger, als sein ihm dicht benachbarter Kollege, der Landrat von Westholländ die „Brandenburger Zeitung“ wenigstens für Rathenow Stadt und die Gemeinden Neu-Friedrichsdorf, Wüggelin, Dom Brandenburg, Uelnow und Neuenhof zugelassen hat!

Der Polizeipräsident von Stettin hat nachträglich auch die anfänglich boykottierten Stettiner Blätter, worunter auch unser Parteiblatt, der „Volksbote“, als Publikationsorgane bestimmt. Die öffentliche Kritik seines Verfahrens hat also gefruchtet.

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins für den 18. sächsischen Reichstagswahlkreis (Leipzig-Land, Amtshauptmannschaft Leipzig), hat bei der Kreishauptmannschaft Beschwerde gegen die Amtshauptmannschaft eingereicht, da ihre parteiische Maßnahme, die „Leipziger Volkszeitung“ trotz ihrer starken Verbreitung in der Amtshauptmannschaft nicht als Publikationsorgan zuzulassen, in schroffem Widerspruch zum § 6 der Ausführungsverordnung des sächsischen Ministeriums steht.

### Reform der Arbeiterversicherung.

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ beschäftigt in seiner neuesten Nummer vom 22. Mai, daß die Behauptung der „Polit. Nachrichten“, der „Tägl. Rundschau“ usw., welche angeendet hatten, der von dem „Zentralblatt“ veröffentlichte, von uns wieder gegebene, Entwurf zur Reform der Arbeiterversicherung sei Gefälschung, der Wahrheit widerspreche. Das „Zentralblatt“ legt in ähnlicher Weise, wie vor wenigen Tagen Professor Stier-Somlo, dar: „Es ist im Reichsamt des Innern ein Gesetzentwurf fertiggestellt und nach Begründung den Bundesregierungen zur Begutachtung unterbreitet worden.“ Die mitgeteilte Veröffentlichung gebe authentisch die Pläne der Reichsregierung wieder!

Wann wird nun endlich das Reichsamt des Innern die den einzelnen Regierungen danach bereits mitgeteilten „Grundzüge für die Abänderung der Arbeiterversicherungsgesetze“ veröffentlichen? Diese Grundzüge sind nach der Darlegung des „Zentralblatts“ genau in die Form eines Gesetzentwurfs mit ausführlicher Begründung gebracht. Eine Sezanzlegung der beteiligten Kreise erst nach Billigung der einzelnen Regierungen, will sagen durch die Bureaucraten, wäre ein Hohn, der den beteiligten Kreisen, vor allem der Arbeiterklasse, eine Rolle schlimmer als die von dekorativen Statisten anweise!

### Im Wlokkump.

Man schreibt uns: Wie es mit dem Wlokkump rapide bergab geht, dafür bringt die Wlokkumpbewegung tagtäglich neue Beweise. Daß sich der Führer der freisinnigen Volkspartei in Königs-Wusterhausen in öffentlicher Versammlung stolz als Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie bekannte, teilten wir schon mit. In Oranienburg konnte man am Donnerstag eine neue Spielart der Volkspartei kennen lernen. Dort trat dem sozialliberalen Kandidaten Dr. Weisheit ein Lehrer Krause aus Albershof entgegen, der nicht nur den Sprachenparagrafen als eine nationale Tat feierte — das tut ja der volksparteiische Kandidat Kubertshalt ebenfalls —, sondern es auch auf das lebhafteste bedauerte, daß der Freisinn im Abgeordnetenhaus der Entleerungsvorlage nicht zugestimmt habe. Damit aber nicht genug: dieser Schulmann behauptete dem Referenten und einem zitierten Ausspruch des nationalliberalen Abgeordneten Hadenberg gegenüber, daß unsere Volksschule nichts zu wünschen übrig lasse und ständige Fortschritte mache; und was allem die Krone aufsetzte: er rief das Volksschulunterhaltungsgesetz und bezeichnete es als ein Glück, daß die Nationalliberalen, um Schlimmeres zu verhindern, das Schulkompromiß mit der Rechten abgeschlossen hätten. Diese Ausführungen über das Schulwesen waren selbst dem anwesenden nationalliberalen Regierungsrat Boensgen zu bunt, und der freisinnige Lehrer mußte es sich gefallen lassen, von seinem nationalliberalen Bundesgenossen bewußt zu werden! Von seinen volksparteiischen Freunden, die in größerer Anzahl anwesend waren und die, wie aus anderen Versammlungen bekannt ist, über genügendes rednerisches Talent verfügen, widersprach Herr Krause jedoch niemand!

### Militär und Belagerungszustand wider freikundige Arbeiter!

Ueber die Stadt Wolgast in Pommern, Kreis Greifswald, ist der Belagerungszustand verhängt worden und vom Bürgermeister requiriert Truppen haben mit dem Bajonett die Straßen gesäubert. Den Hintergrund dieser Vorgänge bildet ein Kampf zwischen Arbeit und Kapital; seit einiger Zeit streiken in Wolgast die Arbeiter der dortigen Zementfabrik. Der Kampf wird, wie die Nachrichten zeigen, mit großer Erbitterung geführt. Genau Nachrichten über die Vorkommnisse liegen noch nicht vor. Die telegraphischen Meldungen der bürgerlichen Blätter sind natürlich mit großer Vorsicht aufzunehmen, da sie durchaus zugunsten der Streikenden gerichtet sind. So lautet ein Telegramm der Scharfpreffe:

Wolgast, 22. Mai, 1 Uhr 25 Min. nachm. Infolge des Streiks bei der Zementfabrik Pommerischer Industrieverein Quistorp-Stettin sollten am Mittwochabend einige Arbeiterfamilien aus den Arbeiterwohnhäusern der Fabrik evakuiert werden, wobei Gewalt angewandt werden mußte. Den evakuierten Beamten wurde tätlicher Widerstand entgegengesetzt, so daß Gendarmen aufgeboten wurde. Von den Streikenden wurden die Gendarmen mit Steinen beworfen, so daß sie von der Waffe Gebrauch machten. Hierbei wurden einige Personen verletzt, und auch einige Gendarmen und Polizeibeamte wurden durch Steinwürfe kampfunfähig gemacht. Den 285 Streikenden hatten sich die üblichen Radokausstigen angeschlossen, und der Aufbruch wurde so groß, daß der Magistrat schließlich Militär requirierte. Als aus Greifswald zwei Kompanien vom 8. Bataillon des 42. Infanterie-Regiments ankamen, wurden sie auf dem Bahnhof mit Johlen begrüßt. Der Hauptmann forderte die Menge auf, auseinanderzugehen, und als die Aufforderung keinen Erfolg hatte, sah er sich genötigt, die Seitengewehre aufzuführen zu lassen und die Menge zurückzutreiben; hierbei wurden einige Verletzte, jedoch keine schwer verletzt. Dann wurden Patrouillen in die Stadt geschickt, die die Straßen säuberten und nach einer Viertelstunde war die Stadt vollkommen ruhig. Die ganze Nacht patrouillierten die Posten durch die Stadt, fanden aber keinen Anlaß einzugreifen. Alle Lokale mußten geräumt, alle Fenster geschlossen gehalten werden. Heute vormittag ist der Landrat aus Greifswald angekommen. — Die Streikenden haben eine Versammlung einberufen, in der eine Kommission unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Reimers gewählt wurde, die über die eventuelle Einstellung des Streiks beraten soll. Sollte eine Fortsetzung des Streiks beschlossen werden, so beabsichtigen die Arbeiter der anderen Betriebe, zugunsten ihrer streikenden Kollegen in einen Generalstreik einzutreten.

In unserem pommerischen Parteiblatt, dem „Volksboten“ zu Stettin vom 21. Mai, finden wir einen kurzen Bericht, in dem es heißt:

„Gestern sollte ein Arbeiter der Quistorpschen Zementfabrik aus seiner Wohnung evakuiert werden; der anwesende Gerichtsvollzieher lehnte das aber ab, wofür er von umstehenden Streikenden ein „Bravo“ erhielt. Hierauf hieben Polizisten auf die Leute ein, und es wurden in dem Handgemenge drei Beamte und eine Anzahl Leute aus der Bevölkerung verletzt. Vom Bürgermeister wurde Militär requiriert, das mit gefälltem Bajonett gegen sich versammelndes Publikum vorging.“ Nach dieser Darstellung wäre es infolge übergroßer Verbosheit der Polizeibehörde zu den Zusammenstößen gekommen.

Wolgast, 22. Mai. (S. L. P.) Bei einer heute nachmittag abgehaltenen Versammlung der ausländigen Zementarbeiter wurde keine Einigung erzielt. Die Verhandlungen werden fortgesetzt.

### Beamtengehaltserhöhungen.

Die Entwürfe betreffend die Gehaltsreform der Reichsbeamten, die Gehaltsaufbesserung der preussischen Beamten, die Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses und die Beseitigung des Steuerprivilegs sind vom Reichshofamt und dem Finanzministerium soweit fertiggestellt, daß einschneidende Änderungen kaum noch Platz greifen werden. Für Reichszwecke verlangen die Entwürfe über 78 1/2 Millionen, für die preussischen Beamten etwa 180 Millionen Mark. Die Entwürfe werden nicht veröffentlicht werden, dem Bundesrat gehen sie erst im Herbst zu, wenn die Entwürfe betreffend die Finanz- und Steuerreform fertig gestellt sind.

Wie verlautet, sollen auch diejenigen Beamten, die in der allgemeinen Gehaltsreform nicht berücksichtigt sind, für den Fortfall des Steuerprivilegs in der Höhe der mehrzahlenden Steuerbeiträge entschädigt werden.

### Der Prozeß Harden vor dem Reichsgericht.

In Leipzig begann heute vor dem Reichsgericht die Verhandlung der Revision, die Harden gegen das Urteil des Landgerichts Berlin I vom 8. Januar angemeldet hatte. Harden und sein Verteidiger Justizrat Dr. Bernstein sind zur Vertretung der Revision erschienen. Als Vertreter des Nebenklägers v. Molke ist Justizrat Dr. Sello anwesend. Den Vorsitz führt Senatspräsident Freiherr v. Wilow, die Reichsanwaltschaft vertritt Oberreichsanwalt Richter. Die Revisionsbegründung führt 53 Punkte an, als wichtigsten die Behauptung, daß das Verfahren vor der Strafkammer nach dem Schöffengerichtsprüfungsprüfung unzulässig sei. Der Oberreichsanwalt bekräftigt diese Mäße. Dagegen erklärte er eine andere Revisionsbehauptung, wonach einige Zeugen nicht verurteilt, bezw. bei erneuter Vernehmung nach früherer Entlassung nicht aufs neue verurteilt werden, für erheblich. Justizrat Sello hielt dagegen diese Tatsache für un erheblich, da die Behauptungen jener Zeugen unwesentlich gewesen seien und auf das Urteil keinen Einfluß gehabt hätten. Die Verhandlung wurde schließlich auf Sonnabend vertagt.

### General-Ordenskommission.

Wäre Preußen ein Volksstaat, dann wäre eine Einrichtung, wie es die General-Ordenskommission ist, vollkommen entbehrlich. Der monarchische Staat aber muß Mittel haben, um Leute, die sich ein besonderes Verdienst um die Monarchie erworben haben, mit Auszeichnungen zu versehen. Geld kann man ihnen nicht bieten, denn das haben andere Leute auch, und überdies kann es doch nicht gut sichtbar getragen werden, deshalb setzt es Orden und Sterne. Bei festlichen Anlässen wird dann der Bratenord damit geschmückt und der simple Mensch meint, daß der mit einem Orden Bekannte auf einer höheren Stufe der Menschheit steht. Das Ordenswesen hat in Preußen eine eigene Verwaltung mit einem besonderen Etat. Die Einnahmen bestehen in den zurückgekommenen alten Ordensinsignien, die bemittelt verkauft werden. Das bringt im laufenden Jahr 17 700 Mark, dazu kommen noch diverse Einnahmen in Höhe von 62 Mark, so daß eine gesamte Einnahme von 17 762 Mark verzeichnet ist. Dieser Einnahme steht gegenüber eine Ausgabe von 308 250 Mark. In der Spitze der besoldeten Beamten steht ein Bureauvorsteher mit 6000 Mark Gehalt und freier Dienstwohnung. Solange er eine solche nicht hat, bezieht er bis 1800 Mark Monatsentlohnung. Die Expedienten erhalten 8000 bis 6000 Mark Gehalt, die Sekretäre 1800—8800 Mark, zwei Kanzleidiener je 1200—1800 Mark und sämtliche Angestellte Wohnungsgeld, für Reiseflohen, Tagelöhner und Geschäftsadressen sind eingesetzt 10 510 Mark, für Anschaffung und Unterhaltung der Ordensinsignien 220 000 Mark. Dieser Etat wird in beiden Häusern des Landtags ohne Debatte erledigt, denn die meisten der Herren haben gewiß Sehnsucht, auch mal was ins Knopfloch zu kriegen. Wer aber opponiert, der hat nichts zu erwarten.

### Zivilisten-Zulage.

Kürzlich lief durch die Blätter die Nachricht, die Zivilisten des Königs von Preußen solle erhöht werden, und zwar solle, da der König von Preußen zugleich deutscher Kaiser ist, das Reich einen Zuschuß beisteuern. Die Meldung wurde offiziell dementiert — was nach den bisherigen Erfahrungen für ihre Richtigkeit sprach. Und tatsächlich beschäftigen jetzt die „Dr. Rache“, die Fühler mit höheren Beamtenkreisen haben, daß eine Erhöhung der Zivilisten geplant ist. Das Blatt schreibt:

„In Verbindung mit der allgemeinen Erhöhung der Beamtengehälter bedingt durch die zunehmende Verteuerung der Lebens-

haltung, soll auch eine Erhöhung der Bezüge der der Krone unterstellten Beamten eintreten. Um diesen Mehrbedarf zu decken, soll eine entsprechende Erhöhung der Zivilisten des Königs von Preußen beantragt werden. Ueber diesen Rahmen hinaus dürften keinerlei Anforderungen gestellt werden.“

Vielleicht hatte man zur Zeit des Dementis noch keinen plausiblen Grund für die Erhöhung gefunden. Inzwischen hat man, wie es scheint, entdeckt, daß sich die Zivilistenverbesserung prächtig mit der steigenden Tendenz der Hofbeamtengehälter begründen läßt.

### Zur Eulenburg-Affäre.

Seit gestern früh 8 Uhr vernimmt im Münchener Justizpalast der Berliner Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Schmidt in Anwesenheit eines Vertreters des Fürsten Eulenburg eine große Anzahl Zeugen. Die Vernehmung dauerte gestern bis nachts 1/11 Uhr. Vernommen wurden bisher speziell die von Harden neuangeführten Zeugen, darunter sämtliche frühere Bedienstete des Fürsten Eulenburg, alle in München weilenden Mitglieder der Liebenberger Tafelrunde, darunter Baron Wendelstadt aus Reichenau und mehrere Bediente, ferner der frühere Gesandtschaftsprivatsekretär des Fürsten Eulenburg, Hofrat von Kistler mit Gemahlin, der städtische Hausmeister Danbl, das Kanzleipersonal des Justizrats Bernstein nebst den Anwalt Justizrat Löwenfeld und Prager. Weiter hätten vernommen werden sollen Oberlandesgerichtsrat Wapser und Justizrat Bernstein, sowie der Mähändler Riedel, deren Vernehmung aber auf Montag verschoben wurde. Am Montag wird auch diesen Vernehmungen eine Augenzeugenaussage sämtlicher vom Fürsten Eulenburg damals innegehabten Wohnungen vorgenommen. Morgen erfolgt die Vernehmung der Starnberger Zeugen.

### Ein neues konservatives Blatt?

Zwischen dem antisemitisch-mittelständlerischen Abgeordneten Böhme und der „Kreuz-Ztg.“ ist eine heftige Fehde entbrannt, in der beide Kämpfer für das Wohl des Vaterlandes sich gegenseitig die schönsten Schmeicheleien sagen. Bis jetzt ist Herr Dr. Böhme obenauf. In der letzten Nummer der „Deutsch-Sozialen Blätter“ spielt er mit folgenden Ausdrücken: „annahmehafte Sprache“, „weltfremde Ideen“, „taktische Ungeschicklichkeit“, „Nachwerke“, „Regelhafte Form“, „Marasmus senilis“, „Alter der Kindheit“, „albern“ usw. Dann heißt es:

„Hoffen wir, daß die schon seit längerer Zeit infolge der notorischen Unfähigkeit der „Kreuz-Zeitung“ bei angesehenen konservativen Politikern vorhandenen Bestrebungen, ein neues großes Zentralorgan zu schaffen, einen baldigen praktischen Erfolg haben, sowohl im Interesse der Konservativen wie der gesamten Rechtsparteien.“

Also, ein neues großes konservatives Blatt soll gegründet werden. Sollte vielleicht der jetzige Gelegenheitsmitarbeiter der „Kreuz-Zeitung“, der Major a. D. von Kalkstein, der diesem Blatt manchmal so interessante Fehleien liefert, zum Chefredakteur auszuwählen sein? —

Eine formelle Tagung des Landtages im Sommer. Es wird, wie eine hiesige offizielle Korrespondenz meldet, regierungsförmig Wert auf die Feststellung gelegt, daß in der beschleunigten Sommertagung des Landtages der Landtag nur eine formale konstituierende Sitzung abhalten, jedoch gesetzgeberisches Material zu beraten nicht in die Lage kommen wird. Im Wahlkampf wird häufig die Ansicht ausgesprochen, der Landtag werde im Juli die Vorberatungen vorgelegt erhalten. Diese Ansicht ist irrig. Vorlagen werden dem Landtage erst im Oktober zugehen, nachdem die Legislaturperiode mit einer Thronrede eröffnet worden ist.

### Zur Fahnenstucht getrieben.

Aus Halle a. S. berichtet man uns unterm 21. Mai: Vor dem Kriegsgericht der 8. Division war heute der Plausfeller Mag. Kuhn von der 1. Kompanie des Infanterieregiments Nr. 93 angeklagt. Der Beschuldigte hatte im Mai 1908 wegen entwürdigender Behandlung seinen Truppenteil in Dessau verlassen und sich im April dieses Jahres erst freiwillig wieder gestellt. Um sich Zivilsachen zu verschaffen, beging er schließlich auch Diebstähle. Der Angeklagte gibt als Grund zur Fahnenstucht an, er habe vom Schwilgen Kopfschlag bekommen und schließlich auch Läuse gehabt. Da habe ihn der Unteroffizier Steinmey in der Mannschafsstube herumgeführt und er, Angeklagter, habe ansetzen müssen, daß er Läuse habe. Schließlich habe er auf Geheiß des Unteroffiziers einen Schmelz bestiegen und von dort aus den Mannschaften verlinken müssen, daß er Läuse auf dem Kopfe habe. Nach dieser Prozedur und Verhandlungen von sogenannten alten Männern war der Angeklagte davongelaufen. Das Gericht berücksichtigte die entwürdigende Behandlung durch den Unteroffizier, verurteilte den Angeklagten aber zu einem Jahre Gefängnis.

### Frankreich.

#### Ein Petroleummonopol?

Paris, 21. Mai. In den Erläuterungen zu dem heute in der Kammer verlesenen Budgetentwurf für 1909 deutet der Finanzminister an, daß in einer allerdings noch nicht festgestellten Frist, die Raffinerie des Petroleums in ein Staatsmonopol umgewandelt werden dürfte, dem übrigen die Erhöhung der Erzeugungssteuern bereits den Weg geebnet habe.

#### Perthen.

#### Die russische Intervention.

Täbris, 21. Mai. Der persische Gouverneur erhielt von dem russischen General Scharsh ein Telegramm, das dessen Forderungen an den Führer der aufständischen Volksstämme enthält. Das Ultimatum des Generals Scharsh besteht aus drei Punkten: Bezahlung einer Entschädigung an die geländerten Russen, Auslieferung der Mörder und Erlegung einer bestimmten Buße für die Ermordung des Mittmeisters. Die Antwort muß bis spätestens Freitag mittag 12 Uhr erfolgen, widrigenfalls General Scharsh für das Ueberdrehen der russischen Grenze gewaltig Genußnahme fordern, die Dörfer zerstören und die Schuldigen bestrafen will.

Petersburg, 22. Mai. Der persische Geschäftsträger überreichte heute dem Minister des Auswärtigen Jomolst ein Gesuch der persischen Regierung, die Frist zur Erfüllung der Forderungen des Ultimatum um etwa 15 Tage zu verlängern. Dabei versicherte der Geschäftsträger, seine Regierung sei fest entschlossen, alle Maßnahmen zu ergreifen, damit diese Forderungen erfüllt würden. Der Minister erklärte, er werde in Anbetracht der Versicherungen der persischen Regierung das Gesuch an den Statthalter des Kaukasus weitergeben.

#### Marokko.

#### Mulay Hafid in Mekines.

Fes, 22. Mai. Meldungen aus Mekines bestätigen, daß Mulay Hafid am 16. Mai 8 Uhr morgens, begleitet von den Begleitern und dem Minister des Auswärtigen, mit großem Gepränge unter dem Donner der Geschütze, Musik, Huldigungsrufen und Fantasia der Bevölkerung seinen Einzug in Mekines gehalten hat.

#### Einschränkung der französischen Operationen.

Paris, 22. Mai. Aus Oran wird dem „Journal“ gemeldet, daß die Generale Galloud und Lyante bis auf weiteres jede neue Aktion im Tafletgebiete einzustellen beabsichtigen. Vorläufig werden in Ou Denis und Bu Accar, wahrscheinlich auch in Mahrer, stark verhängte Lager errichtet worden.



Man glaubt, auf diese Weise die Bildung neuer Parteien zu verhindern und die aufrührerischen Stämme zu baldiger Unterwerfung zwingen zu können.

Paris, 22. Mai. In Kammerkreisen, die in Fühlung mit der Regierung stehen, wird der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Frankreich und Spanien eine größere Anzahl ihrer Truppen aus Marokko zurückziehen wollen, einerseits weil die Organisation der Polizei in den Hafenstädten weit vorgeschritten ist, andererseits weil nach den Berichten des Generals Damade neuen Unruhen in Schanagebiet vorgebeugt ist. Die sozialistische Fraktion der Kammer wird sich in ihrer heutigen Sitzung mit der Marokkofrage befassen und eventuell eine Interpellation einbringen. In diesem Falle wird sich vielleicht noch vor der Abreise nach London eine Erklärung in obigem Sinne abgeben.

### Spanier und Franzosen.

Paris, 22. Mai. Aus Madrid wird berichtet, die spanische Regierung habe den Vorkämpfer in Paris beauftragt, der französischen Regierung freundliche Vorstellungen betreffs des Zwischenfalls in Casablanca zu unterbreiten, da algerische Schiffe die Angreifer gewesen seien. Man glaubt, daß der französische Oberst Dumontier abberufen werden soll.

### Indien.

#### Der Krieg mit den Mohmands.

London, 21. Mai. Wie das Bureau Reuters aus Simla meldet, griff General Willcocks gestern den Feind bei Umra Hill an. Es entspann sich ein heftiges Gefecht. Der Feind hatte eine starke Stellung inne, leistete hartnäckigen Widerstand und machte wiederholte Bajonettangriffe. Seine Verluste betragen mehr als zweihundert Mann. Auf britischer Seite sind ein Offizier und drei eingeborene Soldaten tot, ein Leutnant und neunzehn Eingeborene verwundet. Ferner ist ein Leutnant an Cholera gestorben.

## Aus der Partei.

Ein „hochgeschätzter“ sozialdemokratischer Vertrauensmann. In Weithain (14. sächsischer Reichstagswahlkreis Vorna) kolportierten mäßige Speichbütten in Ermangelung eines vernünftigen Unterhaltungsstoffes den einfältigen Matsch, wiser dortiger Vertrauensmann, Genosse Engelmann, erhalte jährlich aus der Parteikasse 600—900 M. Gehalt. Das imponierte nun der Steuereinschätzungskommission derart, daß sie unseren Genossen gleich um einige Klassen nach oben versetzte. Damit war aber nun unser Genosse nicht einverstanden, da sein Vertrauensamt nichts weiter einbringt als viel Arbeit und nicht zu wenig Karger. Er reklamierte, worauf ihm das nachstehende Schreiben zugegangen ist:

Borna, 19. Mai 1908.

Nach einer Mitteilung sollen Sie als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei in Weithain aus der Parteikasse 600 M. jährlich beziehen. Welche Bewandnis hat es mit dieser Behauptung?

Königliche Bezirkssteuereinnahme.  
Rant.

Der Wahrheit gemäß wird Genosse E. der Steuerbehörde berichten, daß die erwähnte Behauptung nicht weiter ist als ein unfünftiges Gerücht. Daß es Gläubige finden konnte, ist bezeichnend für die merkwürdigen Anschauungen, die man in bürgerlichen Kreisen über die sozialdemokratische Parteiorganisation hat.

Geäußertes Vertrauen. Der Ortsbeamte der Schuhmacherorganisation zu Erfurt, Carl Kiesecke, hat wegen Unregelmäßigkeiten seines Amtes entbunden werden müssen. Kiesecke war zugleich Vorsitzender der Parteiorganisation des Wahlkreises Erfurt-Schleusingen-Regenfeld. Dieser Vertrauensposten ist ihm natürlich auch abgenommen worden. An seine Stelle haben die Parteifunktionäre mit der Leitung des Wahlkreises den Genossen P. Reichhaus, Erfurt, Wilschellstr. 2, betraut.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Straffkonto der Presse. Wegen Beleidigung eines Malzfabrikanten wurde Genosse Arur Wolkensbühr von der „Freien Presse“ zu Elberfeld zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt. Trotz Aufbedingung verschiedener Mithände hielt es das Gericht für erwiesen, daß die Kritik der Zustände in der Fabrik zu weit gegangen sei.

## Soziales.

#### Zuständigkeit bei zwischläufigen Arbeitsverhältnissen.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen hat sich nicht nach den Rechtspredungen, sondern diese nach jenen zu richten. Juristen sind oft anderer Ansicht. Das deutsche Arbeiterrecht leidet an Einseitigkeit: Da gibt es andere Rechte für gewerbliche, andere für landliche Arbeiter. Davon unterscheiden sich weiter die Rechte des Besandes, der Vergarbeiter, der Handlungsgehilfen und der Arbeiter und Angestellten, die lediglich nach dem bürgerlichen Gesetzbuch zu beurteilen sind. Der überwiegende Teil der Rechtspredung nimmt nun an, wenn ein zwischläufiges Verhältnis vorliegt, also z. B. jemand als gewerblicher Arbeiter, Handlungsgehilfe und Gesinde beschäftigt ist, so entscheide das Arbeitsverhältnis, das den größten Teil der Tätigkeit in Anspruch nehme. Diese Praxis ist unlogisch und führt zu Härten gegen den Arbeiter. Das Berliner Kaufmannsgericht hat gestern diese Praxis mit Recht verlassen.

Der Kläger Friz H. hatte zwei regelrecht nebeneinander laufende Stellen in gänzlich getrennten Unternehmungen, und zwar in beiden Betrieben gegen festes Gehalt von 250 M. bzw. 200 M. Im Vorkriegsjahre von Gustav S. war er als Vorstandsmitglied angestellt, welche Tätigkeit ihn etwa von 11 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags in Anspruch nahm. Die übrige Zeit des Tages widmete er der besagten Firma, einem Warenlagergeschäft von Max L. Er arbeitete für diese Firma im Durchschnitt täglich sechs Stunden, schloß die Geschäftsräume früh auf und führte abends nach Schluß die Geschäftsschlüssel mit sich. Wie der Kläger behauptete, übte er diese Doppeltätigkeit mit dem Einverständnis beider Prinzipale aus, und der besagte Chef erhob auch dagegen keine Einwendungen. — Der Vorsitzende, Assessor Depéne, war der Ansicht, daß dieser „doppelte“ Handlungsgehilfe keine Klage beim ordentlichen Gericht wegen sachlicher Unzuständigkeit des Kaufmannsgerichts anhängig machen müsse. Er wollte den im Handels-Gesetzbuch festgelegten Begriff, daß derjenige Handlungsgehilfe sei, welcher „in einem Handelsbetrieb“ gegen festes Gehalt usw. tätig sei, dahin ausgelegt wissen, daß der Schwerpunkt auf die Wendung „in einem Betriebe“ zu legen sei. Da der Kläger nicht in einem, sondern in zwei Betrieben angestellt war, so sei das Kaufmannsgericht unzuständig.

Das Revisionskollegium machte diese Gesetzesinterpretation nicht zu der seinigen, die Kammer erklärte sich vielmehr für zuständig und erkannte damit an, daß auch Klagen von Angestellten mit doppelten Stellen, sobald sie nur in beiden Positionen gegen Gehalt fest angestellt sind, vor das Kaufmannsgericht gehören.

## Gewerkschaftliches.

#### Aus der Arbeiterhaut ist gut Riemen schneiden!

Die Direktion der königlichen Artilleriewerkstatt zu Spandau sieht sich von Zeit zu Zeit genötigt, um Arbeiter-Einstellungen von kurzer Dauer aus dem Wege zu gehen, Sattlerarbeiten an private Unternehmer zu vergeben. Sie vergibt nun aber ihre Aufträge in der Weise, daß die Unternehmer keinerlei Rohmaterial zu liefern haben. Dieselben

erhalten den fertigen Zuschuß, ganz wie ihn die in der königlichen Artilleriewerkstatt beschäftigten Sattlergesellen auch erhalten. Am Material kann also der Unternehmer keinen Verdienst erzielen, sondern nur, indem er die Arbeitslöhne möglichst zu drücken sucht. Selbst wenn ein einsichtiger Unternehmer die Löhne zu drücken nicht die Absicht hat, wird er durch die Praxis der königlichen Artilleriewerkstatt dazu gezwungen. Zwar ist bei Lieferungsverträgen der Passus vorgesehen, daß der Unternehmer verpflichtet ist, Lohnsätze zu gewähren, die dem Arbeiter ermöglichen, einen Tagesverdienst zu erreichen, der nicht hinter dem ortsüblichen Durchschnittstageslohn für die in Betracht kommende Arbeitsart zurückbleibt, auch werden dem Unternehmer auf Wunsch die in der königlichen Werkstatt gezahlten Akkordpreise mitgeteilt, jedoch die Art und Weise, wie bei der Submission verfahren wird, läßt deutlich erkennen, daß es der Direktion darum zu tun sein muß, die von den Privatunternehmern anzufertigenden Arbeiten womöglich noch billiger herzustellen zu erhalten, als von den eigenen Arbeitern der Artilleriewerkstatt selbst. Wir haben nun sicherlich keine Veranlassung, hier die Geschäfte der Unternehmer zu bezweifeln, da aber neun Zehntel der den Auftrag darstellenden Gesamtsumme reine Arbeitslöhne sind, und der Unternehmer sich nur an diesen schadlos halten kann, geht daraus vor, daß das billigste Angebot nur auf Lohndrückerei berechnet sein kann! Der Zuschlag wird dem Mindestfordernden erteilt; sind mehrere gleich niedrige Angebote vorhanden, so wird den betreffenden Submittenten dies mitgeteilt und ihnen anheim gestellt, andere Preise einzubringen; selbstverständlich billigere. Es soll schon vorgekommen sein, daß auf diese Weise zwei- und dreimal der Preis heruntergedrückt worden ist, so daß das Mindestangebot unter (1) den Preis zusehen kam, den die königliche Werkstatt ihren Arbeitern zahlt, denen sie außerdem auch noch Mithänden stellen muß. Da nun der Direktion die von ihr selbst gezahlten Löhne doch bekannt sind, so steht es fest, daß sie bei diesen Unterangeboten weiß, daß diese Unternehmer bedeutend niedrigere Löhne zahlen müssen, als die königliche Werkstatt den eigenen Arbeitern zahlt, denn die Unternehmer werden doch die Transportkosten, Versicherungsbeiträge und sonstige Geschäftskosten nicht aus ihrer Tasche zulegen. Unternehmer, welche ihren Arbeitern denselben Lohn wie in der königlichen Werkstatt zahlen wollen, gehen daher meistens leer aus und die Aufträge erhalten diejenigen Fabrikanten, die durch Beschäftigung von Zwischenmeistern und Heimarbeitern instande sind, die Löhne zu drücken.

Die Staatsbetriebe sollen Musterbetriebe sein, namentlich in sozialer Fürsorge für die Arbeiter. Glaubt die Direktion aber, wenn sie den von ihr direkt beschäftigten Arbeitern annehmbare Löhne zahlt, daß sie dann durch ihr Submissionsverfahren die bei den privaten Unternehmern beschäftigten Arbeiter desto mehr ausbeuten lassen kann? Die Auslegung der Lohnklausel seitens der Direktion ist uns unbekannt. Festgestellt ist nur, daß eine Beschwerde über einen Unternehmer, der 12 Proz. niedrigere Löhne als die auf der königlichen Werkstatt zahlte, dahin entschieden wurde, daß nach Recherchen seitens der Direktion dieser Unternehmer ortsübliche Durchschnittslöhne zahle. Für die betreffende Arbeiterkategorie gelten jedoch als ortsübliche Durchschnittslöhne die in der königlichen Werkstatt gezahlten Preise, welche auch von den maßgebendsten Berliner Fabrikanten anerkannt sind.

Zurzeit werden wiederum größere Posten Arbeiten vergeben; sollte wiederum die Annahme derartiger Unterbietungen zu Lohndrückereien führen, so trüge das Submissionsverfahren, wie es seitens der Direktion ausgeführt wird, bei etwaigen Arbeitseinstellungen die Hauptschuld.

### Berlin und Umgegend.

#### Wählung, Rohrleger!

Mehrere bürgerliche Zeitungen bringen eine Notiz über die Kündigung des Rohrlegertarifs. Da diese Notizen Unrichtigkeiten enthalten, bemerken wir, daß die Mitglieder der Schlichtungskommission des Tarifs, der im Jahre 1905 für das Rohrlegergewerbe abgeschlossen ist, sämtlich Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind. Der Vertrag ist mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande abgeschlossen und jetzt auch dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande gekündigt. Mit der Kündigung dieses Vertrages hat sich die Versammlung der Rohrleger am 17. Mai beschäftigt und ihre Stellung präzisiert.

Was da sonst noch an Vereinbarungen mit anderen Vereinen besteht, hat mit dem Vertrag des Deutschen Metallarbeiterverbandes nichts zu tun.

Unsere Mitglieder erlauben wir dringend, sich durch solche Rohrlegertarifs nicht beirren zu lassen, sondern sich in allen den Tarifs betreffenden und auch sonstigen Berufsangelegenheiten nur an den Branchenvertreter oder an den Vertreter der Ortsverwaltung beim Tarifs der Rohrleger, den Kollegen Handke, Charitéstr. 8 III, zu wenden.

#### Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Der Fensterputzerstreik bei der Firma Carl Zuhre dauert unverändert fort. Seit einigen Tagen läßt Herr Zuhre bei seiner Kundschaft das Gerücht verbreiten, die Forderungen der Fensterputzer seien bewilligt und somit der Streik aufgehoben. Das trifft nicht zu. Nach wie vor befinden sich die Fensterputzer bei genannter Firma im Streik und ist Zugang durchaus fernzuhalten.

### Deutsches Reich.

#### Zu den Differenzen im deutschen Malergewerbe.

Im deutschen Malergewerbe sind bei den letzten Verhandlungen in mehreren Städten Süddeutschlands über die Frage der im Schiedspruch vorgesehenen allgemeinen Lohn-erhöhungen neue ernste Differenzen ausgebrochen. Die davon betroffenen Malergehilfen nahmen die Arbeit nicht wieder auf. Der Hauptvorstand des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Malergewerbe hat daher das Kollegium der Unparteiischen ersucht, eine genauere Präzisierung darüber vorzunehmen. Da der Vorsitzende des Kollegiums, Magistratsrat v. Schulz, erkrankt ist und die beiden anderen Unparteiischen, Dr. Prenner-Rüchgen und Dr. Bietfeld-Essen, sich auf Reisen befinden, konnte diese Angelegenheit nicht in Kürze geregelt werden. Der Arbeitgeberverbandsvorsitzende hat nunmehr an den Zentralvorstand des Verbandes der Maler eine Zuschrift gerichtet, in der die Aufforderung ausgesprochen wird, die Arbeit in allen fraglichen Orten sofort wieder aufzunehmen. Dagegen verpflichtet sich der Arbeitgeberverbandsvorstand, dafür einzutreten, daß nach Auslegung

der Unparteiischen, auch wenn sie zugunsten der Arbeitnehmer ausfalle, unter allen Umständen die strikten Lohn-differenzen nachgezahlt werden.

Dieser Aufforderung sind die Arbeitnehmer in allen Orten nachgekommen mit Ausnahme eines, Erlangen, wo die Gehilfen wegen Abzüge den Streik fortsetzen.

### Schlechtgewetzte Humanität.

Bei der Firma Bong & Sohn, Weberei, in Biersen, sind die Arbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer die Löhne um 2,50 M. bis 4 M. pro Lieferung kürzten. Im vorigen Jahre schloß die Firma mit dem Deutschen Textilarbeiterverband einen Tarif ab. Es wurde in dem schriftlichen Abkommen noch von Seiten der Firma betont, daß sie nunmehr hoffe, sich für lange Zeit ein friedliches Vertragsverhältnis mit der Arbeiterkassette gesichert zu haben. Aber jetzt schon kommen diese Unternehmer, welche sich als Sozialpolitiker und Arbeiterfreunde aufwiehlen, mit Lohnreduktionen.

Einer der Firmeninhaber hielt auf seinem Volksunterhaltungsabend ein Referat über das Thema: „Wie verschafft sich der Arbeiter ein eigenes Heim?“ Und einige Tage später benutzte derselbe Mann die schlechte Konjunktur, um Lohnabzüge zu machen. Die Erbitterung unter den Arbeitern ist sehr groß, sämtliche Weberinnen und Weber haben sich solidarisch erklärt, von den 650 Stählen werden circa 70 von den Angestellten in Betrieb gehalten.

### Wählung, Metallarbeiter!

Mit der Firma Brown, Hoberie u. Co. zu Mannheim hatten die Arbeiter seit Ende 1906 eine Vereinbarung getroffen, welche die Preisfestlegung bei Akkordarbeit regelte. Diese Vereinbarung wollte die Firma nun erlösen durch Einführung eines Prämien-systems, wonach ein Ueberschuß von 30 Proz. über den Stundenverdienst dem Arbeiter, jeder weitere Ueberschuß zur Hälfte der Firma und zur Hälfte dem Arbeiter zufallen wäre. Dieser Vorschlag war nur nach Lage der Verhältnisse im Betrieb völlig unannehmbar für die Arbeiterkassette. Jedoch war dieselbe bereit, das System zu akzeptieren, wenn der Vorschlag der Direktion einige Änderungen erfahren hätte. Darauf ließ sich die Direktion jedoch unter keinen Umständen ein, sondern, da sie mit ihrem Vorschlag nicht durchdrang, kündigte sie einfach das bisherige Abkommen und erklärte in bürren Worten, daß einfach abgezogen werde, und zwar so, wie es die Firma für richtig halte. Die Firma stellte nun eine ganze Reihe Kalkulatoren an, die die Preise festzusetzen haben. Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß diese Preisfestsetzungen derart erfolgen, daß absolut nicht mehr davon die Rede sein kann, daß die Arbeiter auch nur halbwegs auf ihren früheren Verdienst kommen. Nichtsdestoweniger ging die Arbeiterkassette her und erklärte sich bereit, einer Regelung der Akkorde zuzustimmen, und zwar in der Weise, daß sämtliche Akkorde geprüft und neu reguliert werden, so daß an den gut bezahlten Akkorde etwas gespart, an den schlechten aber dafür aber entsprechend der Notwendigkeit zugelegt werde, und wenn ferner für die Zukunft die Garantie geboten werde, daß die Arbeiterkassette ein Einspruchsrecht bezüglich der Preisfestsetzung erhalte. Darauf ging die Firma nicht ein, „weil sie derartige es nicht mehr machen dürfe.“ (11) Nachdem nun alle Wege zur friedlichen Verständigung erschöpft waren, nahm die Arbeiterkassette erneut zur Sache Stellung und beschloß am 20. d. M. am 21. eine geheime Abstimmung über die Einreichung der Kündigung vorzunehmen. Da es als ausgeschlossen gelten dürfte, daß die Firma sich vorerst eines Besseren besinnt, vielleicht auch nicht bestimmen darf, wird es am heutigen Sonnabend zur Einreichung der Kündigung in den wichtigsten Abteilungen des Betriebes kommen.

Die Firma hat ein weiteres großes Werk in der Schweiz und fertig in erster Linie Dampfmaschinen, Elektromotoren und Apparatoren an und ist mit Aufträgen auch für das Reich ziemlich gut versehen.

Da der Kampf voraussichtlich ein sehr fester werden dürfte, wenn nicht in letzter Stunde eine Verständigung erzielt wird, so erlauben wir die Metallarbeiter aller Branchen, den Zugang vom Mannheimer Industriegebiet unter allen Umständen auf das strengste fernzuhalten.

Die gesamte Arbeiterpresse wird ersucht, von Vorstehendem ihren Lesern Kenntnis zu geben.

Die Bezirksleitung vom 9. Bezirk des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Feuerwehr und Gewitter. Das gestern abend über Berlin niedergehende Gewitter machte der Feuerwehr viel zu schaffen. Der wolkenbruchartige, mit Hagelschlag verbundene Regen, von dem das Gewitter begleitet war, verursachte stellenweise erhebliche Ueberschwemmungen, namentlich in der Yorkstraße und in der Brunnenstraße. Die Feuerwehr wurde wohl über hundertmal alarmiert, ohne jedoch besonders oft in Tätigkeit zu treten. Fortwährend hörte man einzelne Bzüge der Wehr durch die Straßen klingeln, da ja bei den Alarmierungen am Feuermelder nicht ersichtlich ist, ob Feuer- oder Wassergefahr vorliegt. Bei überschwemmten Kellereien wurde jedoch keine Hilfe gewährt, wenn nicht Menschenleben in Gefahr waren oder die Fundamente unterspült zu werden drohen. Mithschläge in Berlin selber waren bis in die späte Nachtstunde zum Glück nicht zu verzeichnen.

Halle a. S., 22. Mai. (W. L. B.) Seit heute nachmittags 2½ Uhr ist Halle und Umgegend unausgesetzt von heftigen Gewittern mit wolkenbruchartigem Regen und Hagelschauern heimgesucht worden. Einige Straßen stehen fast bis zum Hals unter Wasser. Der Schaden ist außerordentlich groß.

### Töbliche Dampfabgas.

Hofen, 22. Mai. (W. S.) Gestern abend (stiftete infolge Einnehmens giftiger Gase bei der Reinigung einer Dampfabgas der 62 Jahre alte Maurer Penzel. Der von dem Unfall benachrichtigte Hauswirt wollte ihn retten, stürzte aber in die Grube und kam gleichfalls ums Leben.

### Gewitter.

Leipzig, 22. Mai. (W. L. B.) Ein schweres, mit Hagelschlag verbundenes Gewitter, das um 6 Uhr abends niederging, hat vielfachen Schaden angerichtet. Zahlreiche Straßenlaternen und Fensterscheiben wurden durch walnußgroße Hagelkörner zertrümmert, auch Wald und Flur haben sehr gelitten.

### Großer Brand in Dalmatien.

Ragusa, 22. Mai. (W. S.) Auf der Insel Mezzo wütete ein 80 Stunden dauernder furchtbarer Brand. Endlich gelang es mit großer Mühe den herbeigeeilten Truppen, den Brand zu isolieren und die Stadt Mezzo selbst, die stark bedroht war, vor den heranrauschenden Flammen zu retten.

### Japan und Korea.

Süü, 22. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Ein sehr ernstes Gefecht hatten die japanischen Truppen, die zum Schutze der friedlichen Einwohner in Korea liegen, mit koreanischen Insurgenten am 18. Mai in der Provinz Osela, wobei 25 Insurgenten fielen, während der Verlust der Japaner 5 Tote und 8 Verwundete betrug.



Verbandstag der Stukkateure.

München, 21. Mai.

In der Beratung der Anträge zur Streikunterstützung wird zunächst fortgefahren und dann auf Antrag Krebs-Berlin...

Angenommen wird der Antrag Dorkmund, wonach Mitglieder, die sofort nach beendigter Lehrzeit dem Verbandsbeiträge...

Da hierzu auch noch weitere Anträge einlaufen, wird die Debatte mit der alten Rednerliste neu eröffnet, worauf es zu lebhaften Auseinandersetzungen kommt.

Die aus süddeutschen und rheinländischen Delegierten sich in der Hauptsache zusammensetzende Mehrheit der Vorstände für die Einführung der vierten Beitragsklasse...

Weiter wird beschlossen, die Bestimmung zu streichen, wonach in einer Filiale ein einheitlicher Beitrag erhoben werden muß...

Der Hauptvorstand mit dem Ausschuss wird ermächtigt, bei außergewöhnlichen Verhältnissen Ertragsbeiträge auszusprechen.

Von den Anträgen, die sich mit der Streikunterstützung beschäftigen, werden folgende angenommen:

Kollegen, die durch Sympathiestreik arbeitslos geworden sind, werden vom Stukkateureverband unterstützt, solange sie keine Arbeit gefunden haben.

Damit ist dieser Punkt erledigt. Die zur Formulierung einer Vorlage über die Erwerbslosenunterstützung gewählte Kommission tritt zusammen und erhält den Auftrag, auch die sonstigen durch die Beschlüsse notwendig gewordenen Änderungen am Statut vorzunehmen.

Organisation und Agitation.

Hier wird die Frage „Unsere internationalen Beziehungen“ herausgenommen und vorweg behandelt.

Kleines Feuilleton.

Gewerkschaftlich organisierte Schauspieler. Der Dänische Schauspielerverband hat in Kopenhagen Normalverträge aufgestellt, die den Mitgliedern größere Rechte, höhere Gagen, Krankengeld und andere Vorteile verschaffen sollen.

Theater.

Die Berliner Theater sind aus dem ausgiebigen Winterschlaf, in den sie dieses Jahr versunken waren, allmählich erwacht, um so gleich die reine Fremden- und Vergnügungsfaktion zu eröffnen.

unterstützung beziehen, einer Revision zu unterstellen und auch hinsichtlich der anderen Unterstützungszweige zu regeln.

Redner berührt noch das Verhältnis zu den schweizerischen Kollegen und einige Differenzpunkte mit der dortigen Organisation der Maler und Gipser...

Der Vertreter der holländischen Stukkateure, de Zeeuw, gibt in holländischer Sprache eine sehr interessante Darstellung der Organisationsverhältnisse in seinem Heimatlande.

Nach längerer Diskussion wird ein Antrag angenommen, der den Hauptvorstand ermächtigt, 500 M. für die Agitation in Holland zu bewilligen...

Die Vertragsbestimmungen sollen durch Vereinbarung mit den Vorständen der in Frage kommenden Organisationen entsprechend den in der Diskussion vorgebrachten Wünschen geändert werden.

II. Schmiede-Verbandstag.

Dresden, 21. Mai.

3. Verhandlungstag.

Am Mittwoch unternahmen die Delegierten eine Dampferpartie nach der Sächsischen Schweiz, infolgedessen fielen an diesem Tage die Verhandlungen aus.

Der dritte Verhandlungstag begann mit den Beratungen über die Einführung von Staffelleistungen.

Bisher gab es nur einen Einheitsbeitrag. Die Einführung der Staffelleistungen ist eine Anregung des Vorstandes.

Kamps-Hamburg. Er legte in längeren Ausführungen die Gründe dar, die den Gesamtvorstand zu einer diesbezüglichen Vorlage veranlaßt haben.

Es muß Bezug auf auswärtig kommen, um das träge Opernleben Berlins aufzufrischen. Fast fortwährend ein altes Repertoire — die Königlich Oper kaum zugänglich — die Privattheater unzulänglich...

Musik.

Es muß Bezug auf auswärtig kommen, um das träge Opernleben Berlins aufzufrischen. Fast fortwährend ein altes Repertoire — die Königlich Oper kaum zugänglich — die Privattheater unzulänglich...

Als „Das Leben für den Jar“ 1830 zu Petersburg aufgeführt war, besah Rußland einen heimischen und doch auch der Weltliteratur angehörenden Schatz.

dann an der Hand von Berechnungen nach, wie diese Neueinrichtungen auf die Finanzierung einwirken würden.

Grünbein-Frankfurt a. M. ist entschiedener Gegner der Staffelleistungen. Wenn man durch die Staffellierung eine Beitragserhöhung vornimmt...

Rujov-Röln spricht für die Einführung der Staffelleistungen, wendet sich aber dagegen, daß die Kommission einen Satz von 20 M. vorgeschlagen hat...

Schreiber-Hamburg ist kein direkter Gegner der Staffeln, weil er sich sagt, daß durch die Einführung derselben den indifferenten und schlechter gestellten Kollegen es möglich sei...

Genzsch-Berlin ist auch Gegner der Staffeln. Der Verband könne auch ohne diese ausgebaut werden.

Eintrich-Rainz wendet sich ebenfalls dagegen, daß man denen den Eintritt in die zweite Klasse gestattet, die unter 20 M. verdienen.

Müller-Leipzig erklärt sich im Prinzip für eine Staffellierung der Beiträge.

Förster-Brandenburg erklärt sich gegen den 20 M.-Satz. Einer Herabsetzung der Krankenunterstützung stehe er nicht im Wege.

In namentlicher Abstimmung wurde der Einführung der Staffelleistungen mit 89 gegen 8 Stimmen bei zwei Enthaltungen im Prinzip zugestimmt.

Schmid-Mannheim erstattet sodann den Bericht der Statutenberatungskommission.

Darauf wurde in die Spezialberatung über die Staffelleistungen eingetreten. Es werden verschiedene Wünsche in bezug auf die Handhabung der Staffellierung geäußert.

Nachdem ein Antrag, die Beitragssätze auf 65 und 40 Pf. festzusetzen, abgelehnt worden war, wurden die vorgeschlagenen Sätze 60 und 40 Pf. angenommen.

Abgelehnt wurde die vorgeschlagene Grenze von 20 M., wo die zweite Klasse beginnen soll.

Die Arbeitslosenunterstützung beträgt nunmehr nach Klassen eingeteilt: in der 1. Klasse 6, 9 und 18 M., in der 2. Klasse 4, 6 und 8 M., an jugendliche und weibliche Mitglieder 2,50, 3,75 und 5 M.

Krankenunterstützung wird wie folgt geleistet: 1. Klasse 5, 7,50 und 10 M., 2. Klasse 3, 4,50 und 6 M., an jugendliche und weibliche Mitglieder 2, 3 und 4 M.

Bei der Streikunterstützung ist das Verhältnis wie folgt: 1. Klasse für Ledige 12 M., für Verheiratete 14 M., und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M.; 2. Klasse für Ledige 8 M., für Verheiratete 10 M., und für jedes Kind unter 14 Jahren 1 M.; für jugendliche und weibliche Mitglieder 6 M.

Aus Industrie und Handel.

Zuckerideal.

Im Jahrbuch der „Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft“ wird ein Vortrag von Prof. Dr. Wagner-Darmstadt über „Düngungslehre“ veröffentlicht.

Ertrag und Gewinn konnten wir, wenn wir für den gegebenen Fall das Höchstmaß aller mitwirkenden Kräfte — soweit dies überhaupt möglich war — herstellen, sehr bedeutend steigern.

Am Mittwoch war die erste, am Donnerstag die zweite (von uns zum Anhören gewählte) Aufführung.

Am Mittwoch war die erste, am Donnerstag die zweite (von uns zum Anhören gewählte) Aufführung. Abgesehen von dem Verdienste, die Stücke selbst kennen zu lernen, kann das Unternehmen auf unsere Sympathie vor allem wegen des bequemen Einblicks rechnen...

Notizen.

Was hat die Venus von Milo mit ihren Armen gemacht? Diese Frage, bei deren Erörterung unzählige Archäologen, Kunsthistoriker und Künstler sehr viel Phantasie, Gelehrsamkeit und Bedanterie aufgewendet haben...



Erträge ließen sich unter günstigen Verhältnissen von 18 auf 36 Doppelzentner und mehr bringen. Erstenerträge liegen sich von 18 auf 36 Doppelzentner, Hafererträge von 25 bis 36 und 40 Doppelzentner steigern, und selbst auf dem ärmsten Flußabacker, der bei bisheriger Bewirtschaftung nur 10 Doppelzentner Körner brachte, konnten wir durch geeignete Kultur und Düngung den Ertrag auf 25 Doppelzentner Roggenkörner vom Hektar bringen.

Ich frage: Ist das nur in Hessen so? Nein! Ertrag und Gewinn können nicht nur in Hessen, sondern in allen anderen Gebieten des Deutschen Reiches bedeutend gesteigert werden.

Wagner behauptet nicht, daß die bei den Versuchen erzielten Ertragssteigerungen überall in der Praxis zu erzielen sind. Aber er erklärt, die jetzt im Mittel erzielten Erträge von 18 Doppelzentner Körner pro Hektar (nach dem Durchschnitt der letzten vier Jahre) könnten sehr gut um drei Doppelzentner gesteigert werden. Die zu dieser Mehrproduktion erforderlichen Düngemittel sind vorhanden, oder sind ohne große Schwierigkeit zu beschaffen. Ueber „Düngung und Erzeugungskosten der Kartoffeln“ sprach Mittergutsbesitzer Wibrans-Galburde, der sich als „Praktiker“ bezeichnete. Er erklärte, daß er früher ein Drittel seiner Ackerfläche mit Kartoffeln bebaut, jetzt dagegen nur zu ein Viertel

„und ich ernte ebensoviel wie früher. Deshalb soll man sich mit der großen Fläche abquälen, wenn man auf kleiner Fläche die genügende Ernte erreichen kann? ... In der Regel wird der Arbeitssohn für die Ernte von 50 Zentnern (pro Morgen) der gleiche sein, wie für 150 Zentner. ... Es ist der Beweis geliefert, daß ich es in fünf Jahren erreicht habe, durch Anreicherung des Feldes mit Kali ... die Ernten zu steigern von einigen 70 Zentnern auf 147 Zentner Kartoffeln in diesem Jahre, nicht von einer kleinen (Versuchs-) Parzelle, sondern von 23 Morgen.“

Wenn aber jemand glauben sollte, Wagner, der Praktiker, hat seine Erfolge beim Kartoffelbau bekannt gegeben, um andere anzuspornen, ihm nachzueifern, so ist das ein Irrtum. Wagner kommt zu dem Schluß:

„Ich möchte Sie dringend bitten, schränken Sie die Fläche ein, damit wir den Markt nicht überschwemmen und Preise bekommen, die rentabel sind!“

Zurück, eine prächtige Illustration zu der oft gepriesenen göttlichen Weltordnung. Hohe Preise, das ist das Unterideal! Gewiß gibt es noch viele Menschen, die sich nicht satt essen können, die hungern an der Straße liegen, und ihnen könnte durch intensivere Kultur geholfen werden, aber zum Glück: wir wollen hohe Preise haben!

### Deutschlands Außenhandel im April 1908.

Nach dem in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangenden Aprilhefte der vom Kaiserlichen Statistischen Amte herausgegebenen Monatshefte nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands betrug im April d. J.:

1. Die Einfuhr 4 890 733 Tonnen verschiedene Waren, außerdem 11 476 Stück Pferde und andere Tiere, 429 218 Güter, 193 Fahrzeuge, 118 229 Uhren, 1023 Stühle Wienen.

2. Die Ausfuhr 3 380 842 Tonnen verschiedene Waren, außerdem 249 Pferde und andere Tiere, 453 748 Güter, 69 Fahrzeuge, 33 898 Uhren, 48 Stühle Wienen.

Gegen den März dieses Jahres hat die Einfuhr zu, die Ausfuhr stark abgenommen, gegen den April des Vorjahres hat auch die Einfuhr eine erhebliche Einbuße erfahren.

In den vier Monaten Januar bis April d. J. betrug die Einfuhr 17 928 183 Tonnen verschiedene Waren gegen 18 125 092 im Vorjahr. Der Ausfall macht fast 200 000 Tonnen aus. Die nach Stück angeführten Waren, die noch als solche in der Hauptübersicht ersichtlich gemacht sind, gingen bis auf Fahrzeuge, die in gleichen Mengen wie im Vorjahre vorliefen, ebenfalls zurück. 11 Tarifabschnitte zeigen Ausfälle, den größten der Abschnitt 1: Erzeugnisse der Land- und Forstwirtschaft usw.

Die gleichzeitige Ausfuhr war nur verhältnismäßig wenig geringer als im Vorjahre; sie erreichte 14 118 821 gegen 14 204 508 Tonnen verschiedene Waren, ferner 2085 Pferde und andere Tiere, 2 270 763 Güter — Ausfall über 550 000 Stück —, 853 Fahrzeuge, 137 254 Uhren, 56 Stühle Wienen. Bei 10 Tarifabschnitten ist eine Abnahme verzeichnet, die größte beim Abschnitt 2: Mineralische und fossile Rohstoffe, Mineralöle — 314 000. Die Ausfuhr von Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft usw. — Abschnitt 1 —, ferner von unedlen Metallen und Waren daraus erfreut eine erheblichere Zunahme als die einiger anderer Abschnitte.

### Zur Geschäftslage in der Textilindustrie.

Es gibt in Deutschland neun Spitzenwebereien, die zurzeit sämtlich die tägliche Arbeitszeit verkürzt haben. Die Stickerbefehle warten seit vielen Monaten vergeblich auf Eingang von Aufträgen. In Plauen i. V. sind circa 13 000 Personen mit beschränkter Produktion tätig, in Halleinlein 4000, in Pössa 1100. Haben die Sticker eine Arbeit beendet, müssen sie tage- und wochenlang warten, bevor sie neue Beschäftigung erhalten. Im Posamentenfach herrscht große Ruhe. Sowohl in der Webposamentenbranche Berlins, wie in der Konfektionsposamentenbranche des sächsischen Erzgebirges gibt es keine Arbeit, Arbeitslose sind in großer Anzahl vorhanden. Die Arbeiter müssen jetzt, wie sich die Unternehmer geschmackvoll ausdrücken, mit ihrer Arbeitskraft „haufieren“ gehen. Der schlechte Geschäftsgang dauert hier schon seit etwa sechs Monaten und die Unternehmer befürchten, daß bei der geringen Anzahl der vorhandenen Posamentierere nach Ueberwindung der Krisis ein Mangel an geschulten Arbeitskräften eintreten werde. Das Unternehmerverbandsblatt „Der Posamentier“ schreibt: „Die meisten können nämlich diese dauernd schlechte Konjunktur wirtschaftlich nicht aushalten und sind deshalb gezwungen, sich einen anderen Erwerb zu suchen, wodurch sie für die Branche verloren und so leicht nicht zu ersetzen sind.“ Solche Bemerkungen stehen sehr im Widerspruch mit den „Hexenmanieren“ der Unternehmer nach Beendigung des letzten großen Posamentiererestriks in Berlin. Auch die Teppichwebereien stehen durchaus im Zeichen der Krisis. Die Berliner Fabriken haben die Produktion beschränkt und in Ostpreußen i. V. haben etwa 1000 Personen verkürzte Arbeitszeit. Die Wigowepfennereien des Rheinlandes und Sachsens haben die Fortbauer der Betriebsbeschränkung um einen Tag pro Woche auf weitere drei Monate festgelegt. Die Verdauer Unternehmer treten öffentlich für größere Betriebsbeschränkung ein. Die erstmalige Betriebsbeschränkung wurde mit der Notwendigkeit der Preishaltung begründet. Jetzt wird offen Mangel an Aufträgen zugegeben. In der Pössaer Streichgarnindustrie sind etwa 800 Personen bei verkürzter Arbeitszeit beschäftigt, in Pössa i. V. 1300. Die Segeltuchindustrie liegt daneben. In Kassel stehen Hunderte Webstühle still. Nach Angabe der Arbeiter ist die Krisis mit solcher Heftigkeit noch nicht aufgetreten. In der Tuchbranche haben sich die Dinge noch nicht gebessert. In Kaden allein ist für 12 000 Arbeiter die Beschäftigungszeit verkürzt. In der Ganzschuhbranche, die noch bis vor kurzem gut beschäftigt war, ist ganz plötzlich vollständige Stillung eingetreten. In Limbach, Wittgensdorf, Burgstädt, Hartmannsdorf und den Zentren der sächsischen Schuhindustrie ist verkürzte Arbeitszeit und Beschäftigungslosigkeit der Tagesordnung. Das gleiche ist der Fall in den Feinwebereibetrieben Schlesiens und den Wandfabriken Elbersfelds. In Elbersfeld stehen tausende Webstühle still, und in Ludau und Wischewaldsdorf arbeiten zusammen gegen 2000 Arbeiter verkürzt.

Sachsenland im Preußen Mitte Ost, wenn 2 gut, 3 mittel, 4 gering bedarf.

Winterweizen 2,5 (im Mai des Vorjahres 3,3), Sommerweizen 2,7 (2,6), Winterweizen 2,3 (2,8), Winterroggen 2,7 (3,0), Sommerroggen 2,7 (2,5), Sommergerste 3,5 (2,6), Hafer 2,6 (2,5), Erbsen 1,7 (2,0), Ackerbohnen 2,6 (2,5), Wicken 2,7 (2,6), Kartoffeln 2,8 (2,7), Zuckerrüben 2,6 (2,6), Wintertraps und Rüben 2,7 (3,0), Fläche 2,8

(2,7), Alee 2,5 (3,3), Luzerne 2,4 (3,1), Rieselwiesen 2,4 (2,0), andere Wiesen 2,8 (3,0).

Wegen Auswinterung, Mäusehaden, Schneckenfraß und dergleichen umgepflügte Fläche: Winterweizen 3,01 Proz. (Mai 1907 3,40), Winterweizen 0,43 (0,39), Winterroggen 1,11 (3,45), Wintertraps 2,42 (2,62), Alee 1,37 (1,27), Luzerne 0,25 (1,18).

## Soziales.

### Wie Arbeiter wohnen müssen!

Arbeiterwohnungen, ähnlich denen, über die wir in Nr. 107 des „Vorwärts“ aus Westfalen berichteten, finden sich auch in der Mark Brandenburg. Wer sie sehen und bewundern will, der wandere hinaus nach dem Dorf Hohenbruch, das im Kreis Osthaveland nahe dem Stuppiner Kanal auf halbem Wege zwischen der Havel und dem Kremmer See liegt. Dort wird seit längerer Zeit gearbeitet an dem Bau einer neuen Chausseestraße, die von der Chaussee Oranienburg-Löwenberg-Gransee sich hinter Sachsenhausen abzweigt und von hier aus über Hohenbruch hinführen soll nach Sommerfeld an der Chaussee Krammen-Heerfeld-Alttrappin. Arbeiter, die bei diesem Chausseebau beschäftigt sind, wohnen in Wohnungen, die in der Tat als Lehnstrotz bezeichnet werden müssen.

Wenn du, von Sachsenhausen kommend, dem Dorfe Hohenbruch dich nähert, so zeigt sich kurz vor dem Ort neben der neuen Chaussee ein halbes Dutzend großer Erdhäuser. Vielleicht werden sie dir kaum auffallen, weil sie nur mäßig hoch sind und auf den ersten Blick nichts Besonderes an ihnen zu bemerken ist. Doch sieh, da steigt von einem dieser Erdhäuser eine dünne Rauchsäule auf. Du entdeckst, daß sie einem kleinen Backsteinaufbau entstammt, der den Erdhaufen bekrönt und sich wie ein Schornstein ausnimmt. Und nun bemerkst du, daß auch die übrigen Erdhäuser ähnliche Bekronungen tragen. Ob da unten menschliche Wesen hausen? Verwundert trittst du heran, da fällt dir an dem nächstgelegenen Erdhaufen eine Öffnung auf, ein Eingang, den eine aus Schalbrettern zusammengezeichnete Tür verdeckt. Neugierig geworden, gehst du um den geheimnisvollen Erdhaufen herum, da zeigt sich dir auf der anderen Seite eine Fensteröffnung, ein richtiges Fenster mit Glasfenster. Sollte da drinnen eine regelrechte Wohnung sein? Du spähest hinein, aber im Innern herrscht Dämmerung, die dich nichts erkennen läßt. Kaltes Schauder du um dich, betrachtest die anderen Erdhäuser und entdeckst, daß auch sie mit Eingängen und Fenstern versehen sind. Jetzt erkennst du, daß du inmitten einer kleinen Ansiedlung von Menschen dich befindest. Eben öffnet drüben sich eine Tür, eine Frau steigt aus der dunklen Öffnung heraus ins Licht des sonnenhellen Frühlingstages. Deinem Gruß dankt sie mühsam, aber bald geht sie willig auf dein fragendes Geplauder ein. Arbeiter sind's, die hier hausen, Arbeiter vom Chausseebau, teils ausländische, zum Teil auch deutsche. Warum sie nicht in dem nahen Hohenbruch Wohnung genommen haben? Ei, weil's billiger ist, draußen auf freiem Felde sich unter Erdhäusern zu verkriechen. Der Lohn, den man ihnen zahlt, ist ja knapp genug. Da können sie nicht auch noch eine Wohnung mieten, zumal wenn Familie da ist und viele hungrige Mäuler gestopft werden müssen. Den Unterschlag hier haben sie sich selber gebaut.

Du fragst, ob du hineinschauen darfst, und bereitwillig wird dir Eintritt gewährt. Aus der strahlenden Helle steigt du hinab in das dämmerige Halbdunkel, an das dein Auge sich erst gewöhnen muß. Jetzt steht du unter dem Erdhaufen und siehst dich in einer niedrigen Stube. Auf einem Gebälk aus Baumstämmen ruht dein Fuß, das aus dünnen Schalbrettern notwendigst zusammengestellt ist. Durch breite Spalten, die zwischen den Brettern liegen, drängt Stroh sich herein, mit dem das Dach abgedeckt ist. Die Strohschicht dient als Schutzwehr gegen die Erdmassen, die darüber aufgeschüttet sind und dieses Arbeiterheim von außen als einen gewöhnlichen Sandhügel erscheinen lassen. Die Bewohner haben versucht, sich die niedrige, enge Stube möglichst bequämlich zu machen. Ein paar Betten samt anderem Hausgerät stehen darin, auch ein Ofen aus Backsteinen fehlt nicht, und in einem Nebenraum steht ein offener Herd, gleichfalls aus Backsteinen errichtet. Bei Regenwetter wird die Stube den Bewohnern manchmal recht lästig, trotz der Getzgelegenheit. Der Fußboden ist weder geputzt noch gepflastert, die nackte feuchte Erde dient hier als „Parquet“. Diese Erdhöhlen bestehen schon seit dem Herbst vorigen Jahres. Auch den Winter hindurch haben ihre „Besitzer“ in ihnen gehaust, aber sie haben lästig heizen müssen, um die Kälte zu bannen und sich gegen aufsteigende Feuchtigkeit zu schützen. Wandern wird sich mancher, daß die Behörden, die sonst allezeit fürsorglichen, hier gar keine Feuergefahr sehen. Ein einziger Funken, der von einem Streichholz abspringt und in das Stroh fällt, könnte in wenigen Augenblicken das ganze Bretterdach in Brand setzen. An ein Entrinnen wäre da kaum zu denken, wahrscheinlich würden alle Insassen unter dem zusammenstürzenden Erdhaufen begraben werden.

Die Bewohner selber denken allerdings ebenso wenig an solche Gefahr oder an die gesundheitlichen Mängel dieser „Wohnungen“. Auch gelten diese ihnen keineswegs als menschenunwürdig, sie sind's eben nicht anders gewöhnt und bilden sich ein, das müsse so sein. Aufatmend flüchtst du dich wieder hinaus in das Sonnenlicht.

## Versammlungen.

### Eine Sitzung der Gewerkschaftskommission und von Vertretern der Gewerkschaftsvorstände.

tagte am Mittwoch im Gewerkschaftshaus. Es wurde zunächst vom Genossen Alwin Köster eine Angelegenheit zur Sprache gebracht, die bereits den Ausschuss beschäftigt hat, wobei zweierlei Meinung über eine besondere Frage der sozialen Praxis herrschte. Der Ausschuss wollte die Versammelten informatorisch darüber hören. In Weipensee hatten unsere Gemeindevertreter die Durchführung von Rotstandsarbeiten erwirkt. Es sollten aber im Ort wohnende Arbeitslose zunächst berücksichtigt werden. Die Steinleger, die dort in Betracht gekommen wären, konnten aber (abgesehen von anderen hier ausstehenden Gründen) schon deshalb nicht herangezogen werden, weil das Reglement des Arbeitsnachweises der Organisation es nicht ermöglichte. Dieses gilt für Groß-Berlin und sieht die Vermittlung nach der Reihe der Eingeschriebenen vor. Unter Berücksichtigung dieser Vorzeichen hätten Berliner nach Weipensee vermittelt werden müssen. — Der Versammlung wurde nun die Frage vorgelegt: Wie ist in derartigen Ausnahmefällen ein Ausgleich möglich? Ist statt nach dem Buchstaben derartiger an sich durchaus berechtigter Reglementsvorschriften zu verfahren, oder ist bei Rotstandsarbeiten im Interesse einer wirksamen sozialpolitischen Betätigung unserer Gemeindevertreter eine gewisse Biogamie bonndien? — Nachdem Fuhrmann (Weipensee), Alwin als Vertreter der Kammer (Steinleger) und Conien (Weipensee) dazu gesprochen hatten, ergab sich, daß die Angelegenheit, auch in tatsächlicher Beziehung noch nicht genügend geklärt ist. Die Versammlung beschloß deshalb nach einem Antrag Ritters, den Ausschuss zu beauftragen, zur weiteren Klärung die Gemeindevertreter von Weipensee und die Vorstandsmitglieder der in Frage

kommenden Gewerkschaft, sowie ferner die Gemeindevertreter von Groß-Berlin zusammenzuberufen.

Eine Besprechung des neuen Reichsvereinsgefehches in bezug auf seine praktische Anwendung folgte. Genosse Rechtsanwalt Wolfgang Heine war dazu gewonnen worden. In einer allgemeinen Einleitung betonte er unter anderem, daß das Gesetz im wesentlichen Erleichterungen für die Polizei bringe, indem es sie von einigen lästigen Verpflichtungen befreie; allerdings befreie es auch in der Beziehung die Vereine und Verbände. Aber in den Punkten, wo bisher die Rechtsunsicherheit groß war, bringe es keine Rechtsunsicherheit. Es lasse noch genug Raum für Schläfen. Im großen und ganzen betende das Gesetz die Begriffsbestimmungen des alten Gesetzes. Deswegen werde wohl auch in der Praxis der Versuch gemacht werden, alle Entscheidungen des Kammergerichts und Ober-Verwaltungsgerichts, soweit sie die Vereins- und Versammlungsfreiheit einengen, auch für das neue Gesetz als anwendbar anzusehen. Jedoch werde man sich demgegenüber stets darauf berufen können, daß beim Zustandekommen des Gesetzes von Regierungsvertretern und Vertretern der Reichsparteien stets gesagt worden sei, daß neue Gesetz sei nicht kleinlich gedacht und solle nicht kleinlich und schrittweise ausgeführt werden. Hedner gab dann umfangreiche und ins einzelne gehende Erläuterungen zu dem Gesetz und verschiedene Winke für die Praxis. Wir heben einiges daraus hervor: Wenn § 1 allen Reichsangehörigen das Vereins- und Versammlungsrecht verleihe, so sei nicht daraus zu schließen, daß Reichsangehörige an Vereinen oder Versammlungen nicht teilnehmen dürften. Wehmann-Gollweg habe das ausdrücklich erklärt. Ausländer hätten zwar nach § 1 kein staatlich garantiertes Recht, aber es sei ihnen auch nicht die Teilnahme verboten. Die Polizei könne nicht vorbeugen gegen die von Ausländern gebildeten Vereine und veranstalteten Versammlungen, wenn Ausländer teilnahmen. Die Polizei könne also nicht von den Vorständen der von Ausländern gebildeten Vereine fordern, daß sie die Ausländer ausschließen. Nach den weiteren Vorschriften des § 1 ist das präventive (vorbeugende) Verbot von Versammlungen wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung ausgeschlossen. Die allgemeinen sicherheitspolizeilichen Bestimmungen des Landesrechts fanden nur Anwendung, soweit es sich um die Verhütung von unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer an einer Versammlung handelt. Damit habe die Polizei das Recht behalten, die Benutzung von Sälen, die mit solcher unmittelbarer Gefahr für Leben und Gesundheit verbunden ist, für öffentliche Versammlungen nicht zu gestatten. An sich wäre bei richtiger Anwendung dagegen nichts zu sagen. Vielfach sei ja aber gerade dies polizeiliche Recht bemüht worden, um den Gewerkschaften in Provinzorten die Abhaltung von Versammlungen unmöglich zu machen. Mitgliederversammlungen würden einfach für öffentliche erklärt. Man beachte die Worte: „unmittelbare Gefahr“. Im übrigen könnten beschränkend nur Reichsgesetze in Frage kommen, z. B. das sogenannte Menschenfuchungsgesetz. Bei Behandlung des § 3 mit seinen Vorschriften über Einreichung von Statuten und Abmeldung von Vorstandsmitgliedern durch die Vorstände politischer Vereine verweist Hedner darauf, daß vielleicht die Polizei auf Grund ihrer allgemeinen Befugnisse versuchen könnte, Auskunft über Mitglieder des Vereins zu erlangen. Wo eine solche Anforderung hervortrate, rate er, sie zurückzuweisen und es auf eine Entscheidung der höchsten Instanz ankommen zu lassen. Ueberhaupt müßte streng darauf geachtet werden, daß man der Polizei nicht mehr Rechte einräume, als sie habe. Seiten überhaupt die Gewerkschaften politische Vereine? Bewachten sie eine „Einwirkung auf politische Angelegenheiten“ (§ 3)? Eine solche Einwirkung setze voraus, daß eine Veränderung eines bestehenden politischen Zustandes erstrebt werde. Er meine, daß die Gewerkschaften versuchen sollten, ihre Statuten und ihre Praxis so einzurichten, daß sie ein Unterfallen unter das Vereinsgesetz überhaupt abwehrten. In manchen Statuten stehe unter den Zwecken die Unterstützung oder Gründung eines Verbandes, einer Zeitung. Der Arbeiterverband und der Arbeitervereinsverband seien mit Rücksicht auf ihre Zweckbestimmung für politische erklärt worden. Den Zentralvorständen der großen Gewerkschaften sei anheimzugeben, zu erwägen, ob es ihnen lohne, die Bestimmung ihres Verhältnisses zu den Verbandsvorständen zweckmäßig zu ändern, oder ob das überhaupt möglich sei. Sein Rat an die Gewerkschaften gebe dahin, ihre Statuten einer Revision zu unterziehen und zu sehen, ob nicht solche Bestimmungen, die sie ohne weiteres als politisch erweisen ließen, zu beseitigen seien. Wenn das geschehen sei, möge man abwarten, was da komme. Tatsächlich machten nun ja Gewerkschaften manchmal Eingaben an Behörden und Parlamente und nähmen zu Gesetzen Stellung. Da könne man sich aber auf den Standpunkt stellen, daß das nur gelegentlich geschehe und nicht ein „Bewachen“ sei. — Nur öffentliche Versammlungen zur Erörterung politischer Angelegenheiten bedürften (§ 5) der Anmeldung, mit den Ausnahmen des § 6. Für das gewerkschaftliche Leben wichtig sei die Bestimmung des Abs. 3 des § 6, die ganz beiseitige die Anmeldepflicht für Versammlungen der Gewerkschaften, gewerblichen Schülern usw., die zur Erörterung von Verhandlungen und Vereinigungen zum Behufe Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter dienen. Könnten danach gewerkschaftliche Versammlungen der verschiedensten Art sich als nichtanmeldepflichtig betrachten, so seien nach §§ 5 und 6 Reichsgesetzliche Versammlungen niemals anmeldepflichtig. — Was die Jugendlichen angehe (§ 7), so würden natürlich Gewerkschaften, die mit Aussicht auf Erfolg damit rechnen, nicht für politisch angesehen zu werden, die Jugendlichen als Mitglieder behalten. Die anderen dürften das nicht nach dem Gesetz. Aber auf keinen Fall solle man ohne Kampf auf die Jugendlichen verzichten. Unter den Gründen zur Auflösung von Versammlungen befände sich der, daß Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine Auflockerung oder Anreizung zu Verbrechen oder nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen enthalten. Zu dem „nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehen“ gehörten solche des § 153 der Gewerbeordnung. Zu beachten sei dabei, daß es sich um die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen handeln müsse. — Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall entgegen genommen. Der Hedner beantwortete dann noch eine Anzahl Anfragen.

Reife (Maurer) richtete an den Ausschuss die Frage, ob ihm bekannt sei, daß an der Aepfelter Sternwarte die Arbeit durch Akkordmaurer oder sogenannte Wilde ausgeführt würde. Er möchte es anregen, daß der Ausschuss sich mit der Angelegenheit befaße. — Hedner erwiderte, Ausschuss und Bureau beschäftigen sich schon über 8 Tage mit der Frage. Der Direktor habe erklärt, daß es nicht zuträffe. Es seien aber neue Momente aufgetaucht, die den Ausschuss betrafen, schleunigst weitere Schritte zu tun, um Klarheit zu schaffen und eventuell Abhilfe zu erreichen. Der Direktor habe erklärt, in dem Sinne zu handeln, wie die organisierten Arbeiter es für richtig halten.

Die Verlesung der Präferenzliste ergab das Fehlen der Vertreter der Aspalteure, Photographen, Steinhauer, des technischen Bühnenpersonals, Photographen, sowie der Kartelle von Ernter, Köpenick, Heindorf und Wilmersdorf.

### Witterungsübersicht vom 22. Mai 1908, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. in 2 m Höhe	Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Wasser	Temp. in 2 m Höhe
Stolpen	757,3	4	Regen	16	16	Dachau	763,3	3	3	2	16
Chemnitz	757,3	3	4	17	17	Regensburg	767,3	3	3	1	16
Berlin	758,0	3	3	18	18	Stettin	761,3	3	3	5	16
Frankfurt a. M.	760,0	1	1	18	18	Übersee	753,3	3	3	3	16
München	760,0	1	1	20	20	Paris	762,0	3	3	1	16
Wien	762,0	1	1	20	20						

Wetterprognose für Sonnabend, den 23. Mai 1908. Klüver, veränderlich, vielfach wolfig mit Gewitterregen und gemäßigten westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 23. Mai.  
Königl. Opernhaus. Hofopern.  
(Anfang 7 Uhr.)

Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Schauspielhaus. Prinz  
Friedrich von Domburg.  
Neues Königl. Opern-Theater.  
Der Dämon.

Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Romeo und Julia.  
Kammerstücke. Frühling's Er-  
mähen.  
Leffing. Der Raub der Sabinerinnen.  
Neues. Die ersten Reichen.  
Neues Schauspielhaus. Der ver-  
lorene Sohn.

Berliner. Poppenrath's Erden.  
Kleines. 2 x 2 = 5.  
Hebbel. Cyprienne.  
Königliche Oper. Raskinball. Ruth  
St. Denis.  
Nachm. 4 Uhr: Malinee, Ruth St.  
Denis.

Reichenz. Der Floh im Ohr.  
Schauspielhaus. Die blaue Maus.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Hans Hudebein.  
Schiller Charlottenburg. Ohne  
Geläut.

Friedrich-Wilhelmsstadt. Schau-  
spielhaus. Im weißen Röhl.  
Thalia. Der Selbstmörderklub.  
Westen. Ein Balgtraum.  
Neues Operetten. Der Mann mit  
den drei Frauen.

Vorhing. Das Langverbot.  
Lützen. Im Hause der Sünde.  
Tranon. Seine erste Frau.  
Bernhard Hoie. Die Loreley.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Nivola. Die sieben Weisheiten. Spe-  
zialitäten.

Kasino. Der Brandstifter.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Vasinger. Spezialitäten. Dr. Rüdke.  
Gustav Behrens. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Bergère. Spezialitäten.  
Blanc & Coe.

Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Folies Caprice. Parisiana. Nr. 69.  
Das ruhige Heim.  
Urania. Landensirache 48/49.  
Nachm. 4 Uhr: Ueber den Brenner  
nach Venedig.

Abends 8 Uhr: Die Kruppschen  
Berke.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.  
**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:

**Sopfenrath's Erben**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr zum 1. Male:  
**Die ersten Menschen.**  
Tragödie in 2 Akten v. O. Borngräber.  
Morgen und folgende Tage: Die  
ersten Menschen.

**Kleines Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**2 mal 2 = 5.**  
Sonntag: 2 mal 2 = 5.  
Montag: 2 mal 2 = 5.  
Dienstag: 2 mal 2 = 5.

**Theater des Westens.**  
8 Uhr: Ein Walzertraum.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr. Halbe Preise:  
**Die lustige Witwe.**

**Friedrich-Wilhelmsstädtisches**  
**Schauspielhaus.**  
Abends 8 Uhr zum 1. Male:  
**Im weißen Röhl.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Der ge-  
hörnte Siegfried. Siegfried's Tod.  
Abends 8 Uhr: Im weißen Röhl.

**Neues Operetten-Theater**  
Schiffbauerdamm 25, an der Luisenstr.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Der Mann mit den drei Frauen.**

**Residenz-Theater.**  
— Direktion: Richard Alexander. —  
Abends 8 Uhr:  
**Der Floh im Ohr.**  
Schwan in drei Akten von Georges  
Reizner. Deutsch von Wolf-Jacoby.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Die blaue Maus.**

**Hebbel-Theater.** Köpenicker  
Str. 57/58.  
Abends 8 Uhr: Cyprienne.  
Sonntag: Cyprienne.

**Luisen-Theater.**  
Reichenberger Straße 34.  
Abends 8 Uhr:  
**Im Hause der Sünde.**  
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Rehe  
Sonntagsaufführung: Der Weg  
ins Verderben. Abends 8 Uhr: Der  
Weg ins Verderben.

Leitung ermäßigte Sommerpreise:  
Im Hause der Sünde.  
**Tranon-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Seine erste Frau.**

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Hans Hudebein.**  
Schwan in drei Akten von Oskar  
Blumenthal u. Gustav Stabelberg.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Traumulus.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Der Widerspenstigen Zähmung.  
Montag, abends 8 Uhr:  
**Ohne Geläut.**

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 49/49.  
Nachmittags 4 Uhr:  
**Ueber den Brenner nach Venedig.**  
Abends 8 Uhr:  
Konstr.-Ing. Kossner: Die Krupp-  
schen Werke.

**ZOOLOGISCHER**  
**ZGARTEN**  
Heute  
nachm. **Monstre-Konzert.**  
4 Uhr:  
5 Kapellen, Kornett-Quartett.  
Märkischer Zentral-Sängerbund.  
Eintritt 1 M. Abonnement u.  
Freikarten aufgehoben.  
Abonnenten zahlen 50 Pf.  
Abends: Feuerwerk, Illumination.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Or. Kottbuser Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Loreley.**  
Wochenspektakel.  
Auf der Sommerbühne: Theater-  
vorstellung, Spezialitäten, großes  
Gartenkonzert. Anfang 8 Uhr.

**Metropol-Theater**  
Zum 24. Male:  
**Das muß man seh'n.**  
Reine in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Rauschen gefallt.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Das größte  
Phänomen  
aller Zeiten!  
**Dr. Rückle**  
Das Tagesgespräch  
Berlins!

**Apollo**  
Theater  
8 Uhr: Die bedeutenden Attraktionen.  
9 Uhr: Die süßen Grisetten.  
Operette von H. Reinhardt.  
9 1/2 Uhr: Grete Gallus, Berlins  
beste Soubrette.  
10 Uhr: Bert. Bernards Compagnie:  
**Ein Abend in einem ameri-  
kanischen Eichel-Tempel.**

**WINTER**  
GARTEN  
Neues Programm.  
**Otto Reutter.**  
Orfod's Elefanten.  
Palace Girls, Englische Ge-  
sangs- und Tanztruppe.  
Niards, Akrobaten.  
Hagedorns Wandergrotte.  
Lilli Schreiber, Soubrette.  
Ferry Corvey, Musik Clown.  
Guyer und Crisp, Amerika-  
nische Excentrics.  
Perezoff-Truppe, Jongleure.  
Toque, der Hund als Reiter,  
Equilibrist und Jongleur.  
Tambo and Tambo, Banjo-  
Jongleure.  
Biograph.

**Walhalla-**  
**Variete-Theater**  
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.  
Abends 8 Uhr.  
Die groß-  
artigen Mai-Spezialitäten.  
**Amüsantes Programm.**  
Im Tunnel:  
**KONZERTE.**  
**Kasino-Theater.**  
Sophringer Straße 37. Täglich 8 Uhr:  
Der urkomische Mäler und das  
erkställiche Mai-Programm.  
Der  
**Brandstifter.**  
Drama von G. Heijermans jr.  
Sonntag 4 Uhr: Ein Dorfroman.

**Robert Bohn**  
Bessere  
**Herren-Garderoben**  
Riesen-Auswahl.  
Spottbillig  
fertig u. nach Maß.  
Bülig! Reell!

**Passage-Panoptikum.**  
Zum ersten Male in Berlin!  
**Die lange Dora**  
Das größte Riesenkind  
Gesamtlänge 2 Meter 19.  
**:: Kunsttaucher ::**  
Kapit. Gröbl **Riesenbassin.**  
in seinem  
Neapolitanische-Brigantone-Kapelle.  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direkt.: Bernh. Ross.  
Morgen Sonntag, den 24. Mai 1908,  
abends 7 Uhr:

**Das Leben ein Traum.**  
Nach der Vorstellung:  
**Großer Ball.**  
Vorverkauf Sonnt. vorm. 10-11 Uhr.  
Bei günstiger Witterung: Gartenvorst.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Hill. Brannenstr. 16.  
Große Extra-Vorstellung.  
**Durch Nacht zum Licht.**  
Vorher: Die Siebe d. ersten Bild.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Sonntag, Montag: Dieselbe Vorst.

**Volksgarten-Theater**  
— am Bahnhof Gesundbrunnen. —  
Sonnabend, den 23. Mai:  
**Großes Frühling'sfest.**  
Anf. 9 Uhr. — Von 4 Uhr ab bei  
günstiger Witterung:  
**Promenaden-Konzert.**  
Ausg. d. Vesperpartouts f. d. Galt. 1908.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Neu! Neu!  
**Variete-Sterne.**  
Bulleste von Weysel.  
Anfang  
Sochentags  
8 Uhr.  
Anfang  
Sonntags  
7 Uhr.

**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion: Wilhelm Reimer.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutscher Sänger**  
und Tanztruppe.  
Beg. Sonnt. 5, mocht. 8 U.  
Morgen:  
**Große Fête-Soiree.**  
**Tanzkränzchen.**

**Max Kliems**  
**Sommer-Theater.**  
— Hasenheide 13-15. —  
Kunstl. Leitung: Bernhard Langa.  
Täglich: **Großes Konzert, Theater-  
und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Wittmoos: Kinderfest.  
Jeden Donnerstag: **Glitttag.**  
Kampfspiel bed. Kräfte erster Bühnen.

**Gustav**  
**Behrens-**  
**Theater.**  
Berlin W.,  
Goltzstr. 9.  
Des großen Erfolges wegen prolongiert  
Die schöne Witz Solvères mit ihren  
besten breiteren Sären.  
Neu! **Unsere Marine.** Neu!  
Lebensbild mit Gesang und Tanz.  
Neu! Graf Zappella mit seinem lein-  
baren Luftballon Modell 1908.  
Außerdem Dudes Witograph und  
20 Spezialitäten.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.  
Bülig! Reell!

**Robert Bohn**  
Bessere  
**Herren-Garderoben**  
Riesen-Auswahl.  
Spottbillig  
fertig u. nach Maß.  
Bülig! Reell!

# Julius Lindenbaum

141 Frankfurter Straße 141  
Ecke Fruchtstraße.

## Sommer-Paletots und Ulster

elegante und moderne Verarbeitung in  
allen Stoff-Neuheiten und tausendfacher  
Auswahl. Nur eigene Erzeugnisse! Von 12 M. bis 60 M.

### Jackett-Anzüge

in allen erdenklichen Mustern der Neuzeit  
braun, grau etc. : : von 14.<sup>50</sup> M. bis 54 M.

### Rock-Anzüge

geschmackvollste Muster,  
tadellose Verarbeitung von 25 M. bis 54 M.

### Gehrock-Anzüge

in schwarz. 30 M. bis 65 M.  
Ersatz für Maßanfertigung : : : von 30 M. bis 65 M.

### Jünglings-Garderobe.

### Knaben-Garderobe.

### Berufs- u. Arbeiterbekleidung

für alle Gewerke.

**Spezialität: Anfertigung nach Maß**  
in eigenen Werkstätten im Hause, unter Leitung erster  
Zuschneider. — In dieser Abteilung leistet meine Firma an-  
erkannt das Beste.

Der ständig wachsende Zuspruch aus allen Kreisen bietet die  
sicherste Gewähr für streng reelle und sachgemäße Bedienung.



Feste Preise!

**Castan's Panoptikum**  
165 Friedrichstr. 165  
**850 lebende Kolossal-Reptilien.**  
**Knabenmörder Helder. — Berliner Originale.**  
— Täglich: Heitere Abende. —

**W. Zapel,**  
**Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.**  
— Größtes Spezial-Geschäft —  
für Seiden- und Filz-Hüte.  
Lager in Schirmen und Mützen. 31802\*

**Landparzellen!**  
Vorort-Verkehr Ostbahn.  
Vorzüglicher Gartenboden, kein  
Stumpfland, keine Berginseln,  
Straßenland gratis. Monatliche  
Teilzahlung von 10-20 M.  
Mann, Frau u. Kind können  
Landbesitzer werden. Scholz,  
Berlin, Gubener Str. 34 I. Ecke  
Borsigauer Straße, od. Sonntag  
Treffpunkt im Rest. Walestra.  
Langestr. 46. Früh 9, und  
2 Uhr nachm. Fahrt zur Besichti-  
gung der Parzellen. 21465\*

**Ausnahmepreise**  
für Lieferungen im Mat. Juni, Juli.  
**A. B. Koch**  
**Kohlen-Groß-Handlung**  
gegründet 1893.  
Haupt-Kontor und I. Geschäft:  
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.  
II. Geschäft: O. 17, Bruchstr. 13.  
Preise für nur in Marken ab Platz  
von 10 Str. an:  
Prima in Halbheine (Gesamte  
Marken). pr. Str. 87 Pf.  
„ Ferdinand-Briketts  
pr. Str. 87 Pf.  
„ Anna od. Waidmannsheil  
pr. Str. 89 Pf.  
„ Pfännerschaft pr. Str. 91 Pf.  
„ la Diamant pr. Str. (110  
bis 120 Str.) 95 Pf.  
„ la Fife o. Alfo. pr. Str. 95 Pf.  
„ la Anthrazit Cadex J. 2, 20 Str.  
Koks, Steinkohlen usw. zu den  
billigsten Tages- und Konventions-  
preisen. Anlieferung frei Keller je  
nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf.  
mehr. — Bei Originalaufträgen und  
größeren Abhängen verlangen Sie  
meine Spezial-Offerte.

**Nathan Wand**  
129 Skalitzer Str. 129.  
Die schönsten  
**Herren-Sommer-Paletots**  
und Anzüge in neu  
sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
konstabilleren getragene Sachen,  
fast neu, für jede Figur passend,  
speziell Sauc anzüge sind in  
großer Auswahl stets zu finden  
billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Skalitzer Str. 129.  
Hochhausstation Kottbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Glittig**  
Glittig, das Beste  
geg. Ungestirnt  
(Kopf- und Filzhaare)  
Hier radikal mit Druck  
druck, keine schmerzende  
Baue, sauber, wohlführend, 70  
60 Pf. Gebrauchsanweisung liegt  
kostenlos bei. Schicklich in den Apo-  
theken und Drogerien.  
„Glittig“ vom Deutschen Reichspatent-  
amt gesch. unter W. Z. 107 500.  
Engr.: Hehr. Lehmann, Berlin,  
Würzburger Straße 17,  
Amt Charlottenburg 10341.

Am besten kaufen Sie  
**Hygienische**  
**Bedarismittel**  
jeder Art bei  
197880\*  
**Hugo Schultz, Drogerie,**  
Berlin N., Wälderstraße 166a

den besten  
**Monatsanzüge** . . . d. 9,50/29.  
Abonnementanzüge . . . 13,00/19.  
Wandletanzzüge . . . 11,00/16.  
Wartianzüge . . . 12,00/17.  
Gehrockanzüge . . . 11,50/16.  
Anzüge, Ersatz f. Maß . . . 20,50/29.  
Paletots . . . 9,50/14.  
Hosen . . . 2,00/3.

**Moldauer**  
Prinzenstraße 64, im Laden.  
— Straßenbahn-Verbindung. —  
**10 Mark Anzahlung.**  
an große Auswahl in  
Vorort-Berlin, Prospekt  
Brunnhof, Berlin, Hohenstraße 2.

**Centralhaus moderner Herrenkleidung**  
Neue Friedrichstr. 35,  
neben der Central-Wartstraße,  
Lieferant jeder Art elegante fertige  
**Herren-Garderoben**  
sowie nach Maß unter Garantie  
für tadellosen Sitz gegen wöchentlich  
Teilzahlung von 1 M. an  
Zuschneider u. Werkstätten f. Hause.  
Lagerbessuch lohnend.  
Sonntags geöffnet.  
Kein Waren-Kredithaus,  
daher billigste Preise.



# Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Sektion I.

Geschäftsstelle Berlin C. 54, Rindlerstr. 10, I. — Fernsprecher Amt IIIa, 4518.

Sonntag, den 24. Mai, nachm. 2 1/2 Uhr,  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1:

## Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Die Wahlen zum dreimonatigen Landtag. Referent: Genosse Boesche. 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1908. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der vorläufigen Tages-Ordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Mitglieder notwendig.

Die Ortsverwaltung.

# Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

E. H. 3 Hamburg.

## Mitglieder-Versammlungen

der örtlichen Verwaltungsstellen

- Berlin A:** Am Montag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, bei Wolfshäuser, Waldbühnenstr. 21.
- Berlin D:** Am Sonntag, den 24. Mai, vormittags 10 Uhr, in der Brauerei Friedrichshöhe, Turmstr. 25/26.
- Berlin E:** Am Sonntag, den 24. Mai, vormittags 9 1/2 Uhr, bei Herrn Raabe, Kolberger Straße 23.
- Berlin G:** Am Montag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Manns Vereinshaus, Straußberger Straße 3.
- Berlin H:** Am Montag, den 25. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale von Zeitschrift Redf., Gölitzstr. 58.
- Berlin J:** Am Montag, den 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in Schröders Vereinshaus, Frankfurter Allee 127.

Tages-Ordnung:

1. Stoffbericht vom ersten Quartal 1908.
2. Statutenberatung.
3. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung in Dresden am 21. Juli 1908.
4. Verschiedenes.

Wahrend in A. und E. Wahl der Ortsverwaltung und Beitragssammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreiches Erscheinen erziehen Die Ortsverwaltungen.

# Tischler-Verein zu Berlin.

E. H. No. 89.

190/10

Sonabend, den 23. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Weichhorstr. 15:

## Versammlung.

Bereinsangelegenheiten.

Der Vorstand.

### 15. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai 1908, vormittags.

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

52 274 77 341 533 712 69 845 1297 99 [1000] 24204 376 716

91 2101 [1000] 429 829 3311 582 96 717 60 77 78 883 942

79 37 4068 113 273 [500] 493 574 [500] 693 5097 [500] 191

70 [500] 29 26 244 302 [500] 67 639 828 6381 70 661 [500]

708 99 969 [500] 85 157005 202 385 715 27 863 91 158791

136 300 489 528 54 97 632 [1000] 702 89 929 159136 718

415 26 210 229 [1000] 99

161135 225 289 329 351 55 162177 [1000] 375 [1000]

478 542 728 878 94 96 [1000] 163228 [1000] 78 400 87 70

526 [500] 619 915 164 198 564 822 165468 574 4 700 958

166108 51 437 698 167139 203 737 827 168028 [1000]

435 51 523 630 795 983 169306 356 604 15 [500] 83

170000 42 85 237 624 98 171327 435 608 874 979

172180 173215 391 573 858 92 174000 [500] 387 404

[1000] 559 823 959 93 [1000] 175821 87 853 [500] 67

[500] 176324 567 800 47 924 56 177082 323 514 620 25

928 43 [500] 178001 212 52 62 330 884 179123 302 410

55 578

180032 46 104 263 73 336 78 502 [500] 82 709 88

[1000] 845 59 61 181339 [1000] 98 747 54 860 182302

183143 217 [1000] 789 82 947 184000 51 85 84 158 [500]

487 704 811 77 185194 271 754 865 186991 521 63

629 904 86 187033 [1000] 298 525 54 62 879 188133 88

214 325 95 [500] 459 68 881 189008 469 551 737 60 [1000]

884 37 985 91

190018 311 75 [1000] 695 191106 295 344 411 831

927 32 192029 118 343 602 859 909 193029 479 645 755

91 916 80 194206 500 [500] 29 689 723 42 899 195007

144 248 347 813 25 196809 339 446 537 73 721 197049

254 26 51 59 298 321 73 450 83 [500] 96 906 35 198068

86 182 310 96 199178 071 78 82 916 65 [1000]

200028 170 [1000] 78 243 350 619 71 707 99 848

978 99 [500] 201101 318 410 50 202001 [500] 308 588

176 970 203328 450 712 79 859 [500] 908 204004 148

284 388 408 604 10 813 205244 90 320 63 65 [1000]

828 915 206084 [500] 210 [1000] 437 609 833 [500] 76

550 207200 76 [1000] 435 399 665 97 722 32 208103

233 337 53 [500] 405 502 925 39 209218 266 [500] 469

78 765

210171 [500] 572 799 907 [500] 68 211002 116

220 79 267 619 55 212641 012 213151 278 88 94 370

214005 26 390 [500] 72 360 978 89 621 [500] 55 70

[1000] 714 80 215123 48 [1000] 70 [500] 304 [500] 15

417 527 46 618 927 [500] 975 216004 [500] 560 599 821

2171006 70 [500] 064 82 700 853 218296 158 251

73 550 74 98 524 764 96 928 219389 403 540 61 777

[500] 828 947

220025 116 37 [1000] 214 45 51 418 27 539 625 [1000]

221 [1000] 742 43 82 829 22177 [1000] 426 [500] 83 719

222 [500] 600 813 223500 673 224003 135 841 225259

86 376 [500] 697 945 [500] 100 75 226004 749 98 805

227430 228043 58 [500] 126 78 229 320 429 571 811

896 229225 300 [500] 57 60 409 534 25 628 732 810

54 842

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

## Branche der Bergolder!

Am Montag, den 25. Mai cr., abends präzis 8 Uhr, in den

„Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Unsere Raifeier. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
- Pflicht eines jeden Kollegen ist es, pünktlich zu erscheinen.

Die Branchenleitung.

# Steinarbeiter!

Berlin I.

Wittwoch, den 27. Mai, abends 8 Uhr, in der „Lebensquelle“,

Kommandantenstr. 30:

## Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zur Einführung einer dringlichen Arbeitslosenunterstützung. 2. Erhebung einer Unterschrift zur Deckung der Raifeier. 3. Verschiedenes.

Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen.

In der Versammlung hat auch die Abgabe der „Steinarbeiteradressen“ zu geschehen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

# Wernsdorfer Schleuse Gosener Berge

## Große Dampfer-Extra-Fahrt

Sonntag, den 24. Mai: Erstes großes Kinderfest.

Abfahrt 9 1/2 Uhr früh ab Schillingsbrücke.

nachm. circa 2 Uhr ab Schillingsbrücke.

Abfahrt 50. Nachm. 50 Pf. nachm. 2 Uhr ab halbjährlich) einfache Fahrt 30 Pf. „Kyffhäuser“.

## Dampfer-Extrafahrten

von der Weisenbrücke.

Jeden Sonntag nach Krampenburg. Abfahrt vorm. 9 1/2, nachm. 2 Uhr.

Reederei L. Kahnt, Stralau-Berlin. Tel.: Amt VII 580 u. 13459.

### 15. Ziehung 5. Kl. 218. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 22. Mai 1908, nachmittags.

Nur die Gewinne über 500 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

403 56 607 731 [1000] 1214 563 910 238 97 271

64 492 361 624 810 3090 125 429 53 523 613 52 511 [1000]

4161 94 263 762 [500] 890 5038 83 294 499 553 99 730 948

82 6320 22 52 70 569 713 [500] 883 [1000] 7057 275 474

673 [500] 8083 91 200 50 122 73 94 9115 461 594 [1000] 849

10029 35 21 99 480 625 396 [500] 11249 269 300 660

727 88 12501 77 232 36 51 689 13109 [1000] 64 132 389

871 906 14391 598 906 26 15374 846 841 2 35 16101 47

71 212 73 312 555 17793 434 [1000] 989 18289 322 499

831 810 900 18 19209 [1000] 71 100 71 803 634 770

20161 229 696 739 958 21875 86 336 553 607 782

22109 282 210 24 88 506 97 23085 250 [1000] 57 368 558

770 24175 [500] 351 418 96 555 85 25200 402 762 98

26215 32 149 540 [1000] 969 746 27159 215 449 578 627

91 [500] 824 851 28040 37 235 625 31 753 89 29107 455

[500] 549 91 893 919 67

30126 83 289 335 702 31183 321 34 675 729 899

32041 175 457 540 292 33067 68 433 97 761 806 49 68 82

34820 38 69 180 269 471 512 43 52 [1000] 705 35018 88

318 290 419 42 46 82 504 90 855 36179 872 [500] 481 832

44 37 625 699 830 902 96 38138 268 [1000] 857 95 971

39109 220 312 40 68 628 66 830

40181 [1000] 231 311 406 535 620 54 536 41067 76

178 463 561 624 [1000] 839 42777 434 45 613 [1000] 861

962 5 63 43998 127 234 482 67 533 73 733 887 970 44042

[1000] 901 523 704 [1000] 884 82 [1000] 45303 210 24 31

23 383 [500] 513 29 627 790 953 75 46966 110 31 97 344

50 80 845 94 47575 27 830 953 75 46966 110 31 97 344

519 794 905 3023 44920 [1000] 108 218 613 734 929 934 37

50390 309 911 832 90 763 841 82 819 907 38 78 51200 80

[500] 908 53100 74 710 521 94 822 53117 307 [500]

434 516 718 913 48 907 55094 277 50 [500] 374 635 70 999

57 56286 60 224 25 744 74 967 57074 120 302 [1000] 5

4 413 730 898 58007 10 619 21 749 895 596 59114 325

60242 908 88 543 633 745 879 61112 39 237 [1000] 600

88 323 70 00 461 895 356 63 62134 225 42 489 203 79

[1000] 600 63075 174 504 61 787 803 64087 129 67

233 78 [500] 832 994 65079 229 329 418 612 762 895 98

66123 283 400 13 61 67088 235 301 62 468 867 707

68178 482 581 703 59 989 69173 871 81 927 85 [1000]

70354 603 33 620 300 701 868 71068 240 398 430

620 79 [1000] 063 [500] 801 41 72081 317 449 [1000] 640

771 [500] 73189 201 38 343 715 809 80 924 74304 [500]

63 [500] 86 427 48 624 [500] 821 815 984 98 [1000] 75068

283 84 569 [500] 892 [500] 736 32 81 760 76043 358 98

401 638 795 83 77155 630 620 [1000] 691 [1000] 711 827

[1000] 78296 57 177 572 612 961 817 [500] 79218 373

837 83 991

80107 216 534 654 714 874 81 910 92 81394 479 690

865 82609 47 149 388 553 76 610 91 742 86 83018 249 479

905 72 84114 45 718 [1000] 48 [1000] 306 10 436 96 825 97

908 80919 304 566 86179 [500] 92 309 760 844 62 87303

42 114 89 242 830 480 682 [500] 790 848 88436 59 801

91 402 75 673 710 58 59 89087 82 119 23 292 326 58 63

613 85 77 [1000] 97 734 630

90903 83 116 409 83 [1000] 625 744 91028 29 49 251

[500] 457 600 89 882 92350 56 614 814 91028 29 49 251

320 273 468 572 964 735 952 94427 73 583 90 348 918

853 9596 090 37 726 33 853 879 96189 530 139 9



Zur Landtagswahlbewegung.

Rixdorf-Schöneberg.

Schöneberg. Die Verteilungslisten für die Wahl von Wahlmännern liegen am heutigen Sonnabend, den 23. Mai, von nachmittags 5 Uhr bis abends 8 Uhr, Sonntag, den 24. Mai, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 1 Uhr, und Montag, den 25. Mai, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Rathaus, Quergebäude, Zimmer Nr. 2, öffentlich aus. Innerhalb dieser drei Tage steht es jedem Wähler frei, gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Listen beim Schöneberger Magistrat seine Einwendungen schriftlich anzubringen oder bei der Einsichtnahme zu Protokoll zu geben.

Rixdorf. Amlich wird mitgeteilt, daß die Anwendung der Steuerföge für 1907 bei Aufstellung der hiesigen Wählerlisten für die bevorstehende Landtagswahl nicht auf Willkür zurückzuführen ist, sondern vielmehr ein Gebot der Notwendigkeit war. Rixdorf ist bisher nicht die Veranlagung der Staatssteuern übertragen worden, vielmehr besteht hier eine eigene staatliche Veranlagungskommission. Die Stadt Schöneberg konnte, da sie die Veranlagung zur Staatssteuer mit Organen der Stadtverwaltung selbst ausführt, die Steueranmeldung für 1908 der Listenaufstellung zugrunde legen und hat dies aus eigenem Interesse getan, weil die Arbeitsleistung eine bei weitem geringere war, als wenn sie die Steuerföge für 1907 verwendet hätte. Die Staatssteuerrollen sind der hiesigen Stadtverwaltung erst in der Zeit von Ende April bis zum 6. Mai zugegangen, also zu einer Zeit, wo die Verwendung dieses Materials für die Aufstellung der Wählerlisten nicht mehr möglich war. Die Zugrundelegung der Steuerföge für 1908 wäre der Stadtverwaltung für die Wählerlistenaufstellung viel genehmer gewesen, weil die neueren Steuerlisten bereits die neuen Wohnungen der Steuerzahler nachwiesen und hierdurch eine erhebliche Erleichterung in der Aufstellung des Listenmaterials erreicht worden wäre. Die Anwendung der Steuerföge für 1907 hat auch insofern erhebliche Schwierigkeiten bereitet, als bei einem großen Teil der Steuerzahler der Stand seiner Veranlagung besonders ermittelt werden mußte. Aus dieser Sachlage ergibt sich, daß von einer Aufstellung der Wählerlisten in der Absicht, gewisse Kreise in der Ausübung ihres Wahlrechts zu beeinträchtigen, nicht die Rede sein kann.

Demnach wäre die Schuld, daß Tausende von Wählern in einer niedrigeren als im diesjährigen Steuerföge entsprechenden Wählerklasse rangieren, nicht dem hiesigen Magistrat, sondern der staatlichen Veranlagungskommission zuzuschreiben. Das den Wählern zugesagte Unrecht wird dadurch natürlich nicht gemildert.

Teltow.

Wilmersdorf. In den „Spitzenjahren“ fand am Dienstag eine gut besuchte Wählerversammlung statt, in der der Reichstagsabgeordnete Stüden in einem zirka zweistündigen Referat die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Landtagswahlen darlegte.

An Hand reichhaltigen Materials wies Medner nach, welche schaffe Haltung der Freisinn in dem ganzen Wahlrechtskampfe einnehme; daraus folgerte, daß wir unseren Hauptkampf (ganz besonders in Berlin) gegen diesen reaktionären Freisinn zu führen haben. Es tue dringend not, endlich in den preussischen Landtag Wreche zu legen. Mit der Aufforderung, die kurze Zeit bis zu den Wahlen noch eifrig auszunützen, schloß der Referent seinen ausgezeichneten Vortrag.

Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Worte, auch fand sonst eine Diskussion nicht statt.

Adlershof. „Die diesjährige Landtagswahl und die Stellungnahme der bürgerlichen Parteien zu derselben“, lautete das Thema, über das Genosse Zubeil in einer am Mittwoch stattgefundenen von zirka 500 Personen besuchten Wählerversammlung referierte. Medner kennzeichnete scharf die bürgerliche Gesellschaftsordnung und beleuchtete eingehend die gesamte preussische Politik. Er forderte die Anwesenden auf, am Tage der Urwahl Mann für Mann ihre Stimme nur den sozialdemokratischen Wahlmännern zu geben, um dadurch Protest einzulegen gegen das bestehende Dreiklassenwahlrecht. Desgleichen forderte Medner die anwesenden Frauen auf, sich der politischen Organisation anzuschließen. Präuzischer Beifall besahnte die Ausführungen des Referenten. Von den Gegnern nahm zuerst das Wort ein Herr Lehrer Ströbling (konservativ), um die Ausführungen des Referenten zu widerlegen. Von den Freisinnigen beteiligten sich die Herren Lehrer Suphas und Schmalz an der Diskussion. Genosse Zubeil rechnete gründlich mit ihnen ab. Der vorgerückten Zeit wegen war es Genossen Zubeil leider nicht vergönnt, den Schluß der Versammlung abzuwarten; an seiner Stelle übernahm es daher Genosse Horlik, auf die Anzuspungen der Gegner zu antworten. Der Vorsitzende, Genosse Koppe, teilte noch mit, daß am Dienstag, den 26. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Wölfflein abermals eine Wählerversammlung stattfindet, und fordert die Versammelten auf, für recht regen Besuch derselben Sorge tragen zu wollen.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, Parteigenossen!

Am Sonntag, den 24. Mai, von früh 8 Uhr an, findet von den bekannten Stellen aus eine

Flugblattverbreitung

in Groß-Berlin (mit Ausschluß von Niederbarnim) statt.

Hieran schließen sich am

Sonntag, den 24., Montag, den 25. und Dienstag, den 26. Mai, öffentliche politische Versammlungen, welche im „Vorwärts“ bekannt gegeben werden.

Von den Genossen erwarten wir, daß sie sowohl zur Flugblattverbreitung als auch bei den Versammlungen Mann für Mann antreten, in gewohnter Weise ihre Parteipflichten erfüllen und für regen Besuch der Versammlungen agitieren. Der Zentralvorstand.

Achtung! Die Versammlung in Friedrichsfelde findet nicht am Sonntag, den 24. Mai, sondern am Sonntag, den 31. Mai, 12 Uhr mittags, bei Bube, Prinzenallee 30, statt.

Der Einberufer.

Schifferversammlung! Am Sonntag, 24. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, findet bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 76, eine öffentliche Schifferversammlung statt. Die Genossen, welche die Handzettelverbreitung übernommen haben, treffen sich an den ihnen bekannten Stellen. Die Genossen des 6. Kreises (11. Abteilung) treffen sich bei G. Hoffmann, Schweinmünder Straße 47.

Wilmersdorf-Palast. Die zum Sonntag, den 24. d. M., von 8 Uhr früh an angekündigte Flugblattverbreitung findet bei Wilmersdorf-Palast von den bekannten Bezirkslokale aus statt. Regere

Beteiligung der Genossen ist unter allen Umständen notwendig.

Der Vorstand.

Schlesien. Sonntag früh um 7 1/2 Uhr findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt. Die Genossen werden aufgefordert, wegen der Wichtigkeit derselben, sich recht zahlreich zu beteiligen. Die Bezirksleiter holen sich das Material heute abend 8 1/2 Uhr von Widley ab.

Steglich. Sonntagfrüh Flugblattverbreitung in allen Bezirken. Die Wichtigkeit der Landtagswahl muß jeden Genossen zur Tätigkeit anspornen.

Lichtenberg. Sonntag, früh 8 Uhr, findet von den bekannten Bezirkslokale aus Flugblattverbreitung statt. Desgleichen wird am Sonntag eine Landtagation vorgenommen. Die Genossen für die Landtagation treffen sich zu einer Besprechung heute abend 8 1/2 Uhr bei Pühl, Pfarrstr. 74, ein. Regere Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Friedenau. Die Flugblattverbreitung findet am Sonntag von den bekannten Lokale aus statt. Für den 3. Bezirk: bei Segert, Könnberg, Ecke Handjersstraße. Der Vorstand.

Ober-Schöneberg. Die Parteigenossen treffen sich am Sonntag, früh 8 Uhr, in den Bezirkslokale zwecks Information und Materialentgegennahme. Vollzähliges Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Nieder-Schöneberg. Am Sonntag früh 8 Uhr treffen sich die Genossen an den bekannten Stellen zur Flugblattverbreitung. Der bevorstehenden Landtagswahlen wegen ist es Pflicht eines jeden, pünktlich zur Stelle zu sein. Der Vorstand.

Treppow-Baumfäulenweg. Zur Flugblattverbreitung treffen sich die Parteigenossen morgen, Sonntag früh 7 1/2 Uhr, in den Bezirkslokale. Vollzähliges Erscheinen wird bestimmt erwartet. Der Vorstand.

Johannisthal. Die Parteigenossen treffen sich Sonntag, früh 8 Uhr, bei Albert, Cobin, Roonstr. 2, zur Flugblattverbreitung. Pflicht aller Genossen ist es, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Brix-Budow. Sonntag, 24. Mai, früh 8 Uhr, findet im ganzen Ort eine Flugblattverbreitung statt. Es ist Pflicht aller Genossen, sich pünktlich an den bekannten Stellen zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand.

Mariendorf. Die morgen, Sonntag, stattfindende Flugblattverbreitung geschieht von den neuen Bezirkslokale der 8 Urwahlbezirke aus, nämlich: 1. Bezirk: Riedwandi; 2. Bezirk: Pieper; 3. Bezirk: Pommerenig; 4. Bezirk: Reichardt; 5. Bezirk: Lufas und 6. Bezirk für Südende: Well. Die Genossen haben sich in dem ihrem Urwahlbezirk entsprechenden Lokale einzufinden. Der Vorstand.

Mahlsdorf (Ostbahn). Heute, Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Heidekrug“, Mahlsdorf-Süd (Stiefmal), eine öffentliche Versammlung statt. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Landtagswahlen“. Referent: Genosse Fr. Rämning. 2. Diskussion. 3. Aufstellung von Wahlmännern für Mahlsdorf-Nord und Mahlsdorf-Süd. 4. Verschiedenes. Der Vorstand.

Vorsigwalde-Wittenau. Am Montag, 25. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Vorhölzer Festfälen eine Volksversammlung statt, in welcher der Genosse Arthur Stadthagen über die preussischen Landtagswahlen referiert. Hierzu findet am morgigen Sonntag, früh 9 1/2 Uhr, Handzettelverbreitung statt. Treffpunkt in Wittenau bei A. Schulze, Hauptstraße; in Vorsigwalde bei H. Meuter, Rausch- und Ernststraße-Ecke. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Nieder-Schönhausen. Am Sonntag, den 24. Mai, früh 8 Uhr, findet eine Handzettelverbreitung von den bekannten Stellen aus statt. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist notwendig. Der Vorstand.

Nowawes. Am morgigen Sonntag findet eine Flugblattverbreitung zur Landtagswahl statt. Treffpunkt 8 Uhr morgens bei Grühl, Brieserstr. 69. Ehrenpflicht eines jeden Wahlvereinsmitgliedes ist es, sich an derselben zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Großstadt-Frühling.

Nach unwirklichen Rückfällen in die Vorfrühlingszeit scheint die Macht der Sonne die Oberhand behalten zu sollen. Die Zeit der Maiglöckchen und des Flieders ist heringebrochen, und wo die Straßen der Großstadt die Schmutzplähe schneiden, Alleen und Parks berühren, da stehen die Krokodantien in Flor. Mit reifigen Weihnachtsbäumen sind diese schönen Bäume verglichen worden, aus deren dunklem Laube die weissen aufrechten Blütenblätter aufschimmern, uns zur Augenwäude, dem Heer honigglüsternder Insekten, die an den weit herausragenden Staubfäden und Stempeln einen bequemen Anflugplatz finden, zum Raschgelage. Heimisch ist der Baum, der seinen Namen wahrscheinlich davon hat, daß seine Früchte von den Türken zur Fütterung der Pferde verwendet werden, in den nordgriechischen Gebirgen. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts wurden die Samen nach Konstantinopel gebracht, zwanzig Jahre später nach Wien, dann nach Paris, von wo aus der Baum seinen Eroberungszug durch ganz Europa antrat. Erst im Jahre 1660 konnte man in Berlin die ersten Krokodantien schauen und zwar in einem großen Gemächshaus, das damals auf dem Lustgarten stand. So wenig das Holz des Baumes geschätzt wird, so unergleichlich ist er, selbst ohne Blüten, als Fierde großer Straßenzüge und Gärten. Nicht weit vom Kastanienbaum hat auch der Flieder seine Heimat, nämlich in der Umgebung der unteren Donau, bei Konstantinopel, und Ähnliches gilt von einer Reihe anderer schöner Ziergewächse, die wir uns jetzt gar nicht mehr vorstellen können.

Die üppig ergrüntem Grasmatten der öffentlichen Plätze sind weiß und gelb durchspränkelt von Gänseblümchen und Löwenzahn. Die schwarzen Anseln mit den gelben Schmäbeln huschen stoßweise darüber hin und bohren mit den Schmäbeln in die Regenwürmer aus dem weichen Erdreich. Auf den Graspflähen des Leipziger Platzes wandert unruhig ein Paar wilder Tauben, das alljährlich dort im Fliederbusch gehaust hatte, hin und her. Der Bau der Untergrundbahn hat ihnen die friedliche Stätte geraubt und die Frage bleibt offen, ob sie entrüstet davongehen oder sich ein neues Nest am alten Blähe bauen werden. Nur die Schwärben, die über dem Säuermeier ihre Fickackflüge üben, haben nach solchen Eingriffen des Menschen wenig zu fragen; sie überlassen die Straßen den Epähen und fühlen sich sicher in ihrem Reich der Lüfte.

Ein schweres Gewitter ist Donnerstag am späten Abend über Berlin niedergelassen. Gegen 10 Uhr zuckten von westlicher Richtung kommend die ersten Blitze und gegen 11 Uhr hatte sich das Unwetter in seiner vollen Gewalt entladen. Der wolkenbrucharige Regen, von dem das Gewitter begleitet wurde, verursachte stellenweise recht erhebliche Ueberschwemmungen. In der Poststraße, in der Invaliden- und Luisenstraße traten die Wassermengen über den Bürgersteig hinweg und drangen an einzelnen Stellen in die

Keller. Der Blitz schlug mehrere Male ein, doch ohne weiteren Schaden hervorzurufen. Nur in der Umgebung Berlins wurde durch Blitzschlag mehrfach Schaden verursacht. Einige Scheunen und Lauben wurden durch Blitzschlag in Brand gesetzt und ein Haub der Flammen. Personen wurden bei dem Unwetter glücklicherweise nicht in Mitleidenschaft gezogen.

Straßenbahnposten eine Ente. Die erste sommerliche Ente ist im Berliner Wälderwald aufgeflogen. Die Reichspostverwaltung beabsichtigt, nach einer Mitteilung der „Deutschen Eisenbahn-Berl. Zeitung“ Straßenbahnposten einzuführen, d. h. Motorwagen, die auf den Gleisen der Straßenbahn fahren. Durch die Straßenbahnposten würde das Berliner Verkehrsnetz zweifellos eine interessante Bereicherung erfahren. Es haben schon unerbüdlische interne Besprechungen stattgefunden, um die Einführung der postalischen Neuerung vorzubereiten. So war Donnerstag früh in verschiedenen Berliner Zeitungen zu lesen. An zuständiger Stelle ist darüber nichts bekannt. Auch gibt es eine „Deutsche Eisenbahn-Verkehrszeitung“, die dafür verantwortlich gemacht wird, überhaupt nicht. Gemeint scheint die Zeitung des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen, aus deren Nummer von Mittwochabend einige Mitteilungen über die bekannten derartigen Einrichtungen in Frankfurt a. M. und Straßburg wiedergegeben werden, die von amtlicher Seite vor einiger Zeit mitgeteilt worden waren. Auch dieses Organ ist ganz unschuldig. Es spricht von Berlin nicht ein Wort. Vor Jahren haben, wie wir erfahren, Verhandlungen über die Einrichtungen von Straßenbahnposten in Berlin geschwebt. Sie sollten die Bahnhöfe mit den Postämtern verbinden. Die Verhandlungen sind damals an dem Widerstand verschiedener Lokalbehörden gescheitert. Seit mehr als zwei Jahren gilt der Plan als aufgegeben.

Seguelle Aufklärung in den Fortbildungsschulen. Die Deputation für das städtische Fach- und Fortbildungsschulwesen hat unter dem Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Michaelis beschlossen, versuchsweise in einer Pflichtfortbildungsschule einen Vortrag über Seguelle psychologie halten zu lassen.

Nach Dahmsdorf-Müncheberg. Während der Sommermonate werden an den Sonn- und Festtagen Sonderzüge von Berlin, Stadtbahn, nach Dahmsdorf-Müncheberg und umgekehrt abgelassen werden, welche die zweite, dritte und vierte Wagenklasse führen. Sie verkehren in nachfolgendem Fahrplan: Abfahrt von Charlottenburg 6.19 früh, von Friedrichstraße 6.39, von Alexanderplatz 6.42, von Schlesischen Bahnhof 6.59 früh usw.; Ankunft in Dahmsdorf-Müncheberg 7.50 vormittags. Der Gegenzug fährt von Dahmsdorf-Müncheberg abends 8.26 ab und trifft auf dem Schlesischen Bahnhof 9.40, auf Bahnhof Alexanderplatz 9.54, Friedrichstraße 10.00, in Charlottenburg 10.18 abends ein. Die zur Ausgabe gelangenden Sonntagskarten gelten nur für den Tag der Lösung; der Zug 247 (ab Charlottenburg 6.25 früh) ist von der Benutzung mit Sonntagskarten ausgeschlossen.

Zu dem Vordanschlag auf den Chauffeur Richter wird gemeldet: Der mutmaßliche Täter, der Elektro-Ingenieur Walter Preil, ist am 11. Februar 1881 zu Leng (Amtshauptmannschaft Großenhain) geboren. 1904 hat er sich hier in Rixdorf aufgehalten, wohnte dann im Hause Kurmstr. 25 bei Brust und ist 1905 nach Köthitz (bei Köthitz) abgemeldet worden. Vermutlich hat sich Preil hier in Berlin in letzter Zeit unangemeldet in einem Privatloge oder in einem Gasthof aufgehalten.

„Unsoziale Schülerausflüge.“ Unter dieser Spitzmarke schreibt das „Berl. Tageblatt“: „Ein merkwürdiges Verfahren bei der Veranlassung von Schülerausflügen wird bei der Gemeindefolge in Schöneberg eingeführt. In den nächsten Tagen soll mit einem Teil der Kinder ein Ausflug in die Nähe von Potsdam unternommen werden. Jedes Kind muß zu diesem Ausflug eine Karte und fünfzig Pfennige mitbringen! Viele der Eltern leben aber in sehr einfachen Verhältnissen und sind froh, wenn sie durch ihrer Hände Arbeit so viel verdienen, wie sie zu des Lebens Nahrung und Notdurft brauchen. Alle Kinder, die das Geld nicht von Hause erhalten, müssen abseits stehen und zusehen, wie die Spielkameraden hinaus ins Freie wandern. Wenn nicht alle Kinder das Geld dazu haben, so sollte aus den Mitteln der Schule dieses Wank ausgeglichen und nicht den Schülern unbilligerweise das Herz schwer gemacht werden. Im vorigen Sommer unternahm die erste Klasse der genannten Schule einen mehrtägigen Ausflug nach dem Spreewald, zu dem jedes Kind über 8 Mark beisteuern mußte. Die Gemeinde sollte einen kleinen Fonds für derartige Ausflüge zur Verfügung stellen, oder die Lehrer sollten sich auf Ausflüge in die nähere Umgebung Berlins beschränken, an denen alle Kinder teilnehmen können.“

Vom Automobil überfahren wurde gestern nachmittags in der Niederwallstraße der 11jährige Sohn Georg des Arbeiters Walhof, Kreisstr. 10. Das Kind spielte dort mit einigen Altersgenossen auf einem Sandhaufen. Plötzlich raste ein Automobil infolge Versagens der Steuerung direkt in die Kinderchar hinein. Der kleine W wurde von dem Wagen erfasst und überfahren. Er erlitt dabei einen Unterschenkelbruch und mehrere Hautabschürfungen. Nachdem ihm auf der Unfallstation in der Brüderstraße Notverbände angelegt worden waren, wurde er nach dem Krankenhaus Verhamien geschafft. Die übrigen Kinder kamen mit dem bloßen Schred davon.

Ein bestiger Zusammenstoß zwischen einem Automobil und einem Straßenbahnwagen fand Donnerstag abend in der ersten Stunde in der Französischen Straße statt. Das Droschkenautomobil Nr. 8373, in dem sich drei Damen, und zwar die in der Samariterstraße 21 wohnhafte Ehefrau Auguste Müller, deren Tochter Margarete und die Ehefrau Selma Kramer aus der Thoestr. 68, befanden, stieß beim Einbiegen in die Oberwallstraße mit solcher Gewalt mit einem entgegenkommenden Straßenbahnwagen zusammen, daß das Auto zum Teil zertrümmert wurde. Durch umherfliegende Glassplitter zogen sich die drei Insassinnen recht erhebliche Verletzungen am Kopf und im Gesicht zu. Auf der Unfallstation in der Brüderstraße erhielten sie die ersten Notverbände.

Ueber den bestialischen Knabenmord, der Anfangs April an dem Schneidelehrling Hermann Beiser in Leichter begangen wurde, soll bereits in der am 25. d. M. unter Vorsitz des Landgerichtsrats Hart beginnenden Schwurgerichtsperiode am Landgericht I verhandelt werden. Der sensationelle Fall wird voraussichtlich schon am 1. Juni zur Verhandlung kommen. Die auf Nord lautende Anklage richtet sich bekanntlich gegen den Anstaltsleiter und Konzeptionsrat August Heider aus der Lietzmannstr. 2. Er ist beschuldigt, den jungen Beiser in seine Wohnung verschleppt, mißbraucht, erdrosselt und die Leiche alldann zerstückelt zu haben.

Im Nordhafen ertrunken ist der 43jährige Wuhinder Georg Wandelt aus der Teiststr. 47. W. war in dem Augenblick, als er am Ufer des Hafens entlang schritt, von einem Schwindelanfall heimgegriffen worden. Er stürzte ins Wasser und sank sofort unter. Es wurden Rettungsversuche unternommen, die jedoch leider erfolglos waren. Die Leiche konnte einige Stunden später geborgen werden.

Der Zeuge bei der Köpenicker Revolvergeschichte hat sich immer noch nicht gemeldet. Das erschwert die völlige Aufklärung des Vorfalls wesentlich. Die Frau des noch in Haft befindlichen Tischlers Destla glaubt in dem anonymen Briefschreiber an die „Morgenpost“ den Zeugen zu erblicken. Sie trägt ihre Vermutungen daraus, daß in dem Brief die genauen Schimpfworte enthalten sind, deren sich die vier Arbeiter gegen das Ehepaar bedient haben. Es wird daher der Zeuge erneut ersucht, sich bei der Polizei zu melden. Die geringen Umstände, die dem Zeugen entziehen, wiegen bei weitem nicht die feilschen Qualen auf, die mit der Inhaftierung Destas und der nicht völligen Aufklärung des Vorganges verbunden sind.

Wegen eines Dachbodenbrandes wurde gestern die Feuerwehr nach der Friedrichstr. 112B alarmiert. Es gelang die Gefahr bald zu beseitigen. Der Täter ist aber wieder entkommen.



# Vorort-Nachrichten.

## Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte in ihrer Sitzung am Mittwoch zunächst die Ueberführung einer Staatsposition zur Errichtung dreier Schuppen und der Schmiedewerkstatt für die Straßenreinigung von 17 500 M. um 1880 M. Unsere Genossen Schärberg und Gebert tadelten eindringlich, daß die Bauarbeiten an diesen drei Schuppen und der Schmiedewerkstatt durch abkömmliche Feuerweh- und Straßenreinigungsmannschaften ausgeführt werden sind, die dafür eine Gratifikation bekommen sollen. Stadtrat Seydel suchte das Vorhaben der Verwaltung damit zu entschuldigen, daß man sich gewissermaßen in einem Notstand befinden habe und die Schuppen recht schnell fertigstellen mußte und sicherte zu, daß ein solcher Ausnahmefall sich nicht wiederholen solle.

Zum zweiten deutschen Städte-Tag in München genehmigte die Versammlung den Stadtverordneten-Vorsteher-Stellvertreter Professor Dr. Hubatsch (der Vorsteher Herr Kaufmann ist zurzeit krank). Auf der Tagesordnung dieses Städte-Tages steht auch das Fortbildungsschulwesen. Da das Münchener Fortbildungsschulwesen sich musterhaft entwickelt habe und mit dem Städte-Tag im Anschluß an den genannten Verhandlungsgegenstand wahrscheinlich eine Ausstellung über das Fortbildungsschulwesen verbunden sein werde, regte Stadtr. Otto an, aus unserer Deputation für die Fortbildungsschulen eine Subkommission gelegentlich des Städte-Tages nach München zum Studium des Fortbildungsschulwesens zu senden. Genosse Zietzsch unterstützte diese Anregung warm, und der Oberbürgermeister versprach, sie beim Magistrat zu befürworten.

Zum brandenburgischen Städte-Tag, der am 22. und 23. Juni in Frankfurt a. O. stattfinden wird, wurden die Herren Vorsteher-Stellvertreter Professor D. Hubatsch sowie die Stadtr. W. Barnewitz (Alt-Charl.), Dr. Vorhards (Soz.), Gredy (Anspol.), Dr. Meyer (Lib.), Dr. Spiegel (Lib.) als Delegierte entsandt. Genosse Dr. Vorhards regte an, dort vorzuschlagen, die Erörterung der Fragen der Wertzuwachssteuer und der kommunalen Arbeitslosenfürsorge auf die Tagesordnung des nächsten Städte-Tages zu setzen. Ein Beschluß hierüber wurde nicht gefaßt. Eine Reihe kleiner Vorlagen wurde debattelos erledigt.

Beim Bericht des Ausschusses über die Vorlage betr. die Errichtung eines Wassersturmes mit Pumpstation und eines Magazinsgebäudes auf Bestand des Stadt. Becker in längerer Ausführungen technische Bedenken; er meinte, der gewünschte Zweck lasse sich mit 100 000 Mark mit 300 000 M. erreichen. Der Direktor der Wasserwerke, Herr Kümmerl und der Referent des Ausschusses, Stadtr. Wagner, wiesen ausführlich nach, daß die Bedenken, die auch im Ausschuss eingehend erörtert seien, nicht berechtigt seien. Entsprechend dem Antrage des Ausschusses wurde die Vorlage angenommen.

Die Vorlage betr. einen Vertrag mit der Stadtgemeinde Spandau über Druckrohrleitungen nach dem Riesefeld, durch welche ein Abkommen mit Spandau über eine dritte durch Spandauer Gebiet zu führende Druckrohrleitung getroffen werden soll, wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen, dem unsere Genossen Barnewitz, Gebert und Zietzsch angehören.

Unsere Genossen richteten an den Magistrat folgende Anfrage: „Ist dem Magistrat die Ursache des am 8. Mai bei den Sanalisationsarbeiten in der Alkordallee passierten Unfalls bekannt geworden? Welche Maßnahmen gedenkt die städtische Tiefbauverwaltung zu treffen, um künftig derartigen Unglücksfällen bei städtischen Tiefbauten vorzubeugen?“ In der Begründung der Anfrage wies Genosse Gebert darauf hin, daß die wesentlichste Ursache des Unfalls jedenfalls darin liege, daß die Arbeiter an eine Firma vergeben seien, die sie in Afford ausführen läßt. Zwei Arbeiter sind schwer verletzt, ein Dritter hat das Leben eingebüßt. „Dunkel hat sich hier die Wahrheit des Unfalls gezeigt: „Afford ist Afford“ das noch vor wenigen Wochen in der Versammlung mit politischem Lächeln aufgenommen wurde. Bei den Abfertigungsarbeiten werden pro Bohle 15 Pf. bezahlt, aber, da drei Mann an einer Bohle beschäftigt sind, pro Mann 5 Pf. Pro Kubikmeter ausgeschachtete Erde gibt es bei 8 Meter Tiefe 40 Pf. Diese elenden Affordpreise bedingen ein Heben bei der Arbeit, bei dem die nötige Vorsicht nicht immer beobachtet werden kann.“

Stadtbaurat Brecht schneidert schilderte eingehend, wie das Unglück entstanden ist. Von einer Schuld könne man wohl kaum sprechen, sondern es haben eine Reihe unglücklicher Zufälle zusammengezwungen. Die Affordarbeit könne man schon um deswillen nicht für den Unfall verantwortlich machen, weil solche Arbeiten stets im Afford ausgeführt werden.

Genosse Gebert betonte in der Besprechung der Anfrage, daß die drei Verletzten sowie der Schwermeyer auf jener Grube erst seit drei Tagen von der Firma an jener Stelle beschäftigt waren, während sie vorher auf Hochbauten der Firma gearbeitet hätten; sie waren nicht unterrichtet, daß sie die Prüfsche nicht betreten dürfen, und von einer Schuld der Arbeiter kann daher gewiß keine Rede sein. Ein positiver Vorbehalt, wie solche Unfälle in Zukunft vermieden werden können, sei, die Arbeiten in eigener Regie, und zwar in Lohn, nicht in Afford, ausführen zu lassen.

Genosse Zietzsch wies noch darauf hin, daß die Ausführungen des Bauamts gerade deutlich erkennen lassen, wie das Heben bei der Affordarbeit die Schuld an dem Unfall trage. Als Unfallversicherungsmassregel fügte er dem Vorschlage der Regierarbeit den der Anstellung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande hinzu.

Eine weitere Anfrage richtete die liberale Fraktion an den Magistrat: „Hat der Magistrat zu dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 15. April betr. die Zahlung von Feuerzuzulagen bereits Stellung genommen? Falls dies in zustimmendem Sinne geschehen ist, wann und in welcher Weise ist die Zahlung zu erwarten?“

Stadtr. Dr. Meyer, der die Anfrage begründete, bezeichnete es als auffällig, daß die Stadtverordnetenversammlung noch heute nicht wisse, wie der Magistrat sich zu dem Antrage stelle. Wenn er ihm beitrete, so sollten die Beamten und Arbeiter doch möglichst bald in den Besitz der erhöhten Feuerzuzulage kommen, und zwar sollte ihnen dann sofort der Betrag der Zulage für das erste Halbjahr ausgezahlt werden.

Der Oberbürgermeister erwiderte, der Magistrat sei dem Vorschlage der Versammlung im ganzen Umfang beigetreten und habe am 18. Mai die Anweisung an die Kassen und Verwaltungen erlassen, die Höhe der Zulage für die einzelnen zu berechnen. Ihre Auszahlung werde am 1. Juli erfolgen, womit den Wünschen der Antragsteller zu entsprechen sei. Ueber die Begründung der Anfrage zeigte er sich sehr erregt, weil er den Vorwurf herauszuhören glaubte, der Magistrat habe nicht schnell genug in dieser Angelegenheit gearbeitet.

Genosse Zietzsch sprach diesen Vorwurf, den der folgende liberale Redner Otto etwas abmilderte, in aller Schärfe mit deutlichen Worten noch einmal aus, da die Ausrechnung der Beträge in ganz kurzer Zeit, in 1 bis 2 Tagen erfolgen könne.

Genosse Dr. Vorhards wünschte, daß für die Arbeiter, welche die Feuerzuzulage bei den wöchentlichen Vorkontrollen in Wochenraten ausgezahlt bekommen, die Zahlung sofort, spätestens am 1. Juni beginnen möge, eine Anregung, welcher der Oberbürgermeister nach Möglichkeit nachzukommen versprach.

Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erledigt.

## Rixdorf.

Die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstagabend wählte nach Entgegennahme einiger geschäftlicher Mitteilungen ihre Vertreter zum brandenburgischen Städte-Tag in Frankfurt a. O. und zum Deutschen Städte-Tag in München. Zum ersten wurden Stadtverordneten-Vorsteher Sandner, dessen Stellvertreter Boegeffe und Stadtr. Thurnow (Soz.), zum letzteren der

## Vorsteher delegiert.

Der Magistrat beabsichtigt unter Zustimmung des Kuratoriums die Satzungen für die städtische Sparkasse zu ändern, um den Sparern die Benutzung der Kasse zu erleichtern und vor allem auch vorteilhafter zu gestalten. Die vorgeschlagenen Änderungen erstrecken sich unter anderem auf folgende Punkte:

1. Vermehrung der Vorstandsmitglieder von 5 auf 7.
2. Ermächtigung der Nebensassen zur Entgegennahme von Einlagen und Sparbüchern zwecks Zinszuschreibung, sowie von Rücklagen der Spareinlagen.
3. Einführung der täglichen Vergütung an Stelle der bisherigen monatlichen und halbmönatlichen.
4. Ausleihung der Gelder auf Hypotheken auch nach dem 12½fachen Gebäudewert und Ausdehnung des Verleihungsbereichs auf Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.
5. Vergabe von Darlehen gegen Verpfändung von Wertpapieren.
6. Herabsetzung der Reservefondshöhe von 7½ auf 5 Proz. der Spareinlagen und Einrichtung eines Uberschussfonds.
7. Fortfall der Sparprämien.

Debattelos wurde das neue Statut von der Versammlung genehmigt. Der Entsendung des Stadtbaurats Weigand zum 1. Internationalen Strahendautongreß im Oktober d. J. in Paris wird zugestimmt.

Eine sehr erregte, teils fürmische Diskussion rief der Antrag des Magistrats hervor, nach welchem die Abziehung der Grundlinien für Privatneubauten künftig nur von dem städtischen Landmesser besorgt werden darf. Schon bei der Anstellung dieses Landmessers war bei der Staatsberatung dem beständigen Widerstand der bürgerlichen Stadtbäter begegnet, obwohl Rixdorf unter der ständischen Leitung leidet, kein Planmaterial zu besitzen und von den privaten Landmessern darin abhängig zu sein. Dessenungeachtet setzte auch diesmal das Ausschreiben wieder ein, um ja nicht — wie man vorgab, aus Mangel an Mitteln — das verhasste Vermessungsinstitut zur Tat werden zu lassen. Mit einer Beweisführung der grotesken Art mühte sich Stadtr. Serno, ein Bauunternehmer seines Reichens, die Vorlage zu Falle zu bringen, sekundiert von den Herren Abraham, Rahmig und Wolf. Die privaten Landmesser wurden über den grünen Meer gelobt, während ein städtischer Landmesser nach Ansicht der Genannten ein beschränkter Tropf zu sein scheint. Auch mit der Verpflichtung der Stadt wegen der von dem städtischen Beamten gemachten Fehler suchte man gruselig zu machen. Stadtbaurat Weigand zerprüfte Stück um Stück die Gegengründe und beflagte, daß Rixdorf, das unter der gegenwärtigen Misere in puncto Planmaterial schwer leide, erst jetzt und viel zu spät an die Verhütung weiterer Schädigungen denke. Stadtr. Wüthly (Soz.) glorifizierte die logischen Wurzeln der Gegner und sprach die Ueberzeugung aus, daß deren Stellungnahme das Interesse der Stadt völlig ignoriere und nur den Schutz des Bauunternehmertums und der privaten Vermessungsinstitute im Auge habe. Natürlich rief das heftigen Protest hervor; nichtschönerer wurde diese Auffassung durch die weitere Debatte bestätigt. Rief doch Stadtr. Müller, auch ein Bauunternehmer, seinem Fraktionskollegen Niemeck, welcher letzterer die Vorlage befürwortete, erregt die Frage zu: „Zu wem wohl nicht mehr bauen?“ Schließlich mochten die Gegner der Vorlage doch Zweifel an ihrem Siege haben; sie beantragten deshalb schleunigst Verweisung in eine Kommission. Die Versammlung stimmte dem zu und beschloß, sechs Mitglieder dazu zu wählen. Diese Wahl verjagte man nun mit allen Mitteln so zu gestalten, daß von vornherein eine Mehrheit gegen die Vorlage in der Kommission vorhanden wäre. Die Art jedoch, mit der der Einseitiger Stadtr. Abraham das beabsichtigte, rief den energischen Widerstand einiger seiner eigenen Fraktionskollegen hervor, so daß er von diesen Jurne wie „Säcker!“ zu hören bekam. Die Kontrolle der Fraktion wurde über die Fraktion am Ende zu einem „Anwalt“, bei welchem dem Vorsteher die Fäden der Geschäftsführung entgingen; der letztere ließ übrigens auch die notwendige Unparteilichkeit vermischen und versuchte die Kandidatenaufstellung zu beeinflussen, so daß er sich in einer ebenso erregten Geschäftsordnungsdebatte derbe Juridizierungen von unseren Genossen gefallen lassen mußte. Erst eine Pause vermochte die Gemüter zu beruhigen; nach dieser endete der ruhmlose Kampf gewisser Interessenten gegen den sehr vernünftigen Magistratsantrag mit der Wahl des Ausschusses. Diesem gehören auch die Stadtverordneten Jden (Soz.) und Wüthly (Soz.) an.

Die Ueberführung des Gasanfalls-Platz um 137 248 M., die aus der erheblichen Vermehrung der Gasmeter und Gasautomaten resultiert, wurde genehmigt.

In geheimer Sitzung verhandelte die Versammlung über das Gutachten des Professors Feldmann über die eventuelle Kündigung des Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken bezw. die Einrichtung eines eigenen Werkes. Zum Zwecke der Weiterverfolgung der Angelegenheit wurde die Beauftragungsdeputation um drei Mitglieder verstärkt — unter diesen auch Stadtr. Müller (Soz.) — und dieser 10 000 M. für Beschaffung weiterer Unterlagen zur Verfügung gestellt. — Für die Höherlegung der Uebeligen Bahn und Herstellung einer Unterführung an der Bouche- und Eisenstraße werden 60 000 M. als Baukosten-Anteil übernommen. — Die üblichen Ehrenbeamten-Erhaltungen beschloß die Sitzung.

Einen für seine Verhältnisse schweren Verlust hat der Arbeiter Genosse Schneider zu verzeichnen. Selbiger verlor am Dienstag früh von der Emserstr. 86 nach dem Bahnhof Hermannstraße oder auf der Bahn von dort bis Dorfstraße ein Portemonnaie mit 16 M. Inhalt, einem goldenen Ring und einem Patent Schlüssel. Der Verlust trifft Sch. um so mehr, als es kassierte Gelder waren, die zu ersetzen er verpflichtet ist. Der ehrliche Finder wird gebeten, das Gefundene bei Paul Schneider, Rixdorf, Emserstr. 92, Hof IV, abzugeben.

## Steglitz.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der Unterricht am kommenden Montag, wie auch am Montag, den 1. Juni, pünktlich um 8½ Uhr anfängt.

## Nieder-Schöneweide.

Feuer brach am Donnerstagabend gegen 7 Uhr in der Färberei der Weberl. Appretur und Wollwarenfabrik von Lehmann aus. Dem energischen Eingreifen dreier aus dem Grundstück wohnender Männer ist es zuzuschreiben, daß das Feuer, noch ehe die Feuerwehrrückkehrte, nicht eine größere Verbreitung fand. Wie uns mitgeteilt wird, arbeitete letztere insofern mit großer Verzögerung, als sie nicht gleich den richtigen Hydranten fand und mit falschem Schlauch zu Werke ging. Nach einer Stunde war das Feuer gelöscht.

## Wilmersdorf.

Die letzte Stadtverordneten-Versammlung stellte zur Erwerbung von Grundstücken und zur Erlangung von Projekten von Bau einer Untergrundbahn, die im Anschluß an die Stammbahn vom Rankeplatz durch Wilmersdorf geführt werden soll, eine Million Mark ein. Stadtr. Rodner ist im Bemühen, daß die Stadtbäter in der Angelegenheit so unorientiert seien und beantragte, zur Beschaffung der Vorprojekte 10 000 M. für technische Hilfskräfte einzustellen. — Die Linie 92 soll wie die Linie 78 den Nachtbetrieb eröffnen und bis Halensee weitergeführt werden. Die Konzession der Großen Berliner die Linie auf 8 Stunden täglich durchzuführen, wurde abgelehnt. Für die Errichtung des zweiten humanistischen Gymnasiums ist als Bauplatz die Emserstraße zwischen Düsselroder und Commerstraße angenommen. Die Cecilia-Schule wird am Kiloburger Platz erbaut. Eine Anfrage des Stadtverordneten Hebebrandt, welche Maßnahmen sind zu treffen zur Verstärkung des Polizeikreises ergab eine längere Debatte. Der Antragsteller betonte, daß in Wilmersdorf auf 1000 Einwohner ein Beamter komme, in Berlin dagegen entfallende bereits auf 350 Einwohner ein Beamter. Entweder los von Schöneberg oder Ver-

stärkung der Polizeimannschaft. Auch die ungenügende Verleumdung käme als wichtiger Faktor in Frage, hier könnten Spitzel ungeniert ihr Handwerk verrichten. Dem Magistrat wurde versichert, daß bereits eine Zulage vom Polizeipräsidenten vorläge, eine Verleumdung vorzunehmen. Auch sollen unbebaute Straßenzüge beleuchtet werden. — Zu einer längeren Auseinandersetzung führte die Rathhausangelegenheit, in welcher bellamlich zurzeit noch immer die Platzfrage die Hauptrolle spielt. Stadtverordneter Wolf hält es für dringend, der Platzfrage eingehender nachzutreten. Er werde demnächst einen Antrag einbringen. Ein Antrag, die fakultative Feuerbestattung auch in Wilmersdorf einzuführen, wird die nächste Sitzung beschäftigen. Mit der Errichtung eines Waisenhauses, das den Namen Christian Auguste-Stiftung trägt, soll demnächst begonnen werden. Die Anstalt wird in der Wilsberg-Aue, auf dem Stammhause der Familie Wisse, errichtet. Die Baukosten sind auf rund 500 000 M. veranschlagt.

## Tegel.

Aus der Gemeindevorsteher-Sitzung. In geheimer Sitzung wurde zunächst ins Kuratorium der höheren Mädchen- und der Realschule Kommerzienrat Ernst Borfig gewählt. Der Gemeindevorstand empfahl 1000 Markblätter gegen Tuberkulose anzuschaffen und durch ältere Schulkinder an die Familien weiter geben zu lassen. Genosse Lichtenberg hält die Markblätter allein nicht für genügend. Er forderte weitere hygienische Maßregeln, insbesondere Erbauung einer Volksbadanstalt, da die in der Schule vorhandene den Anforderungen nicht entspricht. Der Bürgermeister erklärte, daß in der Beziehung noch kein Bedürfnis vorhanden sei. Beim nächsten Punkt der Tagesordnung trat das soziale Verhältnis einiger bürgerlicher Vertreter sowohl als des Bürgermeisters so recht zutage. Es lag ein Gesuch des Vereins für Volkswohl vor, worin um Unterstufung der Ferienkolonie gebeten wurde. In dem Schreiben wurde unter anderem angeführt, daß sich 45 Kinder gemeldet hätten und günstigstenfalls nur 16 fortgeschickt werden könnten. Der Gemeindevorstand schlug vor, 300 M. zu bewilligen. Genosse Halbes forderte 1000 M.; da jedes Kind 65 M. kostet, sei die vom Vorstande geforderte Summe zu gering. Herr Dr. Henning wünschte ebenfalls eine Erhöhung der Summe, auch gab er Erklärungen über die bisherigen Erfolge ab. Herr Schenk beantragte 500 Mark. Der Bürgermeister erklärte, daß er im vorigen Jahr seine Not gehabt habe, um 300 M. bewilligt zu bekommen. Er sei aber der Ansicht, daß hier die private Wohltätigkeit eingreifen müßte, da zur Regelung solcher Angelegenheit keine behördliche Verpfändung vorliegt. Kommerzienrat Borfig erklärte sich für den Antrag Schenk. Er führte noch aus, daß in erster Linie die Familien verpflichtet wären für ihre Kinder etwas zu tun. Der Bürgermeister stellte sich auf denselben Standpunkt und betonte, daß die Eltern schließlich leichtsinnig wären; schließlich erbot er sich Sammellisten auszustellen und dieselben durch geeignete Personen — Schulleute — zu verteilen zu lassen. Genosse Halbes erwidert den Herren, daß bei der heutigen schlechten Konjunktur die Arbeiter nicht in der Lage wären, einen derartigen Betrag für ihre Kinder aufbringen zu können, sonst aber bereit sind, etwas dazu beizutragen. Der Bürgermeister gibt wohl zu, daß eine schlechte Konjunktur vorhanden sei; jedoch hätten sie die Arbeiter auch Geld für politische Vereine übrig. Würden sie nur einen Monatsbeitrag opfern, so wäre eine Menge Geld vorhanden. Leider blieben diese Forderungen unerwidert. Der Antrag Halbes wurde mit allen gegen 5 Stimmen abgelehnt, dagegen der Antrag Schenk einstimmig angenommen. Bei dem letzten Punkt der Tagesordnung: Verlängerung des Pachtvertrages mit Herrn Lindemann, kam es noch einmal zu lebhaften Erörterungen zwischen Genossen Lichtenberg und dem Bürgermeister. Genosse Lichtenberg wollte in dem Vertrag aufgenommen wissen, daß der Saal des Gemeindegasthauses sämtlichen politischen Parteien zu Versammlungen freigegeben werden muß. Die Gemeindevorsteher lehnte dies ab. Der Vertrag wurde gegen die Stimmen unserer Genossen auf fünf Jahre verlängert. Es folgte eine vertrauliche Sitzung, in der über den Ankauf der Postkoppel verhandelt wurde.

## Spandau.

Stadtverordnetenversammlung. Von sämtlichen Straßenreinigungsarbeitern ist ein Schreiben eingegangen, worin sie um Gewährung von Stundenlohn statt der monatlichen Vergütung ersuchen. Diese Arbeiter sind in ihrem Lohn durch die monatliche Vergütung schlechter gestellt als die anderen städtischen Arbeiter. Der Vorsteher Schröder wollte das Schreiben kurzerhand der Straßenreinigungsdeputation überweisen. Es stellt sich aber heraus, daß die Straßenreinigungsdeputation das Gesuch bereits abgelehnt hat. Der einseitigen Debatte macht der Oberbürgermeister dadurch ein Ende, daß er die Erklärung abgibt, der Antrag der Straßenreinigungsgewerkschaft sei auch beim Magistrat eingegangen, dieser werde denselben an den Arbeiterausschuss abgeben und wird der Versammlung die Sache nach dieser Erledigung wieder zugehen. — Die Ferien für die Stadtbäter werden festgesetzt für die Zeit von Anfang Juli bis Anfang September. — Bei der Vorlage, für den deutschen Schulverein East London einen einmaligen Betrag von 100 M. zu gewähren, montiert Genosse Stadtverordneter Pieper, daß durch die Ueberweisung der Schulkinder von der 5. nach der 10. Gemeindegasse verschiedene derselben um eine halbe Klasse zurückversetzt seien. Die Vorlage selbst wird genehmigt. — Da Spandau eine freiwillige Feuerwehr besitzt, so hatte man bisher von einem Ortsstatut betreffend die Regelung des Feuerlöschwesens durch die Bürger der Stadt abgesehen. Hiermit war die Regierung nicht einverstanden. Sie spricht die Befürchtung aus, daß die freiwillige Feuerwehr ja schließlich mal streiken könnte. Es müßte für einen solchen Fall Vorsorge getroffen werden. Die Versammlung genehmigte denn auch ein dementsprechendes Ortsstatut. Für den invaliden städtischen Straßenreinigungsarbeiter Helmchen, der 27 Jahre im städtischen Dienst gestanden, soll die Versammlung ein widerrechtliches Ruhegehalt von jährlich 416,20 M. bewilligen. Das Ruhegehalt sollte eigentlich 640 M. betragen, da der Invalide aber noch 234 M. Jubiläumsgeld bezieht, so wird ihm diese von seinem Ruhegehalt abgezogen, so daß er nur noch 416 M. bekommt. Es wäre ja auch schrecklich, wenn ein solcher Arbeiter, der 27 Jahre der Stadt seine Kräfte geopfert, ein Ruhegehalt von 800 M. beziehen würde. Der konnte auf seine alten Tage schließlich noch üppig werden. Stadtr. Genosse Pieper wendet sich gegen das Wort widerrechtlich und beantragt, dasselbe zu streichen. Der Arbeiter habe doch auch ein Recht, sein Ruhegehalt zu fordern. Mit solcher Ansicht kam der Genosse aber schon an bei den bürgerlichen Stadtbätern. Der Vorsteher Schröder erklärte kurz und bündig, nein, ein Recht zum Fördern hat der Arbeiter nicht, das Ruhegehalt geben wir gutwillig. (Und damit basta!) Die Vorlage wird genehmigt. — Bei der Vorlage: Wahl eines Vertreters der Stadtverordnetenversammlung zur Teilnahme an dem II. deutschen Städte-Tag am 6. und 8. Juli 1908 in München und Bewilligung der Reisekosten für den Vertreter des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung in Höhe von 307,20 M., spricht Genosse Pieper den Wunsch aus, daß auch die Wertzuwachssteuer seitens der Spandauer Vertreter auf dem Städte-Tag angeregt werden möge. Der Hans-eigentliche Stadtr. Zähler erwidert hierauf, daß die Versammlung ja gar nicht wünsche, daß eine Wertzuwachssteuer komme. Aus den verschiedenen Beifallsäußerungen ist zu schließen, daß die Mehrzahl der bürgerlichen Stadtverordneten die Ansicht dieses Hausorgans zu teilen scheint. Das erscheint auch verständlich, wenn man berücksichtigt, daß fast alle Stadtverordnete, die hier etwas bedeuten wollen, mehr oder minder ein bißchen in Grundstückspekulation machen und da wäre ihnen die Wertzuwachssteuer sehr im Wege, ihr Schäfchen ins Trockene zu bringen. Nun, vielleicht kommt's auch mal anders. Die Vorlage wird mit dem Antrag des Referenten, Stadtverordneten Vender, den beiden Vertretern noch je 25 M. Repräsentationsgelder zu gewähren, angenommen. Zum Vertreter der Stadtverordnetenversammlung wird der Vorsteher Schröder gewählt. Die übrigen Vorlagen sind nicht von großer Bedeutung.



Wegen Verleumdung des Königs der Hellenen

Wurde gestern der Schriftsteller und Ingenieur Max Bränner vor der 2. Strafkammer des Landgerichts II zur Verantwortung gezogen. Der Angeklagte richtete im November an etwa 80 deutsche Handelshäuser einen Brief, in welchem folgendes gesagt war: Durch seine Bekanntschaft mit hochgestellten Persönlichkeiten sei er imstande, dem Inhaber der betreffenden Firma den Titel eines königl. griechischen Hoflieferanten zu verschaffen. Griechenland sei ein selbständiger souveräner Staat, und deshalb sei ein solcher Titel von einem solchen Staate wertvoller, als mancher Titel ähnlicher Art von kleinen Fürstentümern. Für eine solche Verleihung würde natürlich eine Gegenleistung erforderlich sein. Für das Prädikat eines Hoflieferanten werde gewöhnlich 80 000 Mk. gezahlt, für den Hoflieferantentitel 1000 Mk. Bei Griechenland würde es sich etwas billiger stellen, wenn der Reflektant sich binnen 1 oder 2 Wochen entscheiden würde, da der griechische Hof angesichts der nahenden Festlichkeiten (aus Anlaß der Vermählung des Prinzen Georg) seinen Finanzen etwas aufhelfen wolle. In diesem Brief und namentlich in dem letzten Absatz wurde eine Verleumdung des griechischen Hofes und des an der Spitze desselben stehenden Königs der Hellenen erblickt. Unter den Empfängern eines solchen Briefes befand sich auch die Firma Breitkopf u. Hartel in Leipzig; diese schickte den Brief einfach an das griechische Generalkonsulat, und dann wurde das Strafverfahren gegen den Angeklagten, der sich auch noch unbekannterweise „Diplom-Ingenieur“ genannt hatte, eingeleitet. Der Strafantrag ist zuerst von dem griechischen Geschäftsträger Carabys und dann von dem griechischen Gesandten Rangabe gestellt worden. — Der Angeklagte mußte zugeben, daß alle Angaben in seinem Briefe einfach aus der Luft gegriffen waren. Er besaß überhaupt gar keine Verbindungen mit hochgestellten Persönlichkeiten und meinte: er habe einmal ein Inserat gelesen, in welchem die Vermittelung eines Titels angeboten wurde, und da sei er auf den Gedanken gekommen, daß er dies vielleicht auch machen könne. Einen Erfolg hat er mit seinen Briefen nicht erzielt. — Staatsanwalt Justing beantragte 2 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 1 Monat Gefängnis.

Der Ueberfall des Kanoniers Laube

Vom 2. Garde-Regiment gegen das Dienstmädchen Berta Lühndorf am Neujahrstage in Potsdam, worüber wir seinerzeit berichteten, kam vorgestern vor dem Potsdamer Kriegsgericht zur Verhandlung. Das Urteil lautete auf 3 1/2 Jahre Gefängnis unter Anrechnung von vier Monaten für erlittene Untersuchungshaft. Der Vertreter der Anklage hatte vier Jahre beantragt. Laube hatte ohne irgendwelche Ursache das Mädchen auf die unmenslichste Weise mit einem Messer bearbeitet, an deren Folgen es noch heute leidet. Zum Termin waren etwa 17 Zeugen geladen. Auch war ein Oberarzt zur Rate gezogen worden, welcher Laube etwa fünf Wochen lang auf seinen Geisteszustand hin untersucht hat. Derselbe bezeugte Laube jedoch als geistig normal. Ausgeschlossen sei aber nicht, daß der Verletzte, dessen Vater dem Alkohol sehr zugewandt war, unter der Einwirkung dieses Getränks sich seiner Tat nicht bewußt gewesen ist, wiewohl er selbst nicht als Trinker bezeichnet werden könne.

Die wissenschaftlichen Zwecke des Herrn Pfarrers

Wegen 20 Verbrechen wider die Sittlichkeit, begangen an schulpflichtigen Kindern, hatte sich am Mittwoch vor dem Landgericht München II der katholische Pfarrer Michael Braun von Höhenlinden bei Ebersberg zu verantworten. Der Herr Pfarrer ist Refektschulinspektor in Höhenlinden und erteilt den Religionsunterricht und die Christenlehre in der Schule seines Pfarrsprengels an die Kinder selbst. Als eifriger Förderer der „guten Sache“ hat er in Höhenlinden auch eine Mitgliedschaft des christlichen Waldarbeiterverbandes gegründet. Entgegen den Bestrebungen des katholischen Männervereins zur Bekämpfung der Unsitlichkeit, hat er, wie er am Mittwoch vor dem Gericht erklärte, eine gewisse Freude an dem Abblid natter jugendlicher Gestalten, für welche ästhetische Zwecke der Staatsanwalt aber kein Verständnis zu haben scheint. Denn er hat gegen den Pfarrer Anklage wegen Verbrechen wider die Sittlichkeit in 20 Fällen erhoben. Die Anklage geht dahin, daß Pfarrer Braun Schulkinder beiderlei Geschlechts einzeln in den Pfarrhof bestellt, sie dort vollständig ent-

kleiden ließ und sie dann zur Vertheidigung seiner Sittlichkeit beauftragte. — Der Pfarrer gab zu seiner Vertheidigung an, daß bei seinem Vorgehen lediglich das Wohl der Kinder maßgebend war. Die Sittlichkeit auf dem Lande unter der Jugend sei nicht so weit her, wie es den Anschein habe. Er habe die Kinder entkleiden lassen, habe sie dann „untersucht“, abgeklopft und gemessen. Sein Zweck sei nicht perverser, sondern rein wissenschaftlicher Natur gewesen. Gefragt, wo er seine Wissenschaft her habe, erwiderte der Pfarrer, daß er ein diesbezügliches Buch gelesen habe. Er wolle sich überzeugen, ob die Brüste der Kinder gut sind. Als er befürchtete, daß seine ästhetische Empfindung in geschlechtliche Sinnlichkeit ausarten könnte, habe er seine Untersuchungen eingestellt. Der Vorsitzende bemerkte, daß dies nicht der richtige Weg sei von einem Pfarrer und Religionslehrer; er hielt dem Pfarrer vor, daß er sich während der Voruntersuchung wenigstens in einigen Fällen für schuldig erachtet und zugegeben habe, daß geschlechtliche Reugerde mitbestimmend gewesen sei, und daß er wörtlich dem Untersuchungsbericht gesagt habe, daß er sein Auge befriedigen wolle, weil er so auch nichts habe. Der Pfarrer entgegnete, daß er sich damals in einer so jäherlichen Gemüthsdepression befunden habe, daß er auch sein Todesurteil unterschrieben hätte. Er habe auch seine homosexuelle Veranlagung zugegeben, weil er glaube, daß dann das Verfahren eingestellt werde. — Die Beweisaufnahme ergab, daß die wissenschaftlichen Untersuchungen des hochwürdigen Herrn recht eigentümlicher Natur waren; die Vernehmung der Schulkinder bestätigte die Behauptung des Herrn Pfarrers, daß es mit der Sittlichkeit auf dem Lande unter der Jugend nicht weit her ist. Dazu mag in Höhenlinden allerdings der Pfarrer sein gut Teil beigetragen haben. Wie die Kinder angaben, hat der Pfarrer während seiner „wissenschaftlichen“ Untersuchungen den Kindern den Rat gegeben, recht fleißig in die Kirche zu gehen. Diesen Rat gab er den Kindern, ohne Schamrot zu werden. Das Gericht verurteilte den Pfarrer wegen eines fortgesetzten Verbrechen wider die Sittlichkeit zur Gefängnisstrafe von 6 Monaten.

Vermischtes.

Hof- und Personalsnachrichten.

Die „Deutsche Marokkorkorrespondenz“, die in Berlin statt in Jedd erscheint, hat bekanntlich die Aufgabe übernommen, alle guten Deutschen zur gehörigen Loyalität für die neugeborene Scherifische Majestät, den von allen Alldemselben heiliggeliebten Sultan Mulay Hafid zu erziehen. Ihre neueste Leistung besteht in der Mitteilung, was alles die Gesandten „unseres“ Sultans in Sensation verlegt hat. Die Korrespondenz berichtet: In einem hiesigen Kaufhause haben die Gesandten sehr beträchtliche Einkäufe gemacht. Besonders dem Genuß bereitete ihnen dabei die Musik im Zerkon. Auch über die Musik im Metropol-Theater, das sie vor einigen Tagen besuchten, ließen sie sich sehr anerkennend aus. Im Zeughause imponierte ihnen die Menge der erbeuteten französischen Fahnen und Kanonen. Wurde ihnen auf den Gemälden der Kaiser gezeigt, besonders Kaiser Wilhelm I., so wiederholten sie das Wort Kaiser mit viel Empfindung. Auch die Namen Bismarck und Moltke vernehmen sie in eine Art Senation.

Man sieht, die Afrikaner sind leicht zufrieden zu stellen und zugleich ermöglichen sie es, die Kellame für Mulay Hafid mit der des Metropol-Theaters, mit der Erinnerung an die Siegestrophäen über die Franzosen und „besonders“ mit der Huldigung für den „Goldenen Kaiser“ (der Entel ist momentan beim Marokkomitee in Ungnade) sinnig zu verbinden.

Aber die Berliner Aven Rebange. Die braunen Herren und ihre weißen Kurmisse erregen nicht nur beim Marokkomitee, sondern auch bei unserer Straßensugend Senation.

Zur Eisenbahnkatastrophe in Contich wird noch gemeldet: Die Zahl der Toten bei der Zugkollision ist, nachdem einige Verwundete noch in der Nacht gestorben sind, auf 48 gestiegen, während die Zahl der Verwundeten, die Leichtverletzten mitgerechnet, ungefähr 160 beträgt. In dem verunglückten Zuge befanden sich der Pilgerzug eines Brüsseler Klosters mit den Mitgliedern einer Kongregation, die sich nach Montagu begeben wollten. Sie waren in Contich umgestiegen und sahen erst seit einer Minute in dem Zug.

Die Ursachen des Unfalles sind noch immer unauflöselt. Es scheint aber, daß die Katastrophe mit der Zaisache zusammenhängt,

daß man den Signalapparat des Waghofs reparierte und während dieser nur auf wenige Stunden berechneten Arbeit die Apparate mit der Hand bedienen ließ. Ob nun dabei ein Verium passierte, stand bis abends nicht fest. Der Weichensteller, dem die Schuld an dem Unglück beigemessen ist, wurde in Antwerpen verhaftet.

In einer Meldung der „Voss. Ztg.“ wird die Zahl der Toten auf 40 und die der Verwundeten gleichfalls auf 160 angegeben.

Zu spät.

In der „Effener Volkszeitung“ befindet sich in der Nummer vom 18. Mai folgendes Inserat:

Junger, hübscher Bursche, 10 Jahre alt, Wiener, aus bürgerlichem Hause, bittet als Gesellschafter unterzukommen. Selbiger geht auch auf Reisen. Briefe erbeten unter D. Z. 533 an die Expedition.

Das Inserat erscheint etwas sehr post festum, sonst hätte vielleicht dem jungen, hübschen Burschen eine Offerte am Starnberger See oder bei einem früheren Offizier des Leibkürassierregiments gemacht werden können.

Folgen schwere Explosion. Wie aus Paris gemeldet wird, eignete sich in der Juderaffinerie von Say eine Explosion, deren Entstehungsursache unbekannt ist. 43 Arbeiter und Arbeiterinnen wurden verletzt, darunter acht sehr schwer. Der Materialschaden ist bedeutend. Nach neueren Meldungen aus Paris beträgt die Zahl der bei der Explosion in der Say'schen Juderaffinerie schwer Verletzten 11. Hinsichtlich der Ursache der Explosion glaubt man, daß Juderahub durch einen elektrischen Funken in Brand geriet und daß dadurch die Entzündung von Gas verursacht wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenkronde findet Hinderkrone Nr. 3, zweites Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 56 Fahrstuhl wochentlich abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr statt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenkronde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Wunsch und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Ehrenkronde vor.

H. C. Buchst. 5. Die Stellung entspricht dem Befehl. — H. 12. Nach Ihrer Darstellung werden Sie voraussichtlich beurteilt werden. Sie können im Termin beantragen, Ihnen Räumungsbefehl bis zum Schluss des Monats zu gestatten. Dem Brief steht ein Einbehaltungsrecht an dem Mobilien zu. — H. 13. Literatur. 58. Die betreffende Rede ist bereits in der Nummer vom Freitag, 15. Mai besprochen. — G. Z. 15. Nicht verwendbar.

H. B. 211. Eine Bescheinigung der österreichischen Heimatsbehörde, daß nach dorthem Recht der Hecht Hindernisse nicht im Wege stehen, ist erforderlich. Ihre Praxi tut gut, zwecks Erlangung dieser Urkunde sich an Ihre Behörde zu wenden. — C. B. 32. 1. Eine frühere Zahlung ist nicht erforderlich, entschuldigen Sie sich nachträglich. 2. Die Staatssteuern in Sachsen, Kommunalsteuern können von beiden Staaten erhoben werden.

H. B. 2. Die Zahl vermögens wir nicht anzugeben, im wesentlichen pflegen die betreffenden Vereine Gleichheit und Berufsfragen. — S. 19. 1. Mit Zustimmung seiner Heimatsbehörde. 2. Ja. — B. 200. Es kann nur der 1800 Mk. übersteigende Jahreslohn mit Beschlag belegt werden. Legen Sie gegen den Beschlagnahmebefehl Beschwerde ein. — S. 40. Nein. Sie erben nach dem Recht des bürgerlichen Gesetzbuchs

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt dem Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am, seit, am, seit. Rows include Remel, Tüft, Regal, Jüterburg, Weichsel, Hohen, Ober, Ratibor, Krossen, Frankfurt, Barthe, Schrimm, Landberg, Rebe, Borsdam, Eibe, Leitmeritz, Dresden, Borsch, Magdeburg.

\*) + bedeutet Wass., — Fall, — \*) Unterpegel.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. (Stralauer Viertel.) Bezirk Nr. 338. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Himmerer Carl Finger (im Ostbahnhof 14) gestorben ist. 219/11. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof in Wilhelmshagen statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 21. Mai verstarb unser Mitglied, der Bergolder Otto Schneidewind, Schlemmerstr. 13. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 11 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Friedhof der Geyersmann-Gemeinde in Nordend statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Todes-Anzeigen. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser Willi Jahn am 21. Mai an Nierenleiden gestorben ist. 116/16. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiserstuhl-Kirchhofes in Weihenau statt. Rege Beteiligung wird erwartet. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Former Otto Pehle am 21. Mai an Krebsleiden gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 12 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes in Nieder-Schönhausen, Buchholzerstraße, aus statt. Rege Beteiligung wird erwartet. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Klempner Ernst Scholz gestorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 23. Mai, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Wohnung, Schinkelsteinerstr. 3, aus nach dem Geyersmann-Kirchhof in Nieder-Schönhausen-Nordend statt. Rege Beteiligung erwartet. Die Crösverwallung.

Verband der Maler, Lackierer, Aufstreicher usw. Filiale Berlin. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege Fritz Bausdorf verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pantlauer Kirchhofs Nr. 3, Schönholz, aus statt. 132/5 Die Crösverwallung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine herzengute Frau, unsere treuversorgende Mutter, Frau Hedwig Fischer geb. Angermann plötzlich am 19. d. M. verstorben ist. Dies zeigt, um jüdisch Seid billig, tieferbetruht an Rudolf Fischer nebst Kindern. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr von der Leichenhalle des Schöneberger Kirchhofs in der Magistraße aus statt.

Dr. Simmel Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schönemann Spezial-Arzt für 25292\* Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten. Friedrichstr. 203, Ecke Schötenstr. 10-2, 5-7, Sonntag 10-12 Uhr.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschlands. Zahlstelle Berlin u. Umgegend. Den Berufsgenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied Karl Finger am 21. Mai an der Prostataerkrankheit verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 5 Uhr, vom Trauerhause, Ostbahnhof 14, aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 254/10

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 20. Mai verstarb unser Mitglied, der Schriftfcher Paul Drost Kiderstr. 61. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Hedwigs-Friedhofes, Reinholdsdorf, Berlinstraße, aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Wahlverein Alt-Glienicke. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 20. Mai unser Genosse, der Schuhmachermmeister August Müller nach langem Leiden verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Köpenicker Straße 39, aus statt. Um rege Beteiligung bittet Der Vorstand. 202/19

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Todes-Anzeige. Am 21. d. Mts. starb nach langem Krankenlager im Alter von 89 Jahren an der Lungenleiden der Kamerad Herr Karl Finger. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Ostbahnhof 14 aus statt. 221/26 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verein für Frauen und Mädchen Schönebergs und Umgegend. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser treues und langjähriges Mitglied, Frau Hedwig Fischer am 19. Mai plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Schöneberger Friedhofes in der Magistraße aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 65/17 Der Vorstand. Treffpunkt für Mitglieder bei Galkwitz Nr. 5 b f e, Ebersstr. 37, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Hygienische Bedarfsartikel, Gummiwaren, 1000s Anerk. V. Prof. u. Acad. empf. bill. Apoth. S. Schwilzars Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Preisl. gratis.

Anzüge u. Paletots nach Maß aus Ia Stoffen. Monats- u. nicht abgeholte Sachen können billig. Maßschneiderei Voß, nur Brunnenstr. 3. i (Hofenst. Tor)

Achtung, Hausfrauen! Bitte Ia Zehnleinerrippen, Bund 35 bis 50 Bl., Giebeine, reich und gepöfelt, Bund 30 Bl., Ia Durkbrach, 50 u. 60 Bl., empfiehlt Berliner Wurst- u. Fleischwarenfabrik Petersburger Platz 8.

Beerdigungsverein Berliner Zimmerleute. Am 21. d. Mts. starb nach langem Krankenlager im Alter von 89 Jahren an der Lungenleiden der Kamerad Herr Karl Finger. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Ostbahnhof 14 aus statt. 221/26 Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf. Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter Johann Radzimski verstorben ist. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Friedhofes (Mariendorfer Weg) aus statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand. 235/11

Dankfagung. Für die vielen Gemelle herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters Karl Hülle sage ich allen, insbesondere den Gewerkschaften sowie dem freien Gewerkschaftsverband und Bahngewerksverein meinen tiefgefühltesten Dank. Frau Wilhe Hülle.

Arbeiter-Radt. Verein „Vorwärts“ (Mitgl. d. N.-R.-B. Freiheit). Nachruf. Am 16. Mai verstarb unser Mitglied Hermann Hennig Insolge Radunfall. Er werden sein Andenken in Ehren halten. 11/16 Der Vorstand.

Dankfagung. Für die vielen Gemelle herzlicher Teilnahme und Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Sohnes Alfred Wohlfahrt sage ich allen meinen herzlichsten Dank. Frau Berta Wohlfahrt und Kinder. Von der Kiste zurück 22035\* Dr. Gustav Bradt, Spezialarzt f. Hals-, Nasen-, Ohrenleiden. 50., Wienerstr. 20.

Gegr. 1876 Gegr. 1876 Hutfabrik Herm. Ziegner, 33 Brunnenstr. 33. Herrenhüte von 22. 1.- bis 10.- Strohhüte für Herren u. Knaben von 50 Pf. an bis zu den elegantesten Neuheiten. Größtes Spezial-Lager in echten Panamas. 5%, Extra-Subst.



Warenhaus

# Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71.

## Doppelte Anzahl Sparmarken

verabfolgen wir

von Sonnabend, den 23. Mai bis Mittwoch, den 27. Mai cr. inkl.

**8 Sparmarken**

um unsere werthe Kundschaft zu veranlassen, die Pfingst-Einkäufe sehr frühzeitig zu erledigen, da die gewohnte sachgemäße Bedienung kurz vor dem Feste nicht durchführbar ist. Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 M. 4 Sparmarken, an diesen Tagen jedoch

**8 Sparmarken**

## 2 Waggon Porzellan

weiß		bunt		weiß mit Goldrand	
Speiseteller flach	Stück 10, 15 Pl.	Tassen mit Goldrand und bunt, Paar	15, 18, 23 Pl.	Speiseteller flach und tief	Stück 30 Pl.
Speiseteller tief	Stück 12, 18 Pl.	Dessertteller	Stück 13, 20 Pl.	Dessertteller	Stück 20 Pl.
Dessertteller	Stück 8, 12 Pl.	Milchtöpfe	Stück 10, 15, 23 Pl.	Kompotteller	Stück 15 Pl.
Portionstassen glatt	Paar 18 Pl.	Kaffeetöpfe	Stück 8, 10 Pl.	Salats	Stück 95 Pl.
Kaffeekannen große Form	Stück 60, 75 Pl.	Kaffeesevice für 2 Personen	98 Pl.	Kartoffelschüsseln	Stück 1.75
Kuchenteller	Stück 10 Pl.	Kaffeesevice für 6 Personen	2.75	Terrinen	Stück 2.25

Tafelservice weiß Porzellan mit Gold, für 6 Personen, 23 Teile	12.50	Tafelservice weiß Porzellan mit Gold, für 12 Personen, 54 Teile	21.00	Weißbierpokale groß 33 Pl. klein 20 Pl.
--	-------	---	-------	---

## Emaile

Casserollen	Stück 30 33 38 48 Pl.	Wasserkessel	Stück 75 48 Pl.	Konsolen mit Maß	Stück 28 Pl.
Casserollen mit Ring	Stück 48 60 70 80 98 Pl.	Flache Schüsseln 12 Größen	von 20-75 Pl.	Arbeiterkannen	Stück 38 28 Pl.
Schmortöpfe	Stück 45 55 65 75 90 Pl.	Kaffeekannen	Stück 75 45 Pl.	Eimer mit Deckel, fein dekoriert	Stück 2.25
Schmortöpfe mit Ring	Stück 55 70 80 90 1.05	Wasserkannen	Stück 1.25 98 Pl.	Tiefe Küchenschüsseln 11 Größen	Stück 38-1.80

## Lebende Pflanzen in Töpfen

Pelargonien gesunde, starke Pflanzen, stehend	Stück 35, 45 bis 85 Pl.	Petunien	Stück 28, 38, 45 Pl.
Pelargonien hängend	Stück 65, 75 bis 85 Pl.	Hortensien (Schneeball)	Stück 85 Pl. bis 1.85

## Lebensmittel

Pa. frischer Spargel	Pfund 25, 30, 45 Pl.	Salat-Gurken	Stück 25 Pl.	Citronen	Dutzend 25 35 45 Pl.
Junge Tauben	Stück 50-60 Pl.	Rehblätter	Stück 1.60-1.70	Prima Brathühner	Stück 1.25-1.80

\*) Ausgenommen einige Artikel.

### Hut-Arnold

Dresdenerstr. 116  
(Kein Laden) am Granienplatz

Hut u. Mützen  
Engros-Geschäft



Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen

Steife Herrenhüte v. 2.00-7.00  
Weiche do. v. 1.50-6.00  
Herren-Mützen v. 0.40-2.50  
Kinder-Mützen v. 0.40-3.00  
Herren-Strohüte v. 0.50-13.50  
Kinder-Strohüte v. 0.40-3.00  
Garn-Damenhüte v. 1.00-5.25  
Nur fehlerfreie moderne Ware

### Eine Mark

Wöchentliche Teillieferung liefert  
eleg. fertige Herren-Moden  
Massenfertigung - feinste Verarbeitung.  
Grosses Stofflager.  
Bestklassige Schneiderwerkstatt im Hause.  
Spezial-Geschäft für  
**Herren-Bekleidung**  
Kein Waren-Kredithaus.  
**J. KURZBERG**  
Rosenthalerstrasse 40-41  
(Hackescher Markt) und  
An der Jannowitzbrücke 1, 1  
Bahnhof Jannowitzbrücke.



### Alfred Krug, Hutfabrik.



1. Geschäft: Brunnen-Strasse 54,  
2. " Schönhauser Allee 115.  
Herrenhüte 1.90, 2.40, 3.00,  
4.50, 5.00, 6.00, 7.00, 8.00, 10.00, 12.00, 15.00 Pl.  
Mützen für Herren und Knaben von 35 Pl. an.  
Strohüte von 50 Pl. an bis zu den feinsten Neuheiten.  
Leser dieser Zeitung ver-  
langen bitte 5% Rabatt

Sieben erschienen:

## Vereinsgesetz vom 19. April 1908

(mit Ausführungsbestimmungen.)  
Für den praktischen Gebrauch der Juristen und Laien  
erläutert von  
**Wolfgang Heine**  
Rechtsanwalt und Mitglied des Deutschen Reichstages.  
Ein gutes Handbuch für Vereine und Versammlungsleiter. Umfasst 102 Seiten. Der Preis ist 50 Pf.  
Zu beziehen durch:  
**Expedition des „Vorwärts“**  
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

### Konkurs-Ausverkauf

des **M. Levin'schen Warenlagers**  
in Wäsche, Schürzen, Blusen, Röcke  
und andere Waren  
werden täglich von 8-1 und 3-8 Uhr  
zu festgesetzten, staunend  
billigen Preisen  
**ausverkauft.**  
Berlin C., Rosenstraße 19, im Laden.

### Wo?

machen wir am Sonntag  
unseren Ausflug? Nach  
Pichelswerder zum  
**Alten Freund.**  
Empfehle auch diesen Sommer mein Hotel zu Land- u. Wasserpartien.

Paletots	Mark 40.- 38.50 36.- 34.- 32.50 30.- 28.- 24.-	18.50	Anzüge	Mark 40.- 38.50 36.- 34.- 32.50 30.- 28.- 24.-	21.50	an	<b>M. Schulmeister</b>	Dresdener Str. 4, am Kottbuser Tor (Hochbahn-Station)
----------	--	-------	--------	--	-------	----	------------------------	--



XIII. Generalversammlung des Zentralverbandes der Federarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Frankfurt a. M., 21. Mai 1908.

4. Verhandlungstag.

In der heutigen Sitzung wird zunächst die Kommission ernannt, die zusammen mit dem Zentralvorstand die Vorarbeiten zu einer Verschmelzung zu erledigen hat.

Dann wird der Bericht über die Presse entgegengenommen, den Redakteur Mahler Berlin erstattet.

Die Presse

entgegengenommen, den Redakteur Mahler Berlin erstattet. Er berichtet auf den gedruckt vorliegenden Bericht und ergänzt diesen. Die Mitarbeit aus den Reihen der Kollegen läßt sehr zu wünschen übrig.

Opitz Berlin, Vertreter der Prekominmission, bespricht zunächst das unerfreuliche Verhältnis zwischen Prekominmission und Redaktion. Er protestiert namens der Prekominmission dagegen, daß der Zentralvorstand sich das Recht nimmt zu entscheiden, ob einzelne Artikel aufgenommen werden sollen oder nicht.

Schnelle Brandenburg tritt für wöchentliches Erscheinen des Fachorgans und für Anstellung eines Redakteurs ein. Er beantragt, dieses soll erst dann zur Ausführung kommen, wenn sich die geplante Verschmelzung zum Industriebund zerschlägt.

Wachmann Wandsbek geht auf den Artikel über den „Vorwärts“-Konflikt in der „Federarbeiter-Zeitung“ ein. Der Redakteur hätte in dieser Frage neutral bleiben müssen.

Wachmann Wandsbek begründet den folgenden Medner den Antrag auf Aufhebung der Prekominmission und Übertragung deren Funktionen auf den Verbandsausschuß.

Heidelberg Berlin I wendet sich gegen den Antrag Schnelle. Man sollte die Beschlüsse ohne Rücksicht auf die eventuelle Verschmelzung fassen. Er geht dann auf das Verhältnis zwischen Prekominmission und Redaktion ein und beschränkt einen Antrag Berlin, wonach die Prekominmission fernerhin aus fünf Kollegen bestehen soll.

Rieg Ostertwied: Der Kollege Mahler verehrt vielen Kollegen, die etwas schreiben wollen, aber dies nicht druckfähig können, die Lust, für das Verbandsorgan zu schreiben. Bezüglich der Anstellung eines Redakteurs ist es besser, die Ergebnisse in der Verschmelzungsfrage abzuwarten.

ein Redakteur ist es besser, die Ergebnisse in der Verschmelzungsfrage abzuwarten. Die Prekominmission als Überwachungs- und Beschränkungsinstanz muß beibehalten werden.

Die Punkte: Agitation und Organisation, Einführung der Erwerbslosenunterstützung und Statutenberatung werden zusammen behandelt. Es liegen hierzu eine große Zahl Anträge vor. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beantragen Hauptvorstand und 4 Jahrestellen.

Der Verbandsbeitrag beträgt für weibliche Mitglieder 25 Pf., für männliche Mitglieder in Beitragsklasse I 50 Pf., in Beitragsklasse II 65 Pf. pro Woche.

Die Ortsvereine Offenbach, Schwwege, Weinheim, Oberursel, Frankfurt a. M., Worms wollen den schlechter gestellten Kollegen mehr Rechnung tragen, sie beantragen: Der Verbandsbeitrag beträgt für die 1. Klasse 25 Pf., 2. Klasse 35 Pf., 3. Klasse 50 Pf. und 4. Klasse 65 Pf. pro Woche.

Andere Jahrestellen beantragen bis zu 70 Pf. Wochenbeiträge. Die meisten treten für die Einführung von Staffelleistungen ein. Die Reife-, Orts- und Streifenunterstützungen sollen erhöht werden.

Es wird gleich in eine Generaldiskussion über sämtliche drei Punkte eingetreten. In der Debatte, die sich fast über den ganzen Nachmittag hinzieht, begründen die Delegierten die eingebrachten Anträge.

Man werden Abstimmungen vorgenommen. Die Beschlüsse sollen der Statutenberatung als Unterlage dienen. Es wird beschlossen: Einführung von Staffelleistungen. Der Beitrag für weibliche Mitglieder soll 25 Pf., für männliche in der I. Klasse 50 Pf., in der II. Klasse 65 Pf. pro Woche betragen.

Es wird gleich in eine Generaldiskussion über sämtliche drei Punkte eingetreten. In der Debatte, die sich fast über den ganzen Nachmittag hinzieht, begründen die Delegierten die eingebrachten Anträge.

Man werden Abstimmungen vorgenommen. Die Beschlüsse sollen der Statutenberatung als Unterlage dienen. Es wird beschlossen: Einführung von Staffelleistungen. Der Beitrag für weibliche Mitglieder soll 25 Pf., für männliche in der I. Klasse 50 Pf., in der II. Klasse 65 Pf. pro Woche betragen.

Es wird gleich in eine Generaldiskussion über sämtliche drei Punkte eingetreten. In der Debatte, die sich fast über den ganzen Nachmittag hinzieht, begründen die Delegierten die eingebrachten Anträge.

Man werden Abstimmungen vorgenommen. Die Beschlüsse sollen der Statutenberatung als Unterlage dienen. Es wird beschlossen: Einführung von Staffelleistungen. Der Beitrag für weibliche Mitglieder soll 25 Pf., für männliche in der I. Klasse 50 Pf., in der II. Klasse 65 Pf. pro Woche betragen.

Es wird gleich in eine Generaldiskussion über sämtliche drei Punkte eingetreten. In der Debatte, die sich fast über den ganzen Nachmittag hinzieht, begründen die Delegierten die eingebrachten Anträge.

Der Satz hierfür soll niedriger als der für die Arbeitslosenunterstützung sein.

Die Festsetzung einer Karenzzeit wird abgelehnt. Angenommen wird ferner mit 23 gegen 8 Stimmen dieser Antrag des Zentralvorstandes:

Der Zentralvorstand hat das Recht, nach Prüfung der Verdienstsfrage und unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel vollbesoldete Gau- und Ortsbeamte anzustellen. Die Gehaltsstala legt die Generalversammlung fest. Die zu besetzenden Stellen sind im Verbandsorgan zur allgemeinen Bewerbung auszusprechen.

Bei Anstellung von Ortsbeamten hat der betreffende Ortsverein durch Erhebung eines Lokalbeitrages zu den Unterhaltungskosten des Ortsbeamten mit beizutragen. Anstellung und Absetzung des Ortsbeamten bleibt ausdrücklich dem Zentralvorstand vorbehalten.

In die Statutenberatungskommission werden ernannt: Lang Magdeburg, Lentz Reumünster, Gusion Münden, Ritsch Karlsruhe, Heidelberg Berlin, Adrian Dresden, Loh Wadnang. Dann wird in geschlossener Sitzung die Statistik bei Lohnbewegungen behandelt.

Aus der Frauenbewegung.

Ein Bund für Frauenstimmrecht in der Schweiz.

Die verschiedenen Frauenstimmrechtsvereine der Schweiz haben sich zu einem die Sektionen Genf, Lausanne, Neuchâtel, Chaux-de-Fonds, Olten und Zürich umfassenden Schweizerischen Frauenstimmrechtsbund zusammengeschlossen und werden den Antersterdamer Frauenstimmrechtskongress mit Delegierten beehren. Man wird nicht fehlgehen in der Annahme, daß diese bürgerliche Liga das Damentwahlrecht propagieren wird, wenn die Arbeiterinnenvereine der Schweiz sich kollektiv der Bewegung anschließen würden.

Wahrscheinlich wird der Schweizerische Arbeiterinnenverband auf dem nächsten sozialdemokratischen Parteitage die Frage zur Sprache bringen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Lichterfelde-Lankwitz, Sonntag, den 24. Mai: Ausflug nach Schlachtensee. Abfahrt 9 Uhr vormittags vom Bahnhof Groß-Lichterfelde-West. Für Nachzügler von 2—4 Uhr Treffpunkt Beelitzhof-Wannsee.

Lichterberg, Sonntag, den 24. Mai: Ausflug nach Ober-Schöneweide bei Höllich im „Neug zum grünen Kranz“. Treffpunkt 9 Uhr bei Tempel, Bahnhofstraße und Vorhagener Chaussee Ecke. Für Nachzügler bei Höllich, Ober-Schöneweide.

Tegel-Vorflughafen, Mittwoch, den 27. Mai, bei Halk in Tegel, Treptow- und Brunowstraße-Ecke: Vortrag: „Kindererziehung und sexuelle Frage.“ — Einführung von Kinderspielen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW, Alexandrinenstr. 26. Gedruckt täglich von 5/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus. — Die Ausleih-Bibliothek ist bis auf weiteres geschlossen.

Freireligiöse Gemeinde, Sonntag, den 24. Mai, vormittags 9 Uhr, in der Halle der Gemeinde, Doppel-Allee 15/17: Freireligiöse Vorträge. — Vormittags 10/11 Uhr in der Schule Kleine Frankfurter Straße 6: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille über: „Was lernen wir an Helen Keller?“ — Damen und Herren sind als Gäste sehr willkommen.

Advertisement for 'Jhr Hut' (Your Hat) featuring a sun icon and text: 'muss gereinigt werden mit Hutwäsche 31452\* Feuerrad I Pack 25 Pf. 3 Pack 65 Pf. Fritz Kratz, Berlin N. 89'

Advertisement for 'Eine Mark Herren-Garderoben' by Julius Fabian, Schneidemeister, Gr. Frankfurterstr. 37.

Advertisement for 'Gelegenheitskauf' (Special Sale) of various goods like jackets, watches, and furniture at Gr. Frankfurter Str. 20.

Large advertisement for 'Baer Sohn' hats, featuring a portrait of a man in a hat and text: 'Preiswerteste Strohhüte Matelot-Hüte Kniff-Hüte Riviera-Hüte Echte Panama-Hüte von uns direkt importiert. Baer Sohn Spezial-Haus größten Maßstabes. Chausseestraße 29-30 o 11 Brückenstraße 11 Gr. Frankfurter Str. 20.'

Advertisement for 'Wahlrechtsliteratur' (Election Law Literature) listing various books and pamphlets for sale, such as 'Die Wahlrechtsreform im Dreiklassenparlament' and 'Der preussische Wahlrechtskatechismus'.



# 10 000 Mark Strafe

bei der Deutschen Bank deponiert, verpflichtet wir uns an die Armen Berlins zu zahlen, wenn dieses Angebot nicht streng reell ist und auf Wahrheit beruht. Wer sich billig und gut kleiden will, der kaufe uns die von unserer Kundschaft nicht abgeholten, eleganten **Maß-Anzüge und Paletots** ab, welche wir

33 1/3 bis 50%

unter Preis abgeben, damit unsere guten Sachen nicht den Ramschern zum Opfer fallen. Infolge unseres ausgedehnten Versandgeschäftes hat sich wieder ein großer Rest angedammelt, so daß jeder etwas nach seinem Geschmack findet. Andere Waren kommen mit zum Verkauf. **Kein Kanfwang**, unbehelligtes Ausuchen.

Gebr. Heinemann, Mittelstr. 46, 1 Tr., kein Laden. Geschäftszeit: 8-12, 2-7 Uhr. An Sonn- und Feiertagen während der Verkaufszeit geöffnet.

## Anton Boekers Festsäle

Weberstraße 17. □ □ □ Weberstraße 17.

Empfehle den geehrten Vereinen meine Säle zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten; große Theaterbühne; sowie meinen

**schönen Naturgarten** mit großer, feststehender Theaterbühne.

**Sonnabende und Sonntage** sind noch zu vergeben. ■ ■ ■

Um geneigten Zuspruch ersucht 95971. Tel.: Amt VII 13 414. Anton Becker, Weberstr. 17.

# JEDER HERR

welcher Wert darauf legt, einen eleganten Anzug oder Paletot fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

## LESKE & LEHRER

Spezialhaus eleganter Herren- u. Knabenbekleidung

fertig und nach Maß

Bekleidung für sämtliche Berufe.

78 Kottbuser Damm 78

Unsere Grundsätze: Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in **Frühjahrs-Anzügen** und **Frühjahrs-Paletots**.

Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend eingerichteten **Betriebswerkstätten** unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere Kunden die ergiebteste Bitte, die Bestellung rechtzeitig zu übergeben, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können.

Lieferanten an Vereine und Einkaufsgenossenschaften.



## Das Fritzen läßt nicht nach,

es will abhört Beizen-Seifenpulver „Goldperle“ einkaufen, weil so hübsche Geschenke in jedem Paket enthalten sind. Man achte auf den Namen „Goldperle“.  
Fabrikant: Carl Gentner, Göttingen.

Vertreter: Andr. Caspar, Berlin 50., Josephstr. 11. Fernsprechamt IV, 6266.

## Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

ble Leberhose Herkules tragen. Unerreichte Leistungsfähigkeit. Wein-Verkauf. Sehr starkes Leder in bester Qualität. Ganz aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knappnähte. Haltbarste Stoff-Taschen. Große Hüden umföngl. **4 M. 50**

Die Hercules-Hose  
Monteur-Jacke „Edison“  
schilau Röder oder Dreil 2 R. 65  
Monteur-Hosen „Edison“  
schilau Röder oder Dreil 2 R. 25  
Kanteller-Dosen-Gambirius 6 R. 50  
Kanteller-Jacke-Gambirius 11 R. 50  
Kanteller-Hose 3,50, 2 R. 40  
Kanteller-Hose (braun) 3,35, 2 R. 75  
Weiche Lederhosen 4,50, 5 R.  
Stiefel-Anzüge 7,25, 6,—, 5 R. 50  
Weiche Jacken für Freizeiter, Kellner, Konditoren, Köche usw.  
Die Preise gelten für normale Größen.

## Baer Sohn

Chausseestr. 29/30. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.  
Haupt-Katalog gratis und franco.  
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacken und Anzügen die Brustweite anzugeben. 25252

Reisekörbe



Reisekörbe kauft man nicht von selbst  
Jul. Treiber in Grimma 134.  
lang cm 60 60 70 80 90 100  
mit 3,30, 4,60, 6,—, 7,50, 9,50, 11,50, 14,—

## Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

**ANZEIGEN**  
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Wederbetten**, Stand 11,00, große 16,00, Handbleichhaus, Küstrinerplatz 7. Tägliches Spottbillig. 8929\*

**Wandbleichhaus**, Küstrinerplatz 7, am Gränmenweg. Verkauf von Wandbleichhäusern, Vorhängen, Gardinen, Decken, Teppichen, Tischdecken, Kissen, Polstermöbeln, Silberarbeiten, Porzellan, Glaswaren, Eisenwaren, etc. 3315\*

**Teppiche** mit Vorhängen Spottbillig, Vorwärtsstr. 6 Prozent Rabatt. Thomas, Dramenstraße 100, Dramenplatz. 7983\*

**Wandbleichhaus** Schönhauser Allee 110. Spottbilliger Verkauf von Wandbleichhäusern, Herren- und Damenmoden, Gardinen, Vorhängen, etc. 26411\*

**Teppiche** (federbaste) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Schinn, Cadeischer Markt 4, Deutscher Platz. 26411\*

**Wandbleichhäuser** ohne Anstrich, Höhe 1,00, Louis Böttcher (leibn): Vordergasse 32 (Bahnhofstr. 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigold, Kaffee Friedrichstraße 247.

**Monatsanzüge** und Sommerpaletots von 5 Mark sowie Hosen von 1,50, Gebrochene von 12,00, Preis von 2,50, sowie für torpente Figuren, Neue Garderobe zu haunend billigen Preisen, aus Wandbleichhäusern verkaufte Sachen, kauft man am billigsten bei Rich. Wulfschlag 14.

**Anzüge, Paletots** nach Maß. Aus Ia Stoffen, Monats- und nicht abgeholte Sachen haunend billig. Maßschneider Hof, Brunnenstraße 3, eine Treppe, am Rosenhalden. 8038\*

**Abfall** und schlechte Teppiche 3,25, 5,55, 6,65, 8,25, 9,55 usw. Große Frankfurterstraße 125, E. Reichenberg's Teppichhaus. 8038\*

**Angeschmante** und zurückgegebene Gardinen mit 15 Prozent Rabatt. Tischdecken 1,95, 2,35, 2,85, 3,65, 4,50 usw. Große Frankfurterstraße 125. 8038\*

**Wandbleichhäuser** in allen Farben, 4,85, 6,25, 7,95 usw. 8068\*

**Wandbleichhäuser** in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Schinn, Cadeischer Markt 4, Deutscher Platz. 26411\*

**Wandbleichhäuser** ohne Anstrich, Höhe 1,00, Louis Böttcher (leibn): Vordergasse 32 (Bahnhofstr. 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigold, Kaffee Friedrichstraße 247.

**Wandbleichhäuser** ohne Anstrich, Höhe 1,00, Louis Böttcher (leibn): Vordergasse 32 (Bahnhofstr. 116, Schönhauser Allee 80, Potsdamerstraße 81, Rigold, Kaffee Friedrichstraße 247.

**Anzüge, Paletots**, zurückgegebene Sachen für die Hälfte des sonstigen Wertes. Blum u. Co., Friedrichstraße 212 I, Rein Baden! 22106

**Kinderwagen**, Sportwagen, Kinderbettstühle. Größere Raten Kaufkraft, zurückgegebene, gebrauchte Spottbillig. Andreasstraße 53. 8268\*

**Quadratrate** 12 Mark! Hochmoderne, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Tischdecken** (reid geid), in Viktorianisch 1,85-3 Mark, in Selbstblisch 4,85-5,65, in edel Wohnplatz, wenig fehlerhaft, 6,75-8,75. Extrapreise. Teppichhaus Emil Reifere, Dramenstraße 158. 8268\*

**Geschäftsverkäufe.** Kolonialwarengeschäft. Ertzen, Erweiterungsfähig. Kleine große Wohnung. Miete 700 Mark, frankheitshalber billig zu verkaufen. Tempelhof, Friedrich-Wilhelmstraße 24. 22006\*

**Parteiokal** billig zu verkaufen. Kammstraße 67. 22006\*

**Restoration** frankheitshalber sehr billig zu verkaufen. Umfang 18 Halbe, Miete 100. In erfragen Rigold, Bertholdsdorferstraße 14, II links.

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175

**Wandbleichhäuser**, haunend billiger, direkt Waldhof Strauberg, mitten im Wald, herrliche gesunde Lage, größte Zukunft. Vertreter Gottschalk täglich dortselbst Bahnhof, auch Sonntag, oder Bestler Joch, Panfoni, Breitestraße 16. 22175